neue

Der lange Marsch vor der Institution des Parlaments / Richard Lorenz — Wirtschaftspolitische Alternativen der Sowjetmacht im Frühjahr und Sommer 1918 / Ingrid Schmiederer — Familie und Ehe im nachrevolutionären Rußland / Uwe Brügmann — Die Gewerkschaften und die Organisation der Industrie in der ersten Phase des Bürgerkriegs / R. Schmucker und G. Meyer — Trotzkijs Haltung zur revolutionären Bewegung in China / Rezensionen / Diskussion — Die Suche nach dem „revolutionären Subjekt"

kritik

Dezember 1967 45

Notstandsgesetze — Gefahr für Bürger und Demokratie	Antwort auf eine Schrift des SPD-Parteivorstandes 40 Seiten, DM 1.—
Entspricht der Notstandsverfassungsentwurf den Beschlüssen des Kölner SPD-Parteitages?	Eine Analyse von Prof. Dr. K. Bechert, MdB SK-Sonderdruck, 2 Seiten, DM 0,10
NIEMALS WIEDER (never again)	Ein von 71 Labourabgeordneten unterzeichnetes Manifest zur Wirtschaftspolitik der britischen Regierung Mit einem Vorwort von Frank Allaun, MP 8 Seiten, DM 0,50
SOZIALISTISCHE KORRESPONDENZ	Informationen — Berichte — Kommentare aus der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung Erscheint am 1. und 15. des Monats. Einzelnummer: DM 0,60 Im Abonnement halbjährlich DM 6,— zuzüglich Porto

W. Runge-Verlag
2 Hamburg 22
Postfach 5829

3	* * *	Der lange Marsch vor der Institution des Parlaments
9	*Richard Lorenz*	Wirtschaftspolitische Alternativen der Sowjetmacht im Frühjahr und Sommer 1918
47	*Ingrid Schmiederer*	Familie und Ehe im nachrevolutionären Rußland
57	*Uwe Brügmann*	Die Gewerkschaften und die Organisation der Industrie in der ersten Phase des Bürgerkriegs
76	*R. Schmucker* *G. Meyer*	Trotzkijs Haltung zur revolutionären Bewegung in China
88	*Rezensionen*	B. D. Wolfe; Lenin, Trotzkij, Stalin, L. Fischer.: Das Leben Lenins G. Alperowitz: Atomare Diplomatie
94	*Disskussion*	Die Suche nach dem „revolutionären Subjekt“

NEUE KRITIK - Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik
Nr. 45, Dezember 1967, 8. Jahrgang
Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Zusammenarbeit mit dem Verlag Neue Kritik KG
Herausgeber: Wolfgang Abendroth, Hans-Jürgen Krahl, Herbert Lederer, Klaus Meschkat, Oskar Negt, Bernd Rabehl, Helmut Schauer, Klaus Vack, Frank Wolff, Karl-Dietrich Wolff. Redaktion: Bernhard Blanke, Reimut Reiche, Wolf Rosenbaum, Ursula Schmiederer (verantwortlich)
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
Verlag und Redaktion: 6 Frankfurt 1, Wilhelm-Hauff-Straße 5
Telefon 77 60 68 / 77 86 70
NEUE KRITIK erscheint jeden zweiten Monat. Jahresabonnement (6 Ausgaben): DM 18,— zuzüglich DM 1,50 Porto, Einzelheft DM 3,— zuzüglich Porto
Postscheckkonto: Ffm 150774. Dresdner Bank Ffm 282680
Umschlagentwurf: Eberhard Fiebig. Druck: Alfred W. Dunker, Frankfurt/M.

Der lange Marsch vor der Institution des Parlaments

Bemerkungen über die außerparlamentarische Opposition, die Wahlrechtsreform und die Bundestagswahl 1969

I

Je klarer sich die Große Koalition als gegen die Interessen der lohnabhängigen Massen gerichtet erweist, um so nervöser und hastiger drängt sie nach Instrumenten zur Sicherung ihrer Positionen. Je mehr die Popularität der Kartellparteien schwindet, um so lauter wird der Ruf nach dem Mehrheitswahlrecht. Das System der Herrschaft der beiden großen Staatsparteien soll verewigt und auf „amerikanische Verhältnisse" gebracht werden. Verhältnisse, die immerhin den Völkermord in Vietnam und die Rassenunterdrückung begünstigen.

Schon deshalb ist es so merkwürdig, wenn sich jetzt linke Sozialdemokraten für das Mehrheitswahlrecht aussprechen. Das Zweiparteiensystem solle die politischen Fronten polarisieren. Die klugen Leute wollen den Klassenkampf durch autoritäre Einschränkung demokratischer Rechte dekretieren. In den gesellschaftlich zentralisierten, spätkapitalistischen Systemen ist die Aura direkter Demokratie, die das Mehrheitswahlrecht angibt, ohnehin zum Schein geworden. Auch in England. Es begünstigt die großen Parteiapparate und schließt Millionen von der Vertretung ihrer Interessen in der parlamentarischen Aktion aus. (Vgl. Fritz Lamm in: Die Große Koalition und die nächsten Aufgaben der Linken.)

Auch die Behauptung, dieses Wahlrecht richte sich gegen die NPD, ist falsch. Es ist nicht nur fraglich, ob die NPD damit aus dem Bundestag herausgehalten werden könnte. Wer keinen anderen Weg zu ihrer Bekämpfung angibt — zum Schutze der NPD schlägt im sozialdemokratischen Frankfurt immerhin Polizei gegen anti-faschistische Demonstranten los — der rückt ihr schon deshalb näher, weil er sie zur Rechtfertigung eigener undemokratischer Interessen benutzt. Eben dies ist die politische Rolle der NPD, die keine faschistische Massenbewegung alten Stils ist: die großen Parteien noch weiter nach rechts zu treiben.

Das Mehrheitswahlrecht richtet sich gegen die Linke. Es soll verhindern, daß die außerhalb des Parlaments sich neu entwickelnden real-demokratischen Gegenkräfte, die in den etablierten Parteien keinen wirksamen Ausdruck finden, selbst parlamentarisch auftreten. Die anti-kapitalistischen Kräfte sollen der Möglichkeit der parlamentarischen Aktion beraubt werden. Sicherlich können solche formalen Machtpositionen nicht verhindern, daß gesellschaftliche Erschütterungen politischen Ausdruck finden. Sie können aber demokratische Gegenbewegungen niederhalten und verzögern, integrativ wirken und die Vorbereitung weiterer Gewaltmaßnahmen der herrschenden Kräfte erleichtern.

Die anti-autoritäre Opposition kann die Wahlrechtsmanipulation nicht kampflos hinnehmen. Das würde die Versöhnung der Wähler mit dieser Entleerung ihrer Rechte und ihre Bindung an ein noch perfekter zum Schein gewordenes Wahlverfahren erleichtern. Die Manipulation der Masse der Bevölkerung durch ihre Mobilisierung für eine vollends vorbestimmte Entscheidung würde widerspruchslos hingenommen.

II

Die außerparlamentarische Opposition hat sich dem Parlament nie abstrakt gegenübergestellt; insofern ist der von außen bestimmte Name „außerparlamentarisch" ungenau. Sie hat das Bewußtsein, daß aktuelle Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung durch die parlamentarische Demokratie nur soweit vertreten werden können, wie sie außerhalb des Parlaments politisch fundamentiert sind. Ihre Kritik am Parlamentarismus stützt sich auf dessen Vertretungs-Anspruch, der den Klassencharakter der parlamentarischen Herrschaft verschleiert. Die außerparlamentarische Aktion zerreißt diesen Schleier, indem sie konkret den Widerspruch zwischen den Interessen der Massen und der Politik der parlamentarischen Institutionen sichtbar macht. Sie wendet sich an die „Volksvertretung" um diese zu zwingen, ihre wirklichen Interessenten zu offenbaren. Damit untergräbt sie die Legitimationsbasis der entfremdeten Volksvertretung, soweit diese nicht zu Zugeständnissen bereit ist, die ihrerseits dann wiederum Kampfpositionen der Opposition werden können.

Mit wachsender Kraft hat die außerparlamentarische Opposition immer direktere und differenziertere Formen der Konfrontation von Repräsentanten des parlamentarischen Systems mit ihrer Aktion entwickelt. Sie hat solche Aktionsformen bewußt zum Moment allgemeiner Aufklärung

über die eigenen Forderungen gemacht. Beispiele sind etwa die Streitgespräche mit Abgeordneten über die Notstandsgesetze oder das den Notstandsbefürwortern bei der kommenden Bundestagswahl die Stimmenverweigerung androhende „Hochschulmanifest gegen die Notstandsgesetze".

Aktionen, die auf die Entschleierung der herrschenden Verhältnisse und ihrer Repräsentanten zielen, haben dann die Chance Betroffene zu engagieren, wenn aktuelle Erfolge der Durchsetzung von Interessen erreichbar scheinen. Die Wahlrechtsänderung würde die Abgeordneten und Parteien von ihren Wählern unabhängiger machen und damit die Einflußmöglichkeiten der außerparlamentarischen Opposition einschränken. Der Kampf gegen das Mehrheitswahlrecht entspricht also der inneren Logik der außerparlamentarischen Bewegung.

Nun hat die außerparlamentarische Opposition zweifellos „Erfolge" zu verzeichnen — so ist die Verabschiedung der Notstandsverfassung schwierig geworden. Dennoch ist das Parlament den Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung weiter entfernt denn je und der allgemeine Unmut wächst. Den politisch aktiven Linken haben gerade die erfolgreichen Aktionen gezeigt, daß sie mehr und mehr die Durchsetzung ihrer Interessen in die eigene Hand nehmen müssen.

Es ist anzunehmen, daß eine einigermaßen einheitliche Wahl-Aktion der außerparlamentarischen Opposition Aussicht hätte, die Fünf-Prozent-Klausel zu überwinden. Deshalb ist es nicht mehr als logisch, wenn innerhalb der außerparlamentarischen Opposition die Beteiligung an den Wahlen gefordert wird. Gibt es die Möglichkeit aussichtsreicher Konfrontation mit den autoritären Kräften in der Wahlaktion, dann muß sie zur Bewußtseinsbildung genutzt werden. Die Entscheidung, ob solche Schlachten angenommen werden sollen, kann durchaus nicht nach Belieben getroffen werden. Sie geht mit innerer Notwendigkeit aus der bisherigen Bewegung hervor. Es wäre ebenso katastrophal einer Schlacht auszuweichen, die gewonnen werden kann, als leeren Aktionen nachzujagen. Dabei ist noch nicht einmal entscheidend, ob eine Wahlaktion der außerparlamentarischen Opposition dieser mehr als fünf Prozent der Stimmen bringt. Sie verhindert jedenfalls, daß doch wieder das kleinere Übel, die Identifikation mit der SPD oder die einzige Opposition, die NPD, gewählt wird, die dann die Koalitionsparteien noch mehr unwidersprochen nach rechts drücken würde. Nur die Wahlbeteiligung linker Oppositionskandidaten könnte die diffuse Mißstimmung gleichwohl auf „Bonn" fixierter breiter Wählergruppen strukturieren und politisch bewußt machen. Diese formal mit

den etablierten Parteien konkurrierende Aktion, würde diese zugleich von links unter Druck setzen.
Zudem scheint die Beteiligung am Wahlkampf die einzige Aktionsform gegen die Wahlrechtsänderung zu sein, die nicht bloß in Aufklärung stecken bleibt. Die Manipulation wird erst als Manipulation und Herrschaftssicherung sichtbar, wenn sie sich direkt gegen eine demokratische Alternative richtet. Zugleich könnte eine Wahlaktion der neuen Linken die Begeisterung der SPD für eine Wahlrechtsänderung dämpfen, weil sie dann erst recht fürchten muß, daß sie in einer Reihe von Wahlkreisen das Direktmandat verliert, wenn ihr eine linke Konkurrenz gegenübertritt.

Letztlich entscheidend für die Wahlbeteiligung ist aber die Möglichkeit, das gesamte in den bisherigen Auseinandersetzungen entwickelte radikaldemokratische, antikapitalistische Potential in einer gemeinsamen, großen Aktion zusammenzufassen, auszuweiten und den etablierten Kräften entgegenzustellen. Die Linke muß jetzt zeigen und selbst prüfen, wozu sie politisch und organisatorisch in einer Gesamtaktion fähig ist.

III

Allerdings dürfte sich die Aktion der unabhängigen Opposition nicht in den traditionellen Formen vergangener Verhältnisse halten. Wollte man jetzt eine feste Partei mit einem geschlossenen Programm gründen, dann würde nicht nur die Aktionskraft der Bewegung eingeengt und ihr unmittelbarer Erfolg beeinträchtigt. Diese Verfestigung würde die innere Entwicklungsmöglichkeit der Bewegung durch die Aktion hemmen und etwa Fixierungen auf das Parlament bestärken, anstatt sie aufzulösen und zur Reflexion zu zwingen. Wirkliches Aktionspotential und Entwicklungschancen wird nur eine Form der Bewegung haben, die es eindeutig bei dem bisherigen außerparlamentarischen Fundament beläßt, dessen Hegemonie anerkennt und die parlamentarische Aktion als ein Moment der Bewegung begreift. Die parlamentarische Aktion kann lediglich ein aus den aktuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten der außerparlamentarischen Opposition entwickelte Form der Konfrontation mit den etablierten Kräften sein. Sie kann weder das allgemeine Ziel der Opposition noch irgendwelche endgültige Institutionalisierung begründen.

Die außerparlamentarische Opposition hat ein Programm aktueller politischer Forderungen. Für den Wahlkampf genügt es, diese Forderungen aufzunehmen. Stellungnahmen zu weiteren Fragen können von Fall zu Fall und in der Diskussion der Oppositionsbewegung ausgearbeitet werden.

Alles andere wäre totes Papier, weil es autoritär bestimmt und ohne reale Kraft bliebe. Eine allgemeine programmatische Festlegung der Bewegung auf den gegenwärtigen Stand ihrer Selbstverständigung wäre nur gefährlich und hemmend. Sie muß offen bleiben und den Spielraum haben, wirklich tragfähige Alternativen und Argumentationen zu einzelnen Komplexen, schließlich eine klare, wirklich zukunftsweisende Perspektive, die aus den realen Verhältnissen fundiert ist, auszuarbeiten.

Organisatorisch dürfte eine Wahlaktion, die wirkungsvoll sein soll, sich schon gar nicht den traditionellen Formen fügen. Der Begriff der Partei wird heute von gescheiterten Versuchen und den herrschenden Staatsparteien geprägt. Die tatsächliche fundamental-demokratische Offenheit und die Distanzierung von den Pfründen der Staatsparteien und von ihren Herrschaftsmechanismen, muß die linke Aktion gerade kritisch als Möglichkeit zu demokratischer politischer Selbsttätigkeit ausweisen. Erst so kann sie auch auf ihre Teilnehmer klärend und fördernd wirken.

Es wäre schon falsch und die halbe Niederlage, wenn die Sammlung zu dieser Aktion in der Absprache einiger interner Grüppchen, also ohne Öffentlichkeit, ohne Teilnahme aller Oppositionellen stattfände und diese sich nur noch „einzureihen" hätten. Die in Stuttgart gegründete „Demokratische Linke" hat sich der Form nach ganz richtig als offenes Wahlkartell dargestellt, sie scheint aber als Sammlung der traditionellen Kerne zustandegekommen zu sein, was die ohnehin problematische Kandidatur zur baden-württembergischen Landtagswahl zusätzlich belastet.

Es käme erst einmal darauf an, das Problem der Wahlen in der außerparlamentarischen Opposition und ihren wichtigsten Gruppen, den Ostermarschierern, Notstandsgegnern, Gewerkschaftern, Studenten etc. zur Diskussion, zur Entscheidung zu stellen; die Klärung des Problems einzuleiten. Daraus ergebe sich heute die Chance, in den Organisationen der außerparlamentarischen Opposition die Träger für eine Wahlkampagne zu finden, die dann den Erfordernissen des Wahlgesetzes tatsächlich lediglich formell entspricht.

Die Formen einer solchen als Prozeß verstandenen Sammlung zur Aktion wären dem Erfahrungsmaterial der außerparlamentarischen Praxis selbst zu entnehmen. So haben ja im Frühjahr 1965 bereits einmal 215 Professoren die Frage zur Diskussion gestellt, was denn die Gewerkschaften zu tun gedächten, um ihrer Ablehnung der Notstandsgesetze Nachdruck zu verschaffen.

Wäre es nicht unvergleichlich fruchtbarer, für eine derartige öffentliche Diskussion mit den einzelnen Gruppen der außerparlamentarischen Oppo-

sition die Argumente zusammenzustellen, statt abstrakte Sammelprogramme zu verfassen?

Würden sich aus solcher bewußten Entwicklung der Aktion nicht auch erst Lösungen wie etwa für die nicht ganz einfache Aufgabe ergeben, die nötigen Kandidaten zu finden?

Es wäre die Aufgabe der jungen Linken, die mit den gegenwärtigen Aktionen am meisten vertraut sind, solche Überlegungen zur Diskussion zu stellen. Teils ergehen sie sich jedoch in Opportunismus, teils in Sektiererei und ein Teil der Studenten sieht nicht mehr, daß sie ihre erweiterte Basis an der Universität nur halten können, wenn sie zugleich das vitale, vorwärtsstrebende Moment der gesamten Bewegung sind.

Daher ist es vor allem wichtig, daß der SDS mit diesen Fragen konfrontiert wird. Der lange Marsch durch die Institutionen kann nicht vor dem Parlament Halt machen!

Frank Deppe hat auf der Delegiertenkonferenz die wesentlichen Aspekte sozialistischer Parlamentarismuskritik vorgetragen (Neue Kritik 44). Daran wäre dann und gerade dann festzuhalten, wenn die Linke zur parlamentarischen Aktion fortschreitet. Praktisch wäre das die Aufgabe der jungen Linken — die es nicht nur an den Hochschulen gibt. An ihnen liegt es, ob die parlamentarische Aktion, Wahlkampf und Arbeit im Parlament, in Inhalt und Form neu bestimmt, zur Unterstützung der „außerparlamentarischen Opposition" wird, sich der Integration entzieht und das System der Herrschaft entschleiert.

Die junge Linke sollte dafür sorgen, daß die jedenfalls kommende Wahlaktion nicht denen allein überlassen bleibt, die sie vor allem betreiben und oft überschätzen. Es ist nicht mehr viel Zeit, wenn eine entwicklungsfähige und erfolgsversprechende Einheitsfront zustandekommen soll. Es wäre an der Zeit die Initiative zu ergreifen. Es kommt darauf an, in der anti-kapitalistischen Reformbewegung praktisch vorwärtstreibend die revolutionären Ziele vertreten.

Richard Lorenz

Wirtschaftspolitische Alternativen der Sowjetmacht im Frühjahr und Sommer 1918*

Im Februar 1918 erlitt die russische Revolution ihre erste Niederlage. Um ihre von deutschen und österreichischen Truppen bedrohte Existenz zu retten, unterzeichnete die Sowjetmacht den Frieden von Brest-Litowsk. „Der Friedensschluß konnte nicht ein einfacher Rechtsakt sein, das war ein Ereignis, das von Grund auf die gesamte wirtschaftliche und politische Lage änderte“ [1]. Die *Bol'seviki* waren sich darin einig, daß der Brester Vertrag einen neuen Abschnitt in der Geschichte der russischen Revolution einleitete. Umstritten blieb jedoch die Frage, in welcher Form sich die außenpolitische Kapitulation auf innenpolitischem Gebiet auswirken würde. Während ein Teil der *Bol'seviki* im Friedensvertrag eine Chance für die russische Revolution erblickte, befürchteten andere, daß die hiermit verbundene Preisgabe internationalistischer Positionen auch die sozialistischen Zielsetzungen im Innern des Landes gefährde.

Die Kontroverse über die innenpolitische Perspektive der Sowjetmacht entzündete sich am Problem des industriellen Wiederaufbaus. Sollte man versuchen, den Sozialismus unmittelbar auf den Trümmern des Kapitalismus zu errichten? Oder sollte die Industrie auf ihrer alten kapitalistischen Grundlage zunächst wiederhergestellt werden? Auf welche Weise war in einem Lande mit überwiegender bäuerlicher Kleinproduktion die Sozialisierung der Produktionsmittel überhaupt möglich? Diese Fragen bewegten im Frühjahr 1918 die gesamte Partei — von den Führungsspitzen bis zu den Grundorganisationen. Die Lösungsversuche zeigten, daß es für

* Zuerst erschienen in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Bd. 15, Jahrg. 1967, Heft 2, Juni 1967, Wiesbaden 1967.* Wir danken an dieser Stelle dem Herausgeber und dem Verlag für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

[1] „Tezisy o tekuščem momente“ (von der Redaktion), in: Kommunist (1918) Nr. 1, S. 4.

die Sowjetmacht offenbar mehrere wirtschaftliche und politische Alternativen gab[2].

I. Zur Wirtschaftslage nach dem Brester Frieden

Das Hauptproblem, dem sich die bolschewistische Partei nach Abschluß des Brester Friedens (3. März 1918) gegenüber sah, bildete die wirtschaftliche Zerrüttung des Landes. Die Folgen von Krieg, Revolution und Annexionsfrieden brachten die russische Volkswirtschaft an den Rand des völligen Zusammenbruchs, so daß — wie die Führung erkannte — die Existenz des neuen Regimes selber gefährdet war. Bereits der Erste Weltkrieg hatte das gesamte Wirtschaftsleben schwer erschüttert und — spätestens seit dem Sommer 1917 — zu einem sichtbaren Leistungsrückgang, vorab in der Großindustrie und im Transportwesen, geführt. Durch den Kriegsaustritt verlor Rußland die wirtschaftliche Unterstützung der Westmächte, so daß der Zustrom von Rohstoffen und Industriewaren versiegte. Die Demobilisierung der Industrie vollzog sich in chaotischen Formen. Da die technischen und finanziellen Voraussetzungen fehlten, um sofort zur Friedensproduktion überzugehen, mußten die demobilisierten Betriebe zumindest zeitweilig geschlossen werden. Unter dem Druck der unerträglichen Lebensbedingungen in den Städten zogen sich die Arbeiter zu Hunderttausenden aufs Land zurück. Im Winter 1917/1918 verloren allein Petrograd eine Million und Moskau eine halbe Million Einwohner[3].

In den Monaten der Machteroberung und -behauptung hatten die *Bol'seviki* das radikale Proletariat der Industriezentren in seinem Kampf gegen die Fabrikbesitzer unterstützt und damit eine regelrechte Offensive gegen das Kapital eingeleitet[4]. In deren Verlauf gelang es zwar, die Macht der Unternehmer zu brechen, nicht aber die Produktion neu zu organisieren und zu regulieren. Die Arbeiterorganisationen, in erster Linie die Betriebskomitees, die nun die Macht über die Industrie aus-

[2] Das Problem der Weltrevolution, das eng mit der Frage nach den inneren Alternativen zusammenhängt, wird in der vorliegenden Untersuchung nicht berücksichtigt. — Eine kenntnis- und materialreiche Studie über die wirtschaftspolitischen Beziehungen der frühen Sowjetmacht zum Westen findet sich bei V. A. Šiškin Oktjabr'skaja revoljucija i ékonomičeskie otnošenija sovetskogo gosudarstva s kapitalističeskim mirom (1917—1918 gg.), in: Voprosy istorii (1966) Nr. 11, S. 3—19.

[3] Eine Beschreibung der Zustände, die in Rußland zur Zeit der bolschewistischen Machtübernahme herrschten, findet sich bei Ju. Larin, L. Kricman Očerk chozjajstvennoj žizni i organizacija narodnogo chozjajstva Sovetskoj Rossii 1917—1920. Moskau 1920, S. 5—8.

[4] Vgl. hierzu mein Buch „Anfänge der bolschewistischen Industriepolitik". Köln 1965.

übten, waren nicht in der Lage, einen arbeitsfähigen, das ganze Land erfassenden wirtschaftlichen Verwaltungsapparat aufzubauen. Solange sie durch den Widerstand oder die Demission der alten Besitzer und Direktoren gezwungen wurden, ihre Energien auf innerbetriebliche Probleme zu konzentrieren, rückten gesamtwirtschaftliche Erwägungen in den Hintergrund. Schon früh bemerkte ein bolschewistischer Kritiker: „Das Betriebskomitee ist in vieler Beziehung der Nachfolger des kapitalistischen Unternehmers. Es schaut auf alle industriellen Beziehungen zuallererst mit den Augen der betreffenden Fabrik oder Firma. Seine erste Aufgabe sieht es darin, den Arbeitern dieser Fabrik oder Firma eine Möglichkeit zu schaffen, die schwere Zeit zu überleben“[5]. An die Stelle der privaten traten auf diese Weise kollektive Unternehmer, an die Stelle der kapitalistischen Konkurrenz eine Konkurrenz von Produktionsgenossenschaften. Da die Arbeiter in den innerbetrieblichen Auseinandersetzungen die alten hierarchischen Beziehungen zerstörten, ohne unmittelbar neue Organisationsformen zu entwickeln, kam zur Anarchie des Marktes meist noch eine Anarchie der Betriebsorganisation. Die Herrschaft der Betriebskomitees, wie sie sich im Herbst und Winter 1917/1918 in der Industrie herausgebildet hatte, drohte die ökonomische Basis der Revolution zu zerstören[6].

Zunächst hatte die Sowjetmacht versucht, die destruktiven, in ihrer Konsequenz zur Anarchie führenden Tendenzen der Betriebskomitees unter Kontrolle zu bekommen. Mit ihrem Dekret über die obligatorische Einführung der Arbeiterkontrolle (14. November 1917) strebte sie eine Art Doppelherrschaft von kapitalistischer Unternehmensleitung und Belegschaft an, wobei gewählten Kommissionen die Kontrollbefugnis über sämtliche Geschäftsvorgänge eingeräumt wurde[7]. Wie die Arbeiter sich jedoch zumeist nicht mit der bloßen Kontrolle begnügten, sondern in den Betriebsablauf selber eingriffen, waren die Unternehmer kaum bereit, sich dem Diktat der Belegschaft zu unterwerfen. Die im Dekret angestrebte Arbeiter k o n t r o l l e tendierte kraft ihrer immanenten Logik in der Praxis zu einer Arbeiter v e r w a l t u n g. Die Folge bildete eine Welle spontaner „Nationalisierungen“, die das ganze Land, vor allem

[5] I. I. Stepanov-Skvorcov Ot rabočego kontrolja k rabočemu upravleniju. Moskau 1918, S. 5—6.
[6] Vgl. A. M. Pankratova Fabzavkomy Rossii v bofbe za socialističeskuju fabriku. Moskau 1923.
[7] Der Text des Dekrets ist wiederabgedruckt in: Dekrety Sovetskoj Vlasti; bisher 3 Bände. Moskau 1957—1964; hier Band 1, S. 83—85.

die von der Zentrale weit entfernten Provinzen, durchlief (vgl. unten, Abschnitt V).

Während die Regierung, die vorerst über kein sozialistisches Transformationsprogramm verfügte, sich einerseits auf das revolutionäre Industrieproletariat stützte und namentlich Lenin die Arbeiter immer wieder zu selbständigen Aktionen aufrief, strebte sie gleichzeitig nach einer Übereinkunft mit privaten Kapitalgruppen. Sie scheute vor einer systematischen Nationalisierung ganzer Industriezweige, wie sie in dem vom Sechsten Parteitag (8. bis 16. August 1917) verabschiedeten Wirtschaftsprogramm gefordert worden war[8], zurück und führte Enteignungen nur im Einzelfall oder als Strafmaßnahme durch. Das wichtigste Nationalisierungsdekret (14. Dezember 1917) betraf die Banken, die sämtlich in Staatsbetriebe verwandelt und mit der Staatsbank vereinigt wurden[9]. Der Bankapparat war jedoch nicht bereit, mit der Sowjetmacht zusammenzuarbeiten und sabotierte, wo er nur konnte, ihre Anordnungen. Die Annullierung der Staatsschulden (21. Januar 1918)[10], durch die sich das Regime mit einem Schlag von 26 Milliarden innerer und 12 Milliarden äußerer Schuldverpflichtungen befreite, führte zu weiteren Konflikten, vor allem mit dem Ausland. Als einzigen geschlossenen Wirtschaftszweig nationalisierte die Regierung vor dem Brester Frieden die See- und Binnenhandelsflotte (25. Januar 1918)[11]. Da diese Maßnahme organisatorisch kaum vorbereitet war, vermehrten sich hierdurch die Schwierigkeit im Wassertransport. Das für die Nationalisierung zuständige zentrale Organ, der am 2. Dezember 1917 gegründete Oberste Volkswirtschaftsrat[12], war zu sehr mit seinem eigenen inneren Aufbau und der Schaffung eines gesamtstaatlichen ökonomischen Rätesystems beschäftigt, um hier aktiv eingreifen zu können.

Durch den Brester Frieden wurde die schwer angeschlagene Wirtschaft, in der sich neue Organisationsformen gerade erst ansatzweise herauszukristallisieren begannen, nun vollkommen aus dem Gleichgewicht geworfen[13]. Mit der Ukraine und (etwas später) dem Donecbecken verlor Rußland seine wichtigsten Rohstoffbasen, d. h. über zwei Drittel der

[8] Sestoj s-ezd RSDRP (B), Avgust 1917 g. Protokoly. Moskau 1958, S. 257—260.
[9] Dekrety Band 1, S. 230.
[10] Dekrety Band 1, S. 386—387.
[11] Dekrety Band 1, S. 396—397.
[12] Dekrety Band 1, S. 172—174.
[13] Vgl. hierzu Trudy I Vserossijskogo S-ezda Sovetov Narodnogo Chozjajstva. Stenografičeskij otčet (im folgenden Trudy I). Moskau 1918, vor allem die Referate Radeks und Lomovs über die wirtschaftlichen Folgen des Brester Friedens, S. 14—27.

Kohle- und Eisenförderung — ein Verlust, der durch keinerlei Umsiedlung von Betrieben, etwa in den Ural, wie sie sehr rasch eingeleitet wurde, ausgeglichen werden konnte. Fast 50 Prozent aller Industrieanlagen und damit die Hälfte der Arbeiterschaft kamen unter fremde Besatzung. Der Ausfall der Kornkammer Rußlands und 90 Prozent der gesamten Zuckerindustrie untergrub die Lebensmittelversorgung der großen Städte. Schließlich mußte der nun völlig vom Westen abgeschnittene Sowjetstaat laut Vertrag finanzielle Verpflichtungen in Höhe vieler Milliarden auf sich nehmen. Es ist verständlich, wenn unter diesen unglücklichen Umständen immer wieder prinzipielle Zweifel an der Möglichkeit einer sozialistischen Transformation laut wurden[14].

Auch der unter sowjetischer Verwaltung verbliebene Teil der Wirtschaft bekam bald die Auswirkungen des Brester Vertrages zu spüren. Der Roh- und Brennstoffmangel führte hier zu einer Massenschließung von Industriebetrieben. Nach dem Bericht V. M. Molotovs auf dem Ersten Gesamtrussischen Volkswirtschaftskongreß (25. Mai bis 4. Juni 1918)[15] arbeiteten zum Beispiel in Petrograd am 1. April von 799 registrierten Fabriken noch 534; von den ursprünglich dort beschäftigten 208 000 Arbeitern waren 121 000 übriggeblieben. In der Petrograder Metallindustrie sank die Zahl der Beschäftigten sogar auf 23 Prozent. Eine im August durchgeführte Industriezählung brachte ähnliche Ziffern für ganz Rußland[16]. Kaum zwei Drittel aller erfaßten Unternehmen waren noch — ganz oder teilweise — in Betrieb. Infolge der Produktionseinschränkungen nahmen Teuerung und Arbeitslosigkeit im Frühjahr 1918 ganz außergewöhnliche Ausmaße an. — Verschärft wurde die wirtschaftlich Krise durch den Zerfall des Transportsystems, der mangels Brennstoff und intakter Lokomotiven immer weiter um sich griff. Da das Eisenbahnpersonal und die lokalen Sowjets sehr häufig eigenmächtig über die Züge verfügten, entglitt der Regierung bald die Gewalt über die letzten Teile des Verkehrsnetzes. „Der Staat verlor faktisch das Recht, sein Transportwesen zu verwalten," heißt es in einem Bericht des verantwortlichen Kommissars[17]. Damit fand auch der bislang noch intakte Güteraustausch zwischen Stadt und Land sein Ende. Eine sich rasch ausbreitende Hungersnot hatte zahllose Ausschreitungen und Unruhen im Gefolge, an denen

[14] Trudy I S. 29 und 71.
[15] Trudy I S. 235.
[16] Fabrično-zavodskaja promyšlennost' v period 1913—1918 gg. Moskau 1926, S. 23.
[17] Zitiert bei I. D. Michajlov Evoljucija russkogo transporta 1913—1925 gg. Moskau 1925, S. 78.

sich große Teile der Arbeiter, in erster Linie aber die Bauern, beteiligten. Antibolschewistische — demokratische ebenso wie weiße — Gruppen und Organsationen begannen in dieser Situation eine verstärkte Aktivität zu entfalten [18].

II. Die Theorie der Übergangswirtschaft

Die Partei wurde sich der Gefährdung, die Chaos und Unruhen für ihre Herrschaft mit sich brachten, rasch bewußt. Ihre Presse zeichnete im Frühjahr 1918 das Schreckbild eines durch den völligen Zerfall der Wirtschaft in mittelalterliche Zustände zurücksinkenden Landes. Seit Anfang März diskutierte das Zentralkomitee über geeignete Mittel und Methoden, Rußland aus der Zerrüttung herauszuführen. Viele bolschewistische Führer verlangten, den revolutionären Prozeß aufzuhalten, da das — im Vergleich zu Westeuropa — unqualifizierte russische Proletariat nicht in der Lage sei, die Verwaltung der nationalisierten Wirtschaft selber zu übernehmen. „Der russische Mensch ist ein schlechter Arbeiter", erklärte Lenin rund heraus [19], ohne Disziplin und organisatorische Erfahrung, daher unfähig zum Aufbau eines eigenen Verwaltungsapparates. Auch Trockij sprach plötzlich dem durchschnittlichen russischen Arbeiter alle technischen und kulturellen Fähigkeiten ab: „Er ist bestrebt, alles, was er kann, für sich zu nehmen, er denkt nur an sich und ist nicht geneigt, mit dem allgemeinen Klassenstandpunkt zu rechnen" [20]. Hieraus resultiere die „Flut desorganisatorischer Stimmungen und individualistischer, anarchistischer und räuberischer Tendenzen", die zur Zeit das revolutionäre Rußland überschwemme.

In seiner Bilanz der Monate Oktober 1917 bis Februar 1918 übernahm das Zentralkomitee die von Lenin und Trockij entwickelte Auffassung, die Revolution sei an einem Wendepunkt angelangt, der eine „neue Periode" einleitete [21]. Der Friedensvertrag hatte, so argumentierte man,

[18] Die dem Sowjetstaat durch die wirtschaftliche Krise drohende Gefahr ist gut dargestellt bei W. H. Chamberlin Die Russische Revolution 1917—1921. 2 Bände. Frankfurt/Main 1958; Band 1, S. 383—395.

[19] V. I. Lenin Polnoe sobranie sočinenij. Izd. 5 (Moskau 1958ff.); Band 36, S. 189.

[20] L. D. Trockij Sočinenija (Moskau, Leningrad 1924 ff.); Band 17, 1, S. 165. — Sicherlich erschöpft sich in solchen und ähnlichen Äußerungen nicht die Haltung Trockijs oder Lenins zur russischen Arbeiterschaft. Doch für die hier behandelte Zeitspanne waren sie charakteristisch.

[21] Lenin Band 36, S. 587, Anm. 61. Vgl. auch Plany stat'i „Očerednye zadači sovetskoj vlasti", S. 543—552. — In nuce sind die hier entwickelten Gedanken bereits in den im Januar 1918 entstandenen Notizen „Iz dnevnika publicista" enthalten; in: Leninskij sbornik (Moskau, Leningrad 1924 ff.); Band 11 (1929) S. 8—9.

die unmittelbare äußere Bedrohung beseitigt und der Sowjetmacht eine „Atempause" verschafft. Im Innern des Landes schien der militärische Widerstand der besitzenden Klassen gebrochen und damit die offenen kriegerischen Auseinandersetzungen abgeschlossen. „Man kann zuversichtlich sagen, daß der Bürgerkrieg in der Hauptsache beendet ist", meinte Lenin mit übertriebenem Optimismus[22]. Durch die Revolution war der alte Staatsapparat zerstört und die Macht der Sowjets im ganzen Lande etabliert worden. Am 31. März erklärte das Zentralkomitee, „daß die Periode der Machteroberung beendet ist und der grundlegende Aufbau beginnt"[23]. Die destruktive Phase, die in der „proletarischen Offensive", der „rotgardistischen Attacke" gegen die Bourgeoisie kulminiert hatte, sollte von einer konstruktiven Phase „sachlicher Aufbauarbeit abgelöst werden. „Der Kampf mit der Bourgeoisie geht über ins Stadium der organisierten Rechnungsführung und Kontrolle"[24]. Gleichzeitig distanzierte sich Lenin vom Kampf gegen das Privateigentum: „Gestern war es der Angelpunkt der gegenwärtigen Lage, möglichst entschieden zu nationalisieren, zu konfiszieren, die Bourgeoisie zu schlagen und zu vernichten. Heute sehen nur Blinde nicht, daß wir mehr nationalisiert, konfisziert, zerschlagen und zerbrochen haben, als wir zu erfassen vermochten"[25]. Die Expropriation unter diesen Umständen im bisherigen Tempo fortzuführen, bedeutete nach Lenin die sichere Niederlage der Revolution. Statt dessen rief er die industrielle Arbeiterschaft auf, zunächst die Verwaltung der nationalisierten wie der kapitalistischen Betriebe zu erlernen.

Da die Sowjetmacht allein nicht fähig sei, „mit den schöpferischen Organisationsaufgaben fertig zu werden", meinte Trockij, müsse sie auf die Dienste der alten Spezialisten zurückgreifen und „die gestrigen Saboteure in Diener, ... Administratoren und technische Leiter ... verwandeln"[26]. Wie diese Fachleute der Bourgeoisie gedient hatten, so würden sie, hoffte man, bei entsprechender Bezahlung auch für den Sozialismus arbeiten. In erster Linie sollten die „kulturell hochstehenden Kapitalisten, die für den ‚Staatskapitalismus' zu haben und fähig sind, ihn durchzuführen, die dem Proletariat nützlich sind als kluge und erfahrene Organisatoren größter Betriebe", zur Mitarbeit herangezogen werden[27]. Lenin vertrat

[22] Ebenda Band 36, S. 233—234.
[23] Ebenda Band 36, S. 587, Anm. 61.
[24] Ebenda Band 36, S. 550.
[25] Ebenda Band 36, S. 294.
[26] Trockij Band 17, 1, S. 162.
[27] Lenin Band 36, S. 305.

die Ansicht, „daß es unmöglich ist, den Sozialismus aufzubauen oder einzuführen, ohne bei den Organisatoren der Trusts zu lernen" — „Sozialismus à la Morgan Rockefeller", wie ein bolschewistischer Kritiker sarkastisch diese Vorstellung bezeichnete[28]. Nicht nur die russischen Unternehmer und Spezialisten, sondern auch ausländische Kräfte gelte es für den Wiederaufbau heranzuziehen. „Jetzt sind wir gezwungen, von den fortgeschrittenen Ländern nicht die Hilfe der sozialistischen Organisation und die Unterstützung der Arbeiter, sondern die Hilfe der dortigen Bourgeoisie und der kapitalistischen Intelligenz anzunehmen"[29].

Um die Kontinuität des wirtschaftlichen Aufbaus zu gewährleisten, drangen die bolschewistischen Führer auf die Einführung einer autoritären Arbeitsverfassung, wie sie etwa der deutschen Kriegswirtschaft zugrunde lag. Hatten sie die Arbeiter bisher zu Eigeninitiative und Spontanität aufgerufen, so rückten jetzt Begriffe wie „Disziplin", „Ordnung", „Organisation" u. ä. in den Mittelpunkt der Agitation. Am 27. März 1918 hielt Trockij vor der Moskauer Parteiorganisation einen Vortrag mit dem Titel: „Arbeit, Disziplin, Ordnung", in dem er vor einer „Überschwemmung an Kollegialität" warnte und die Arbeiter zur „Selbstbegrenzung des Kollegialprinzips" aufrief[30]. Es komme darauf an, ein „neues Bewußtsein von Arbeitspflicht und Arbeitsehre" zu entwickeln und Arbeiter, die nicht die ganze Arbeitszeit ausfüllen, vor Gericht zu stellen. Ähnlich verlangte Lenin eine „eiserne Hand", die sich gegen alle Schwankungen innerhalb der Arbeiterschaft zu richten habe. „Unsere Diktatur des Proletariats bedeutet die Sicherung der Ordnung, der Disziplin, der Arbeitsproduktivität, der Rechnungsführung und Kontrolle . . ." — so lautete das Grundpostulat der „neuen Periode"[31].

Im Verlauf der Diskussion, die sich zwischen März und Mai 1918 um die Prinzipien einer neuen Wirtschaftspolitik entfaltete, stieß das Zentralkomitee mit seinen Vorstellungen, die der revolutionären Tradition schroff widersprachen, selbst innerhalb der Partei auf heftige Ablehnung (vgl. unten, Abschnitt III). Die angestrebte Politik laufe auf eine Restauration des Kapitalismus hinaus, hielt man entgegen, die am Ende die Sowjetmacht selber untergraben werde; nur die entschlossene Fortführung der ökonomischen Revolution gewährleiste demgegenüber die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft. In der Auseinandersetzung mit dieser Auffassung entwickelte Lenin seine Vorschläge und Überlegungen

[28] Trudy I S. 62.
[29] Lenin Band 36, S. 139.
[30] Trockij Band 17, 1, S. 163.
[31] Lenin Band 36, S. 261.

zur Theorie einer staatskapitalistischen Übergangswirtschaft weiter[32]. Der Begriff „Staatskapitalismus" bedeutete hierbei einen Kapitalismus unter der Kontrolle des bolschewistischen Regimes, der in Rußland in möglichst kurzer Frist die industrielle Entwicklung nachholen und zu einer Entfaltung der technischen Produktivkräfte führen sollte, die der Sozialismus — nach Marx — voraussetzte. Seine wichtigsten Grundzüge waren: Ausnutzung der kapitalistischen Produktions- und Distributionsmethoden, Einsatz bürgerlicher Fachleute in leitende Funktionen, eine autoritäre, von Disziplinargerichten kontrollierte Arbeitsverfassung, straffe Zentralisation des Wirtschaftslebens sowie Einführung der Einzelleitung. Ein solches — wesentlich an der deutschen Kriegswirtschaft orientiertes — System bildete nach Lenin für das zurückgebliebene Rußland, wo die Klein- und Kleinstproduktion vorherrschte und die Groß-Industrie und das Eisenbahnnetz völlig zerrüttet waren, die einzige praktikable Möglichkeit. „Nur die Entwicklung des Staatskapitalismus, nur die sorgfältige Organisierung der Kontrolle, nur die strengste Organisation und Arbeitsdisziplin werden uns zum Sozialismus bringen. Ohne das ist kein Sozialismus möglich"[33].

Lenin ging in seiner Argumentation nun nicht mehr von dem durch Krieg und Revolution hervorgerufenen wirtschaftlichen Chaos aus, sondern von der sozialökonomischen Grundstruktur des Landes. Fünf verschiedene Formationen, so erläuterte er, bildeten das widerspruchsvolle System der russischen Volkswirtschaft[34]: die patriarchalische Bauernwirtschaft (geschlossene Hauswirtschaft auf naturaler Grundlage), die kleine Warenproduktion (Bauern, die Getreide verkaufen), der Privatkapitalismus (freier Markt), der Staatskapitalismus (kapitalistisch organisierte Unternehmen in Staatshand) und der Sozialismus (nationalisierte Betriebe). Die beiden ersten Formen, die bei weitem überwogen, bestimmten in Lenins Modell den Agrarcharakter des Landes. Ziemlich unvermittelt standen

[32] Hierbei konnte sich Lenin auf seine bereits vor der Revolution entwickelten Vorstellungen beziehen. Vgl. „Principial'nye položenija k voprosu o vojne" und „Cernovoj projekt tezisov obraščenija k internacional'noj socialističeskoj komissii i ko vsem socialističeskim partijam", in: Lenin Band 30, S. 212—222 und 273 bis 285, sowie vor allem die drei Programmschriften „Gosudarstvo i revoljucija", „Grozjaščaja katastrofa i kak s nej borot'sja" und „Uderžat li bol'ševiki gosudarstvennuju vlast'", in: Lenin Band 33, S. 1—120; Band 34, S. 151—199 und 287—339.

[33] Die wichtigsten Beiträge Lenins zum Problem des Staatskapitalismus im Frühjahr 1918 finden sich in seinen Reden vor dem Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee und im „Pravda"-Artikel „Über ‚linke' Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit", in: Lenin Band 36, S. 239—276 und 283—314.

[34] Lenin Band 36, S. 258.

ihnen auf der anderen Seite die erst in Ansätzen vorhandenen staatskapitalistischen und sozialistischen Elemente gegenüber. Die durch diese unheitliche Struktur bewirkte Zersplitterung der Wirtschaft stellte das entscheidende Hindernis für die Industrialisierung Rußlands dar. Eine durch das kleine Eigentum hervorgerufene „kleinbürgerliche Anarchie" band das Land an das Mittelalter und verhinderte nach Lenins Ansicht eine sozialistische Entwicklung. Man könne von der durch vorkapitalistische Formen bestimmten ökonomischen Basis nicht unmittelbar zum Sozialismus übergehen, argumentierte er; diese setze vielmehr die Errungenschaften einer vollindustrialisierten und rationalisierten Wirtschaft voraus. „Der Sozialismus ist undenkbar ohne großkapitalistische Technik, die nach dem letzten Wort der modernen Wirtschaft aufgebaut ist, ohne planmäßige Organisation, die Dutzende Millionen Menschen zu strengster Einhaltung einer einheitlichen Norm in der Erzeugung und Verteilung der Produkte anhält" [35]. Daher gelte es, in einem so rückständigen Land wie Rußland vor allem eine vergesellschaftete Produktion aufzubauen, wobei sich bei Lenin die Vergesellschaftung in der Kontrolle und Rechnungsführung über die (sozialistische oder kapitalistische) maschinelle Produktion erschöpfte. Ein auf der Großindustrie basierender zentralisierter und durchorganisierter Wirtschaftsapparat — das war das an der ökonomischen Effektivität orientierte Ziel der neuen Wirtschaftspolitik.

In dieser Betrachtungsweise rückte die Frage nach der sozialen Struktur des angestrebten Wirtschaftssystems in den Hintergrund. Lenin machte keinen Unterschied zwischen der inneren Organisation eines kapitalistischen und eines sozialistischen Betriebs. Häufig genug betonte er, daß man nicht Sozialismus und Kapitalismus einander gegenüberstellen solle, da beiden die zentralisierte Großproduktion gemeinsam sei, sondern die organisierten Systeme der zersplitterten Kleinproduktion. Die Formel „Organisation contra Anarchie" bestimmte seine sämtlichen wirtschaftspolitischen Gedankengänge. — Da nach Lenin der strukturelle Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht auf ökonomischem, sondern auf politischem Gebiet zu suchen ist, sollte sich die Sowjetmacht zu den entsprechenden Institutionen der alten Gesellschaft unterschiedlich verhalten. Während der Staatsapparat — gemäß der Lehre von Marx — zu zerschlagen sei, gelte es umgekehrt, die wirtschaftliche Organisation zu erhalten. „Dieser Apparat darf und soll nicht zerschlagen werden" [36]. Man müsse ihn den Sowjets unterstellen und mit einer von der ganzen

[35] Ebenda S. 296.
[36] Ebenda Band 34, S. 307.

Bevölkerung getragenen Rechnungsführung und Kontrolle verbinden. Industriemonopole, Handelssyndikate, Banken, Genossenschaften, Angestelltenverbände und die gesamte Arbeitsorganisation könnten auf solche Weise von der neuen Regierung übernommen und für ihre eigenen Zwecke ausgenützt werden. Ein „staatskapitalistisches Monopol, das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird" — auf diesen Kern reduzierte sich in den Jahren 1917/1918 die leninistische Vorstellung von der ökonomischen Basis der sozialistischen Gesellschaft[37]. Sozialismus bedeutete demnach Sowjetmacht plus Staatskapitalismus.

Hieraus wird klar, warum die Parteiführung so fasziniert auf die deutsche Kriegswirtschaft blickte. Diese erschien der bolschewistischen Theorie gleichsam als das staatskapitalistische Musterbeispiel, das es auf die russischen Verhältnisse zu übertragen galt. Darum war es die zentrale Aufgabe, „vom Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen, ihn mit aller Kraft zu übernehmen, keine diktatorischen Methoden zu scheuen, um diese Übernahme noch stärker zu beschleunigen, als Peter die Übernahme der westlichen Kultur durch das barbarische Rußland beschleunigte . . ." [38]. Wie sich in Rußland in Gestalt des revolutionären Proletariats gleichsam die politischen Voraussetzungen des Sozialismus herausbildeten, so meinte Lenin, entwickelten sich in Gestalt der deutschen Kriegswirtschaft seine ökonomischen Grundlagen: „Und die Geschichte . . . nahm einen so eigenartigen Verlauf, daß sie im Jahre 1918 zwei getrennte Hälften des Sozialismus gebar . . . Deutschland und Rußland verkörpern 1918 am anschaulichsten die materielle Verwirklichung einerseits der ökonomischen, produktionstechnischen, sozialwirtschaftlichen Bedingungen und andererseits der politischen Bedingungen für den Sozialismus" [39]. Dieser Versuch, die Marx'sche These, wonach die sozialistische Revorlution nur in hochentwickelten Industriestaaten möglich sei, mit dem tatsächlichen Verlauf der Geschichte in Einklang zu bringen, widerspiegelte deutlich das Dilemma des Bolschewismus.

Der Leninschen Konzeption ähnliche Vorstellungen wurden unmittelbar nach der Revolution namentlich von Vertretern der Gewerkschaften entwickelt. Bereits der Erste Gesamtrussische Gewerkschaftskongreß (7.—14. Januar 1918) hatte sich nach einem Vortrag C. Cyperovics gegen eine generelle Nationalisierung der Industrie ausgesprochen, da sich die Krise

[37] Ebenda S. 192.
[38] Ebenda Band 36, S. 301.
[39] Ebenda S. 300.

hierdurch nur verschlimmern könne[40]; als Vorbereitungsstufe sei zunächst die staatliche Syndizierung und Trustierung der wichtigsten Produktionszweige (Kohle, Erdöl, Eisen, Chemie) erforderlich. Dem Staat wurde das Recht eingeräumt, „die Vereinigung der Unternehmen zu verstärken und zu beschleunigen. Es wäre jedoch verfehlt, dieser Zwangstrustierung zu große Bedeutung beizumessen, weil ihr vom allgemeinen Zustand der Zentralisation des Kapitals und der Zentralisation der Produktion in jedem einzelnen Produktionszweig bestimmte Grenzen gesetzt sind“[41]. — Seit März 1918 setzte sich — nach verschiedenen Interventionen Lenins — die Gewerkschaftsführung außerdem für die Übernahme im Kapitalismus entwickelter Wirtschaftsmethoden (Arbeitsnormierung, Stücklohn usw.) sowie für eine strenge, von Arbeitsgerichten zu überwachende Betriebsdisziplin ein[42].

Die wichtigsten theoretischen Beiträge zum Problem der Übergangswirtschaft leisteten (neben Lenin) Ja. Bojarkov, Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes, und A. L. Lozovskij, Mitglied des Zentralrats der Gewerkschaften. Bojarkov hielt die Frage nach dem sozialen Charakter der neuen Wirtschaftsverfassung für sinnlos. Ihm sei unverständlich, wie ein Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung (gemeint ist Bucharin) behaupten könne, „daß Rußland bei sich das sozialistische System einführen wird“[43]. Die Nationalisierung würde unter den gegenwärtigen Bedingungen die russische Industrie nur zerstören. Aber auch ein rein kapitalistisches System sei unmöglich. „Wir sind weder aufgerufen den Sozialismus noch eine rein bürgerliche Ordnung in Rußland zu schaffen. Man muß gegen den Willen der rückständigen russischen Bourgeoisie das System eines entfalteten Kapitalismus, der von einer staatlichen Regulierung begleitet wird, einführen“[44]. Nur der „entfaltete Kapitalismus“ [*razvernutyj kapitalizm*] garantiere in Rußland den industriellen Fortschritt. In diesem Zusammenhang warnte Bojarkov vor sozialistischen Illusionen in den unterentwickelten Ländern des Ostens überhaupt. — Ähnlich argumentierte Lozovskij[45]. Er bestritt den sozialistischen Charakter der Oktoberrevolution und hielt die Sowjetmacht „als äußerste Flanke

[40] Pervyj Sserossizskij S-ezd Professional'nych Sojuzov. Polnyj stenografičeskij otčet s predisloviem M. Tomskogo. Moskau 1918, S. 185—190 und 365—369.
[41] Ebenda S. 386.
[42] Vgl. Ja. Rudzudak Trudovaja disciplina i sdel'naja plata und die Resolution „O trudovoj discipline“, in: Professional'nyj vestnik (1918) Nr. 7—8.
[43] Ja. Bojarkov Industrija i proletariat, in: Vestnik metallista (1918) Nr. 4—6, Materialy, S. 155.
[44] Ja. Bojarkov Problemy demobilizacii, in: Vestnik metallista (1918) Nr. 2.
[45] A. Lozovskij Rabočij kontrol'. Moskau 1918, S. 5.

der revolutionären Demokratie" lediglich dazu berufen, die Überreste der Leibeigenschaft zu beseitigen und der bäuerlichen Demokratie den Weg zu ebnen. Eine sozialistische Wirtschaftsweise in Rußland sei pure Utopie. „Das ist sicher: wir machen jetzt einen Teil der Umwandlung des Kapitalismus in eine planmäßige, regulierte kapitalistische Wirtschaft durch"[46]. In dieser „vorsozialistischen Periode" müsse die ökonomische Reorganisation in staatlichen Lenkungsmaßnahmen, kombiniert mit dem System der Arbeiterkontrolle, bestehen. Hierdurch würde die Herrschaft der Unternehmer eingeschränkt und in den Produktions- und Distributionsprozeß konstitutive Garantien zum Schutz der Arbeiter eingebaut. Mit Bojarkov und Lenin war sich Lozovskij also darin einig, in Sowjetrußland nicht die Sozialisierung der Produktionsmittel auf die Tagesordnung zu setzen, sondern die kapitalistische Wirtschaftsstruktur in modifizierter Form beizubehalten. Hierin bestand die grundlegende Gemeinsamkeit aller frühen Varianten einer bolschewistischen Theorie der Übergangswirtschaft[47].

III. Staatskapitalistische Versuche

Entsprechend den neuen wirtschaftspolitischen Grundsätzen, die am 29. April 1918 vom Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee als Regierungsprogramm bestätigt wurden, entwickelten die Leiter des Obersten Volkswirtschaftsrates nacheinander zwei Grundmodelle einer Kooperation mit den Unternehmern[48]. Im ersten Modell teilten sich Staat und Finanzkapital in die Aktien nationalisierter Betriebe; oder der Staat besaß alle Aktien, gab aber im Namen des Betriebs Obligationen aus, die dem Finanzkapital eine feste Beteiligung garantieren. Hierbei waren die Unternehmen als Trust organisiert und wurden von bürgerlichen Spitzenkräften geleitet, denen ein vom Staat ernannter Kontrollkommissar zur Seite stand. Den unteren Organen der Arbeiterkontrolle blieb auf diese

[46] Trudy I S. 30.

[47] Hans Raupach äußert in seinem sehr instruktiven Aufsatz „Zur Entstehung des Begriffes Zentralverwaltungswirtschaft", in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft (1966) Nr. 1, die Vermutung, daß Lenin und andere bolschewistische Theoretiker von den Arbeiten Otto Neuraths angeregt wurden. Das läßt sich jedoch nicht nachweisen. Auch in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion der zwanziger Jahre wird auf Neurath seltener als auf andere westliche Nationalökonomen Bezug genommen. Allerdings ist tatsächlich eine gewisse Übereinstimmung zwischen seinen Auffassungen und der frühen sowjetischen Wirtschaftsverfassung festzustellen. V. Bazarov, der Neurath als den „markantesten Vertreter der planwirtschaftlichen Idee" hoch schätzte und gleichzeitig bedauerte, daß die russische Revolution keine ähnliche Erscheinung hervorgebracht habe, verglich sein Konzept mit der Periode des Kriegskommunismus. Vgl. Problemy socializacii v germanskoj literature, in: Vestnik socialističeskoj akademii (1923) Nr. 2, S. 247—259.

[48] Lenin Band 36, S. 277—280; Trudy I S. 62.

Weise im wesentlichen das Beschwerderecht. — Auch im zweiten Modell behielt das Unternehmen seine privatkapitalistische Struktur. Die alte Direktion übte weiterhin die administrativen Funktionen aus, überließ der Sowjetmacht und ihren Organisationen jedoch Rechnungsführung und Kontrolle. Der alte kapitalistische Verwaltungsapparat wurde so durch einen neu gegründeten proletarischen Kontrollapparat ergänzt. Dieser Organisationstypus stellte im Frühjahr 1918 die am meisten verbreitete Form des Staatskapitalismus dar.

Die Zusammenarbeit zwischen Staat und Arbeiterorganisation auf der einen und Kapitalist und technisch-administrativer Intelligenz auf der anderen Seite wurde zunächst in der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie gefördert. In der Leder-, Textil- und Zuckerindustrie kam es auf diese Weise zu staatskapitalistischen Ansätzen[49]. Die Gewerkschaften und Unternehmerverbände schlossen Verträge miteinander ab, nach denen die privaten Betriebe vom Staat Subsidien erhielten, hierfür aber ihre Produkte abgeben mußten. In der zentralisierten Leitung der Wirtschaftszweige waren die Arbeiter mit zwei Dritteln, die Unternehmer und Spezialisten mit einem Drittel der Stimmen vertreten. Da jedoch die private Werksverwaltung sich immer wieder der Arbeiterkontrolle widersetzte, andererseits die Arbeiter zu selbstherrlich über den Betrieb verfügten, verschärften sich auf die Dauer die innerbetrieblichen Spannungen und zwangen — entgegen dem Willen der Regierung — zur Aufgabe solcher Versuche.

Bedeutungsvoller waren die Bemühungen der Sowjetmacht, private Kapitalgruppen der Schwerindustrie in den Wiederaufbau einzubeziehen. Das ernsthafteste Experiment dieser Art stellte das sogenannte Mescerskij-Projekt dar[50]. A. P. Mescerskij, Leiter eines riesigen Konzerns, der ca. 60 000 Arbeiter beschäftigte und dessen Zentrum die Werke von Sormovo und Kolomna bildeten, hatte sich bereits unmittelbar nach der Revolution mit Plänen zur Gründung eines staatskapitalistischen Supertrusts befaßt. Im November 1917 nahm der Rat der Volkskommissare den Kontakt mit ihm auf, und am 3. Dezember begannen in Petrograd die — zunächst geheimgehaltenen — Verhandlungen, an denen von Anfang an mittelbar

[49] Ebenda S. 259 und 603, Anm. 108.

[50] Zur Geschichte des Meščerskij-Projekts vgl. A. Z. Gol'Cman (Ja. Bojarkov) Stroitel'notransportnyj trest, in: Vestnik metallista (1918) Nr. 3; G. Cyperovič Sindikaty i tresty v dorevoljucionnoj Rossii i v SSSR. Leningrad 1927; die Berichterstattung in Narodnoe chozjajstvo (1918) und Torgovo-promyšlennaja gazeta (1918); A. V. Venedikto v Organizacij železnoj i ugol'noj promyšlennosti, in: Tjaželaja industrija v SSSR (Moskau 1926); P. V. Volobuev, V. Z. Drobižev Iz istorii goskapitalizma v SSSR, in: Voprosy istorii (1957) Nr. 9.

oder unmittelbar Lenin teilnahm. Im Auftrag der Sowjetregierung arbeitete Mescerskij das Projekt einer „Nationalen Gesellschaft“ [51] aus, die als Trust organisiert werden und mit 300 000 Beschäftigten und einem Grundkapital von 1,5 Milliarden Rubel fast die gesamte russische Schwerindustrie umfassen sollte. Als unmittelbares Ziel dieses kombinierten Trusts wurde die Wiederherstellung des Transportsystems angegeben. Ein Drittel der Aktien und die entsprechende Anzahl von Sitzen in der Leitung der Nationalen Gesellschaft waren dem Staat zugedacht; die übrigen Aktien und die Mehrzahl der Sitze sollten dem Kreis der privaten Aktionäre vorbehalten bleiben. Die Sowjetregierung versuchte daraufhin, das finanzielle Übergewicht der Aktionäre einzuschränken und den eigenen Anteil an der Verwaltung zu vergrößern; zunächst gelangte man jedoch zu keinem brauchbaren Kompromiß.

Als nach einer Pause, die durch die militärische Bedrohung Sowjetrußlands bedingt war, die Verhandlungen Anfang März 1918 in Moskau wieder aufgenommen wurden, standen sie unter dem Einfluß der veränderten Situation. Einerseits schien die Position der Regierung nach dem Friedensschluß mit den Mittelmächten gefestigt. Zum anderen hatten sich die sozialen Spannungen innerhalb der zur Mescerskij-Gruppe gehörenden Betriebe verschärft; Direktion und Arbeiterkontrolle fanden keine gemeinsame Arbeitsgrundlage, sondern bekämpften einander. Am 29. März bat die Direktion den Obersten Volkswirtschaftsrat, die Funktion der Kontrollkommissionen auf das Informationsrecht zu begrenzen. Bald darauf drohte Mescerskij, sich aus der Leitung seiner Gesellschaft zurückzuziehen: „Die Vollmachten der wirtschaftlichen Kontrollkommissionen bedeuten nicht Kontrolle, sondern Einmischung in die Verwaltung. Unter diesen Umständen sehe ich mich außerstande, meine Tätigkeit als leitender Direktor fortzusetzen“ [52]. Diesen Rücktritt wollten die Arbeiter aber gerade erzwingen. Schon Ende Februar hatte die Belegschaft von Kolomna verlangt, die Mescerskij-Gruppe zu enteignen. Am 17. April forderte auch das Betriebskomitee von Sormovo, „mit allen Kräften gegen das Trustierungsprojekt zu protestieren, Herrn Mescerskij von der Leitung der Werke auszuschließen und, falls erforderlich, die ganze Gesellschaft zur

[51] „Russkoe nacional'noe obščestvo ob-edinennych metallurgičeskich, mechaničeskich, mašinostroitel'nych, sudostroitel'nych, parovozostroitel'nych i vagonostroitel'nych zavodov.“

[52] Zitiert bei Volobuev, Drobižev Iz istorii goskapitalisma, in: Voprosy istorii (1957) Nr. 9, S. 119.

gerichtlichen Verantwortung zu ziehen“ [53]. Die Sowjetmacht sollte alle der Gesellschaft gehörenden Betriebe selber übernehmen. In ähnlicher Weise traten die Belegschaften der Unternehmen im Ural, die in die geplante Nationale Gesellschaft eingegliedert werden sollten, für die Nationalisierung und die Errichtung einer Arbeiteradministration ein. „Wir müssen uns von den Mescerskijs abgrenzen, denen es darum geht, das kapitalistische System wiederherzustellen“, betonte A. A. Kuzmin als Vertreter der bereits nationalisierten Betriebe [54]. Arbeiterdelegationen aus allen größeren Werken der Mescerskij-Gesellschaft reisten nach Moskau, um bei der Regierung die Enteignung durchzusetzen.

Unter dem Druck dieser Arbeiteropposition und heftiger Proteste innerhalb der bolschewistischen Partei selber lehnten die mit den Verhandlungen beauftragten sowjetischen Vertreter schließlich jede Beteiligung von privatem Aktienkapital an der Nationalen Gesellschaft ab. Statt dessen schlugen sie Mescerskij und seinen Partnern vor, mitsamt ihrem technisch-administrativen Apparat in den Dienst der Sowjetmacht einzutreten und an leitender Stelle beim Aufbau der Schwerindustrie mitzuwirken. Mescerskij aber forderte weiterhin zumindest teilweise Eigentumsrechte, so daß es zu keiner Einigung zu kommen schien. Obwohl Lenin sich noch auf der Konferenz mit den Linken Kommunisten am 4. April dafür aussprach, Mescerskij u. Co. eine Abfindung von 200 bis 250 Millionen Rubel Obligationen zu zahlen und das Projekt der Nationalen Gesellschaft auch eine Woche später auf einer gemeinsamen Sitzung des Obersten Volkswirtschaftsrates, der Führung des Metallarbeiterverbandes und des Zentralrates der Gewerkschaften noch einige Unterstützung fand [55], wurden, die Verhandlungen am 14. April abgebrochen. Am nächsten Tag wiesen die in Moskau versammelten Arbeiterdelegationen „auf die Notwendigkeit der Nationalisierung aller unserer Unternehmen als ... den einzigen Ausweg zur Rettung unserer Betriebe“ hin [56]. Belegschaftsangehörige von Sormovo informierten darüber, wie leitende Angestellte sich weigerten, sich dem System der Arbeiterkontrolle unterzuordnen, so daß die Arbeiter hierdurch gezwungen würden, selber administrative Funktionen auszuüben. Nachdem sich auch die Moskauer Nationalisierungskonferenz

[53] Nacionalizacija promyšlennosti v SSSR. Moskau 1954, S. 353.
[54] Zitiert bei Volobuev, Drobižev S. 119.
[55] Vgl. Kommunist (1918) Nr. 2, S. 17 und Lenin Band 36, S. 222.
[56] Zitiert bei Volobuev, Drobižev S. 121.

(12. Mai bis 18. Mai 1918)[57], die Delegierte aus der gesamten Metallindustrie vereinigte, für die unmittelbare Enteignung ausgesprochen hatte und an Lenin persönlich mit entsprechenden Vorschlägen herangetreten war, erklärte der Oberste Volkswirtschaftsrat schließlich am 18. Juni alle zur Gruppe Sormovo-Kolomna gehörenden Unternehmen zum Eigentum der RSFSR[58]. Das Mescerskij-Projekt war endgültig begraben.

Von den weiteren Versuchen, Teile der russischen Schwerindustrie in staatskapitalistischen Trusts zusammenzufassen, war vor allem das Stacheev-Projekt bedeutsam[59]. Die Leiter des Stacheev-Konzerns, der vor der Revolution etwa 150 Unternehmen kontrolliert hatte, schlugen Ende März 1918 vor, die Bergwerks- und Hüttenbauindustrie des Ural in einem kombinierten Riesentrust mit einem Kapital von 500 Millionen Rubel zu vereinigen, wovon der Staat 200 Millionen aufbringen sollte. Der Oberste Volkswirtschaftsrat lehnte — in Übereinstimmung mit den Arbeiterorganisationen — den Plan in dieser Form ab, war aber bereit, mit der Führungsgruppe des Konzerns beim Aufbau eines Staatstrusts im Ural zusammenzuarbeiten. Eine Übereinkunft kam jedoch nicht zustande. Der Aufstand des tschecho-slowakischen Korps Ende Mai trennte den Ural von Zentralrußland und ließ das Problem einstweilen ungelöst. — Verhandlungen mit anderen Kapitalgruppen, etwa der Kohle- und Erdölindustrie, verliefen in gleicher Weise erfolglos. Kompromißversuche scheiterten, weil beide Seiten, Regierung und Unternehmer, sich gezwungen sahen, in den Auseinandersetzungen innerhalb der Betriebe Partei zu ergreifen. Die Arbeiter, die im Privateigentum die Ursache ihrer Not erblickten und sich von der Nationalisierung eine Verbesserung ihrer sozialen Situation erhofften, ließen der Sowjetmacht keine Wahl.

Im Zusammenhang mit den staatskapitalistischen Plänen für die Industrie entwickelten Finanzkommissariat und Staatsbank ein Programm, das auf eine — zumindest teilweise — Denationalisierung der Banken und die Wiedereinführung der traditionellen Geld- und Kreditbeziehungen hinauslief. Am 15. April schlug Finanzkommissar I. E. Gukovskij dem Zentralen Exekutivkomitee u. a. vor, ein neues Steuersystem einzuführen, die Kontributionen abzuschaffen und den alten Kreditmechanismus wiederherzustellen. „Es müssen äußere Maßnahmen zur Wiederherstellung

[57] Narodnoe chozjajstvo (1918) Nr. 4, S. 36—37.
[58] Sobranie uzakonenij i rasporjaženij Rabočego i Krest'janskogo pravitel'stva (1918) Nr. 47, S. 560.
[59] Siehe A. V. Venediktov Organizacija železnoj i ugol'noj promyšlennosti, in: Tjaželaja industrija (1926), sowie die laufenden Berichte in: Narodnoe chozjajstvo (1918).

des Kreditapparates und zur Gesundung und Festigung des Geldumlaufs unternommen werden, damit das Geld wieder in die Kassen der Banken zurückkehrt" [60]. Dem Bankapparat war die Aufgabe zugedacht, die Industrie — staatliche ebenso wie private Betriebe — zu finanzieren, so daß er hierdurch eine beherrschende Stellung im Wirtschaftsprozeß einnehmen konnte. Während Bankkommissar A. P. Spunde dafür eintrat, die Kredite über die Staatsbank zu vergeben, legte das Finanzkommissariat Pläne für ein Netz von „Produktionsbanken" vor [61]. Die einzelnen Wirtschaftszweige sollten durch spezielle Banken, an denen staatliches und privates Kapital gleichermaßen beteiligt waren, finanziert werden. Zunächst wurden Statuten für eine Textil-, eine Mühlen- und eine Eisenbahnbank ausgearbeitet. Für die Textilbank etwa war ein staatlicher Anteil von 500 Millionen Rubel geplant; weitere 500 Millionen sollte die Bank durch die Ausgabe von Aktien aufbringen, die in erster Linie zur Verteilung an Arbeiter- und Angestelltenorganisationen vorgesehen waren. Laut Statut garantierte die Regierung einen Mindestzinssatz von 3 Prozent, der sich je nach dem Profit um eine entsprechende „Zusatzdividende "erhöhte. Ähnlich waren auch die übrigen Produktionsbanken projektiert, so daß hierdurch die Staatsbank ihre bisherige Bedeutung verlieren mußte. Der Erste Volkswirtschaftskongreß, der durch dieses System die Unabhängigkeit der nationalisierten Industrie bedroht sah, untersagte schließlich die Gründung aller Spezialbanken und forderte statt dessen den endgültigen Zusammenschluß der Staatsbank mit allen übrigen Banken des Landes zu einem einheitlichen staatlichen Finanzapparat [62]. Nur so sei die Zentralisation aller Geldoperationen gewährleistet. Darüber hinaus wurde den bereits nationalisierten Unternehmen empfohlen, in ihren zwischenbetrieblichen Beziehungen zu einem geldlosen Verrechnungssystem überzugehen.

IV. Das Transformationsprogramm der „Linken Kommunisten"

Während das Zentralkomitee versuchte, Partei, Sowjetexekutive und Arbeiterorganisationen für den neuen Kurs zu gewinnen und erste staatskapitalistische Experimente unternommen wurden, stellte eine andere Gruppe bolschewistischer Führer, die der Parteispitze eine „rechte Evolu-

[60] Zitiert in: Kommunist (1918) Nr. 2, S. 20. Vgl. auch V. I. Lenin Sočinenija. Izd. 3 (Moskau, Leningrad 1928 ff.); Band 22, S. 620—621.
[61] Vgl. hierzu Trudy I S. 122—123 sowie Kommunist (1918) Nr. 1, S. 18.
[62] Trudy I S. 476—477.

tion" vorwarfen und sich daher als „Linke Kommunisten" bezeichneten[63], dieser Politik ein eigenes Programm gegenüber. Unsprünglich hatten sich die Linken Kommunisten, unter denen N. I. Bucharin, G. J. Lomov, V. V. Osinskij, E. A. Preobrazenskij, G. U. Pjatakov, K. B. Radek und M. S. Urickij eine führende Rolle spielten, als Gegner eines Friedensvertrages mit den Mittelmächten zusammengeschlossen und sich im Februar 1918 als selbständige Fraktion mit einem eigenen politischen Konzept organisiert[64]. Der Friedensschluß schien ihnen ein Verzicht auf entscheidende internationalistische Positionen, wodurch unvermeidlich der sozialistische Charakter der Revolution selber bedroht wurde[64a]. Auf diese

[63] Zu den führenden Linken Kommunisten gehörten u. a. R. Abramovič, N. Antonov, I. Armand, V. Baryšnikov, G. Bokii, A. S. Bubnov, S. I. Bobinskij, N. I. Bucharin, M. Bronskij, K. Bela-Kun, D. Bogolepov, M. Vasil'ev, A. Vyborgskaja, V. Doleckii, B. G. Zul', A. Kollontaj, S. Kassior, V. Kujbyšev, L. Kricman, A. Lomov, Ju. Lenskij, N. Lukina, V. Maksimovskij, V. Osinskij, M. Pokrovskij, E. Preobraženskij, G. Pjatakov, S. Ravič, K. Radek, M. Savel'ev, T. Sapronov, G. Safarov, V. M. Smirnov, Vl. Sorin, A. Spundé, I. Stukov, A. Sol'c, M. Urickij, G. Unšlicht, G. Usievič, P. Sternberg, V. N. Jakovleva, Em. Jaroslavskij, G. Mjasnikov, N. Muralov, I. Minkov, Vl. Ivanov. — Von westlichen Arbeiten über die Linken Kommunisten sind in erster Linie zu nennen: R. V. Darniels Das Gewissen der Revolution, Kommunistische Opposition in Sowjetrußland. Köln, Berlin 1962 und L. Schapiro The Origin of the Communist Autocracy. Political Opposition in the Soviet State. First Phase 1917—1922. Cambridge, Mass. 1956. Von den sowjetischen Arbeiten zu diesem Thema zeichnen sich durch eine relative Sachlichkeit aus: A. Sidorov Ekonomičeskaja programma oktjabrja i diskussija s „levymi Kommunistami" o zadačach socialističeskogo stroitel'stva, in: Proletarskaja revoliucija (1929) Nr. 6 und 7, sowie Vl. Sorin Partija i oppozicija. Iz istorii oppozicionnych tečenij. I. Frakciia levych kommunistov. Moskau 1925.

[64] Vgl. Tezisy o sovremennom momente, predložennye VII partijnomu s-ezdu gruppoj protivnikov zaključenija mira. Die Thesen sind unterzeichnet von den Mitgliedern des Zentralkomitees: G. Oppokov (A. Lomov), N. Bucharin, A. Bubnov sowie von V. Smirnov, Mitglied des Moskauer Gebietsbüros, und I. Stukov, M. Bronskij, V. Jakovlev, A. Spundé, M. Pokrovskij, G. Pjatakov, M. Urickij. Abgedruckt in: Lenin (izd. 3) Band 22, S. 559—561.

[64a] Die gleiche Auffassung vertrat auch Rosa Luxemburg: „Der Brester Friede war in Wirklichkeit nichts anderes als eine Kapitulation des russischen revolutionären Proletariats vor dem deutschen Imperialismus." Luxemburg machte allerdings für die fatale Situation der Bol'ševiki das internationale und vor allem das deutsche Proletariat verantwortlich. Als geschichtliche Lösung betrachtete sie „den Aufstand im Rücken des deutschen Imperialismus, die deutsche Massenerhebung, als Signal zur internationalen revolutionären Beendigung des Völkermordes". Vgl. vor allem „Die russische Tragödie", in: Spartacus Nr. 11 vom September 1918; wiederabgedruckt in: Spartakusbriefe hrsg. vom Institut für Marxismus-Leinismus beim ZK der SED. Berlin 1958, S. 453—460.

Weise blieb das Schicksal des gesamten Sozialismus ungewiß: „Würde die russische Revolution von der bürgerlichen Konterrevolution zerschlagen, so würde sie sich wie ein Phönix wiedererheben; verlöre sie jedoch ihren sozialistischen Charakter und enttäuschte hierdurch die arbeitenden Massen, so hätte dieser Schlag zehnmal schlimmere Folgen für die Zukunft der russischen und der internationalen Revolution“ [65]. Um einer solchen Gefahr entgegenzuwirken, traten die Linken Kommunisten Anfang März von allen verantwortlichen Funktionen im Partei- und Staatsapparat zurück. Sie konstituierten sich als „eine sachliche und verantwortliche proletarische Opposition“, die sich als die eigentliche Avantgarde des russischen Proletariats betrachtete. In Gestalt des Moskauer Gebietsbüros verfügten sie über ein organisatorisches Zentrum, das mit allen Parteigruppen, die ihre Position unterstützten, systematisch zusammenarbeitete und in einem speziellen Presseorgan, dem „Kommunist“, eine eigene politische Linie entwickelte [66].

Nachdem es den Linken Kommunisten nicht gelungen war, die Unterzeichnung und Ratifizierung des Brester Vertrags zu verhindern, suchten sie nach Möglichkeiten, um zumindest in Rußland selber die revolutionäre Offensive weiterzutreiben und das Land trotz seiner schwierigen wirtschaftlichen und politischen Lage zum Sozialismus zu führen. Sie gingen hierbei von völlig anderen Prämissen wie Lenin, Trockij und deren Anhänger aus. Ebenso wie sie die Theorie der Atempause als Illusion betrachteten, da sie das aggressive Wesen des Imperialismus verkenne, zweifelten sie an der tatsächlichen Kapitulation der russischen Bourgeoisie, solange diese noch über ökonomische Macht verfüge. Sie erklärten, „daß der Sieg über die Bourgeoisie nicht das Resultat einer so kurzen historischen Frist sein kann, daß solange, wie sich nicht alle hauptsächlichen Produktionsmittel in den Händen des Proletariats befinden und die sozialistische Produktion nicht in Gang gesetzt ist, die Bourgeoisie ... alle unsere Schwierigkeiten ausnutzen wird, um zu versuchen, die Arbeiter- und Bauernregierung zu verjagen und selber an die Macht zu kommen“ [67].

[65] K. Radek Posle pjati mesjacev, in: Kommunist (1918) Nr. 1, 3—4.
[66] Das Moskauer Gebietsbüro — MOB — leitete 1917/1918 die Arbeit aller Parteiorganisationen des Zentralen Moskauer Industriegebiets und übte daher großen Einfluß auf die Gesamtpartei aus. Ihm gehörten u. a. G. I. Lomov (Oppokov), I. N. Stukov, T. V. Sapronov und V. N. Jakovleva an. Die vom MOB herausgegebene theoretische Wochenschrift „Kommunist“ erschien zum erstenmal am 20. April 1918 unter der Redaktion von N. I. Bucharin, V. V. Osinskij, K. Radek und V. M. Smirnov. Insgesamt wurden vier Nummern herausgebracht. Die letzte Nummer vom Juni 1918 erschien nur noch als „Organ der Gruppe der Linken Kommunisten“.
[67] I. T. S. V bofbe s kontr-revoljuciej, in: Kommunist (1918) Nr. 4, S. 1.

Gleichzeitig wiesen sie darauf hin, „daß solange, wie um uns herum der Imperialismus herrscht, die russische Bourgeoisie vom ausländischen Kapital Unterstützung erhalten kann und sich mit neuen Kräften in den Kampf mit der Sowjetmacht werfen wird".

Von diesen Thesen, die sich — der Theorie der permanenten Revolution folgend — wie eine Prognose des Bürgerkrieges lesen, ausgehend, unterzogen die Linken Kommunisten Lenins Konzeption einer zeitweisen Zusammenarbeit mit der nationalen und internationalen Bourgeoisie einer scharfen Kritik. Namentlich lehnten sie den von ihm so intensiv propagierten Staatskapitalismus ab. Schon seine theoretische Begründung stelle eine Karikatur auf den Marxismus dar, da sie eine spätkapitalistische Wirtschaftsstruktur mit einer sozialistischen Herrschaftsform verknüpfen wolle. Der Staatskapitalismus bedeute jedoch, so führte Bucharin aus[68], eine hochentwickelte Form des Kapitalismus, die trotz Rationalisierung der Wirtschaftsprozesse — Regulierung der Produktion, Beseitigung des freien Marktes, staatliche Kontrolle usw. — nicht die grundlegenden bürgerlichen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse antaste. Soweit das individuelle durch das kollektive Eigentum abgelöst würde, fungiere nun der Staat in seiner Eigenschaft als „kollektiver Gesamtkapitalist" als wirtschaftendes Subjekt. Das mit dem Staatsapparat verschmolzene Finanzkapital übe die zentralisierte politische Macht aus. — Die Linken Kommunisten meinten allerdings, daß — außerhalb der theoretischen Meinungsverschiedenheiten — die von der Regierung betriebene Wirtschaftspolitik auf die Dauer tatsächlich zu einer realen staatskapitalistischen Evolution in Sowjetrußland führen müsse. Eine derartige Gefahr sahen sie vor allem in der Zusammenfassung der Staatsbetriebe zu Trusts, der breiten Beteiligung von Unternehmern und bürgerlichen Spezialisten an deren Leitung sowie die Ausgabe von Aktien und Obligationen. In der Konsequenz müßte diese Entwicklung zunächst die ökonomische, schließlich die politische Macht des Finanzkapitals etablieren und am Ende zur Herausbildung einer bürgerlichen Gesellschaft auf russischem Boden führen.

Die mit der staatskapitalistischen Wirtschaftsform verknüpften Methoden zerstörten nach Auffassung Osinskijs die Klassensolidarität der Arbeiterschaft und verwandelten diese in ein passives Element des Produktionsprozesses. Vor allem trage hierzu das System der außerordentlichen und bevollmächtigten Kommissare bei, da es jede spontane Initiative und Demokratie von unten durch eine bürokratische Zentralisation der Ver-

[68] N. Bucharin Nekotorye osnovnye ponjatija sovremennoj ékonomiki, in: Kommunist (1918) Nr. 3, S. 8—11.

waltung ersetze. In gleicher Richtung, der Erziehung zur Passivität, wirke eine von oben oktroyierte Arbeitsdisziplin, die durch bürokratische Institutionen überwacht werde. Soweit eine Erhöhung der Arbeitsintensität in Frage komme, müßten bestimmte Normen von den Arbeiterorganisationen selber festgesetzt und kontrolliert werden. Viel wichtiger als die Erhöhung der Intensität sei jedoch die Steigerung der Produktivität der Arbeit, die in erster Linie von der technischen Apparatur und der beruflichen Qualität der Arbeiter abhänge. — Die im Rahmen der neuen Wirtschaftspolitik eingeführten kapitalistischen Lohnsysteme schließlich: Akkord- und Stücklohn, vorab aber das Tayylor-System, richteten sich nach Auffassung Osinskijs nicht nur gegen die proletarische Solidarität, sondern förderten außerdem die kleinbürgerliche Anarchie, die man doch gerade bekämpfen wolle. Bereits der Zerfall der Großindustrie in Kleinwirtschaften und die durch wachsende Arbeitslosigkeit hervorgerufene Konkurrenz der Arbeiter untereinander habe die kleinbürgerlichen Tendenzen verstärkt. Das System des Stücklohns, das zur „Jagd nach der Kopeke" erziehe und den Zwischenhandel begünstige, wirke in gleicher Richtung[69]. Subjektive Methoden wie Agitation, Kontrolle, Disziplinargerichte usw. könnten hier kaum Abhilfe schaffen. Notwendig sei statt dessen eine grundlegende Neuorganisation der objektiven ökonomischen Faktoren. Osinskij zog aus seiner Analyse der zerrütteten Wirtschaft die Schlußfolgerung, „daß die Grundfrage unserer Zeit die Organisation der Produktion und des gesellschaftlichen Austausches ist". Hiervon hänge wiederum die Arbeitsverfassung und „zu zwei Dritteln oder drei Vierteln die Arbeitsproduktivität" ab[70].

Das Wirtschaftsprogramm, das die Linken Kommunisten — namentlich Osinskij — im Frühjahr 1918 entwickelten, ging davon aus, daß allein die Arbeiterschaft interessiert und fähig sei, den Sozialismus zu errichten. „Wir sind nicht für den ‚Aufbau des Sozialismus unter der Leitung von Trustorganisatoren'. Wir sind für den Aufbau des proletarischen Sozialismus durch die Klassenschöpferkraft der Arbeiter selbst, nicht durch die Befehle von ‚Industriekapitänen' ... Der Sozialismus und die sozialistische Organisation der Arbeit werden durch das Proletariat selber geschaffen, oder sie werden überhaupt nicht geschaffen"[71]. Daher müsse die

[69] Osinskij befand sich in Übereinstimmung mit Marx. Dieser betrachtete den Stücklohn als „die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechendste Form des Arbeitslohns". Vgl. hierzu Karl Marx Das Kapital. 3 Bände, 8. Auflage. Berlin 1959; Band 1, S. 576—585.

[70] N. Osinskij O stroitel'stve socializma, in: Kommunist (1918) Nr. 1, S. 12—16, und Nr. 2, S. 5—11, sowie Prjamye otvety in: Kommunist, Nr. 2, S. 16—18.

[71] Osinskij O stroitel'stve socializma, in: Kommunist, Nr. 2, S. 5—6.

Arbeiterschaft auch allein über den Wirtschaftsapparat verfügen. Sie solle sich dabei allerdings der bürgerlichen Spezialisten bedienen, indem sie diese aus ihren früheren organisatorisch und klassenmäßigen Verbindungen herauslöse und ihrer Qualifikation entsprechend honoriere. „Ein gesellschaftlicher Arbeiter mit hohem persönlichen Einkommen — so stellte sich Osinskij den Spezialisten in der sozialistischen Übergangswirtschaft vor. Besonders solle man sich auf das Personal der kommunalen und staatlichen Betriebe stützen, da diese gewisse Dispositionen für die öffentlich-gesellschaftliche Arbeit mitbringe und eher bereit sei, am sozialistischen Aufbau mitzuarbeiten.

Im Mittelpunkt einer sozialistischen Wirtschaftspolitik muß, so meinte Osinskij, die systematische Nationalisierung der Industrie stehen. Der Sozialismus konnte sich nach seiner Ansicht nur auf die unbegrenzte Verfügung der als Staatsmacht organisierten Arbeiterschaft über den gesamten Produktionsapparat, die Rohstoff- ebenso wie die verarbeitende Industrie, gründen. Damit die Nationalisierung nicht formal blieb, hielt er zwei Voraussetzungen für unerläßlich: einmal eine sozialistische Staatsmacht und zum anderen eine Verwaltungsstruktur der nationalisierten Betriebe, die den Arbeitern die tatsächliche Verfügung über die Produktion garantiere. Die politische Herrschaft des Proletariats über die Bourgeoisie allein, ohne ein Korrelat im ökonomischen Bereich, d. h. in der Produktionsorganisation, sei instabil. Die Sowjetmacht könne nur als radikale Demokratie auf betrieblicher Grundlage existieren.

Von diesen Prämissen ausgehend, entwarf Osinskij ein sozialistisches Leitungsschema der Volkswirtschaft, dessen Grundzüge sich folgendermaßen zusammenfassen lassen[72]: Die Verwaltung aller großen Betriebe wird von demokratisch gewählten Kollegialorganen ausgeübt, in denen die Arbeiter aus dem jeweiligen Betrieb sowie den Sowjets oder Massenorganisationen über die eindeutige Mehrheit verfügen. Die technisch-administrative Betriebsintelligenz ist etwa zu einem Drittel an den Verwaltungsorganen beteiligt; außerdem wird ihr in der Ausübung ihrer exekutiven Funktionen völlige Autonomie eingeräumt. Die Betriebsverwaltung bestimmt den technischen und kaufmännischen Direktor, der allerdings von einer übergeordneten Instanz bestätigt werden muß. Insgesamt ist die Verwaltung innerhalb der vorgegebenen Pläne selbständig und wird von den höheren Organen lediglich kontrolliert. — Die Leitung der Gesamtwirtschaft liegt in den Händen eines ökonomischen Räte-

[72] Ebenda S. 7—11.

systems, wie es im Frühjahr 1918 bereits im Aufbau begriffen war. An seiner Spitze steht der Oberste Volkswirtschaftsrat, der auf periodisch stattfindenden gesamtrussischen Kongressen von allen ökonomischen Räten des Landes gewählt wird. Er erfüllt seine Aufgaben mit Hilfe eines Netzes von Gebietsvolkswirtschaftsräten, die wiederum das Zentrum einer Reihe kleinerer ökonomischer Sowjets bilden. Dem ökonomischen Rätesystem liegt das Prinzip des „demokratischen Zentralismus" zugrunde, damit eine bürokratische Zentralisation, wie sie z. B. Lenin anstrebte, und die zentrifugalen Bestrebungen der Arbeiterkontrolle gleichermaßen ausgeschaltet werden. — Die materiellen Mittel erhält die Industrie durch eine „zentralisierte gesellschaftliche Buchhaltung" zugeleitet, die sich auf den alten Bankapparat stützt, jedoch mit einem einheitlichen geldlosen Verrechnungssystem arbeitet. Um die russische Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, müssen zunächst alle Mittel auf wenige Schwerpunkte, etwa die Großindustrie, das Eisenbahnnetz, die Erzeugung landwirtschaftlicher Maschinen u. ä. konzentriert werden. Den Rahmen für die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit bildet ein Arbeitsplan, der unter anderem Daten über die verfügbaren Mittel, die notwendigen Investitionen, ihre räumliche und zeitliche Anlage sowie die richtigen Proportionen zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen enthält. — Mit Hilfe dieser Organisationsprinzipien, die Osinskij detailliert ausführte und begründete, sollte die russische Wirtschaft in „einen einheitlichen, zusammenhängenden, bewußt und planmäßig geleiteten gesellschaftlichen Apparat, der für die Befriedigung der genau berechneten Bedürfnisse der Gesellschaft arbeitet", verwandelt werden[73].

In der Argumentation Osinskijs wurden noch einmal die wichtigsten Unterschiede gegenüber dem Standpunkt Lenins deutlich. Beide gingen von der Zersplitterung und Zerrüttung der Wirtschaft aus, und beide betonten die Notwendigkeit organisatorischer Arbeit. Während Lenin jedoch die technisch-sachliche Seite derart in den Mittelpunkt rückte, daß die soziale Dimension eliminiert wurde, erschien sie bei Osinskij als ein Element, das der sozialistischen Revolution untergeordnet war. „Die organisatorische Arbeit kann keine selbständige Aufgabe sein. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist sie vor allem ein Mittel, die russische und internationale Revolution zu festigen"[74]. Während Lenins Konzeption vorsah, die Wirtschaft erst einmal auf ihrer kapitalistischen Grundlage wieder in Gang zu bringen und dann irgendwann in der Zukunft den Sozialismus einzu-

[73] N. Osinskij Stroitel'stvo socializma. Moskau 1918, S. 39.
[74] N. Osinskij Stroitel'stvo socializma, in: Kommunist Nr. 2, S. 11.

führen, sollte sich nach Osinskij bereits die ökonomische Reorganisation nach sozialistischen Prinzipien vollziehen. „Der Aufbau des Sozialismus, der sozialistischen Produktionsbeziehungen, verschmilzt bei uns mit dem ökonomisch-technischen Aufbau, mit der Wiederherstellung der zerstörten Industrie“ [75]. Osinskij glaubte sich hierbei in Übereinstimmung mit Marx, der ebenfalls die sozialistische Revolution aus der ökonomischen Krise abgeleitet habe.

Welche Chancen sahen nun die Linken Kommunisten, ihr Transformationsprogramm, falls es von der Mehrheit der Partei akzeptiert wurde, zu verwirklichen? Sie versuchten, diese Frage durch eine Analyse der quantitativen und qualitativen Struktur der russischen Arbeiterschaft, des gesellschaftlichen Subjekts der sozialistischen Umgestaltung, zu beantworten. Dabei waren sie sich zumindest der politischen Problematik des Sozialismus in einem Lande, dessen sozialökonomische Basis von 20 Millionen kleiner Bauernwirtschaften bestimmt wurde, bewußt. Man müsse damit rechnen, schrieb Radek, „daß in einem kleinbürgerlichen Lande, wie es Rußland darstellt, eine kleinbürgerliche Entartung der Macht, unabhängig vom Willen der proletarischen Führer, möglich ist“ [76]. Der für die Sowjetmacht äußerst ungünstige Brester Frieden bedeute, so meinten die Linken Kommunisten, eine zusätzliche Gefahr, da er die Aktionsfreiheit der Sowjetmacht auf ein Minimum reduziere. Der Vertrag, der auf eine Kapitulation der sozialistischen Kräfte hinauslaufe, sei unter dem Druck der ermüdeten Soldaten, erschöpften Bauern und des Teils der Arbeiter zustande gekommen, deren Energie und Klassenbewußtsein durch Hunger und industriellen Zerfall geschwächt waren. Seine wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen mußten sich, so befürchtete man, zunächst negativ auf das revolutionäre Potential auswirken. So habe etwa Petersburg seine Funktion als Zentrum der Revolution völlig eingebüßt. „Der Frieden sollte die rote Hauptstadt retten, aber er rettete nur das Territorium Petersburg und ließ es als revolutionäre Kraft verbluten. Die Zerrüttung der Produktion, die Abeitslosigkeit, die Deklassierung des Proletariats, die Schwächung seiner Kampffähigkeit haben zugenommen. Petersburg hat seine Bedeutung als wichtigstes wirtschaftliches und revolutionäres Zentrum verloren“ [77]. Ähnliche Verfallstendenzen träten im Moskauer Industriebezirk auf. Hierdurch würde auch die politische Aktivität der armen Bauernschaft in den nördlichen und zentralen Gouvernements in Mitleidenschaft gezogen.

[75] Ebenda.
[76] Radek Posle pjati mesjacev, in Kommunist Nr. 1, S. 3.
[77] Tezisy o tekuščem momente, in: Kommunist Nr. 1, hier S. 6.

Auf der anderen Seite nannten die Linken Kommunisten eine Reihe Faktoren, die im Frühjahr 1918 die revolutionäre Entwicklung begünstigten: So sei z. B. die Industriearbeiterschaft des Ural viel weniger von der wirtschaftlichen Zerrüttung betroffen und stelle daher nach wie vor eine revolutionäre Reserve dar; die Arbeiter in Südrußland entwickelten im Kampf mit der Konterrevolution und der deutschen Okkupation außerordentliche Energien; die Bauernschaft, soweit sie von Proletarisierung, Rückkehr der Gutsbesitzer und Requisitionen durch die Besatzungsmächte bedroht würde, unterstütze weiterhin die Sowjetmacht; schließlich habe die Demobilisierung der alten Armee Millionen Arbeitskräfte wieder der produktiven Arbeit zugeführt und außerdem den revolutionären Prozeß im Dorf beschleunigt. — Da jedoch nach Auffassung der Linken Kommunisten die Elemente, die die Revolution bedrohten, überwogen, mußten die *Bol'seviki* versuchen, dieses Minus durch eine energische Politik wieder auszugleichen. „Verzichtet man auf die aktive proletarische Politik, so werden die Errungenschaften der Arbeiter- und Bauernrevolution zu einem System des Staatskapitalismus und der kleinbürgerlichen wirtschaftlichen Verhältnisse erstarren“ [78]. Auch die übrigen Bereiche der sich entwickelnden Gesellschaft würden notwendig in diesen Verfallsprozeß einbezogen. Das System der Sowjets etwa müsse sich „in Richtung einer bürokratischen Zentralisation, der Herrschaft verschiedener Kommissare, der Abschaffung der Selbständigkeit der lokalen Sowjets und des faktischen Verzichts auf den Typus der sich von unten verwaltenden ‚Staats-Kommune‘ entwickeln.“ Auf dem militärischen Sektor seien Bestrebungen zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Gange; die hierarchische Struktur der alten Armee und damit die Kommandogewalt des zaristischen Offizierskorps würden wiederhergestellt. — Dieser Entwicklung, durch die „die Sowjetmacht . . . sich selber als Diktatur des Proletariats zerstöre“, versuchten die Linken Kommunisten entgegenzuwirken, ohne daß sie dabei die objektiven Verhältnisse, namentlich die zahlenmäßige und politisch-organisatorische Schwäche der Arbeiterschaft, die sozialökonomische Rückständigkeit des Landes und die Zerrüttung der Wirtschaft übersahen. Durch eine zielbewußte, an einem marxistischen Transformationsprogramm orientierte Politik, die sich auch im Frühjahr 1918 noch auf größere Teile der Arbeiter und der armen Bauern stützen konnte, hofften sie in Rußland trotz ungünstiger Ausgangsbedingungen den Sozialismus verwirklichen zu können. Immer wieder wiesen sie auf die zwei Wege hin, zwischen denen die Sowjetmacht zu wählen habe:

[78] Ebenda S. 7.

„Der eine Weg führt zum kleinbürgerlichen Verfall der Sowjetmacht und zum Staatskapitalismus. Der andere Weg zur Bewahrung der proletarischen Diktatur und zur Festigung ihrer Grundlagen durch den Aufbau des proletarischen Sozialismus“ [79].

In den Monaten März bis Mai 1918 entfalteten die Linken Kommunisten bedeutende Energien, um ihr eigenes Programm gegen die offizielle Konzeption des Zentralkomitees durchzusetzen. Sie fanden hierbei Unterstützung in ganz Sowjetrußland. Eine Reihe Parteitagungen, vor allem die Vierte Gebietskonferenz des Ural, sprach der leninistischen Führungsspitze ihr Mißtrauen aus und forderte die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages, um über eine neue Politik zu beschließen [80]. Den Linken Kommunisten schien eine solche Entscheidung angesichts der bevorstehenden sozialen Kämpfe, auf die sie die Partei aufmerksam zu machen versuchten, immer dringlicher. „Der Staatskapitalismus, so gut er auch vom Standpunkt des Genossen Lenin aus ist, ist kein Sozialismus, und das staatskapitalistische Vaterland ist kein sozialistisches Vaterland. In dem Augenblick, in dem der entscheidende Kampf beginnt, muß der Arbeiter klar wissen, wofür er in die Schlacht geht“ [81]. Zu der Zeit, als diese Sätze veröffentlicht wurden (16. Mai 1918), hatte die bolschewistische Wirtschaftspolitik bereits begonnen, sich wieder an den ursprünglichen sozialistischen Zielvorstellungen zu orientieren.

V. Ansätze einer sozialistischen Wirtschaftsorganisation

Der Ausgang der Kontroverse um die Prinzipien einer sozialistischen Wirtschaftspolitik wurde weitgehend durch die objektive Situation in der Industrie bestimmt, der sich die leitenden Instanzen anpassen mußten, wenn ihnen die Entwicklung nicht völlig aus der Hand gleiten sollte. Hier fanden die entscheidenden Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft statt. Die Arbeiter benutzten ihre Machtstellung, um die Fabrikbesitzer aus ihren ökonomischen Positionen zu verdrängen. Während sich diese vor dem Oktober in erster Linie mit Hilfe von Aussperrungen und Produktionseinschränkungen zur Wehr gesetzt hatten, überließen sie jetzt häufig ihre Werke einfach dem Schicksal und warteten auf den Zusammenbruch des bolschewistischen Regimes; oder sie versuchten, dessen Anordnungen, vor allem das Dekret über die Arbeiterkontrolle, zu hinter-

[79] Osinskij O stroitel'stve socializma, in: Kommunist Nr. 2, S. 16. — Vgl. auch Tezisy o tekuščem momente, in: Kommunist Nr. 1, S. 4—5 sowie I. T. S. V bofbe s kontr-revoljuciej, in: Kommunist Nr. 4, S. 4.
[80] Vgl. E. Preobraženskij S-ezd neobchodim, in: Kommunist Nr. 4, S. 13—14, sowie Partijnaja žizn und Chronika in den Nummern 3 und 4.
[81] Na poroge (redaktioneller Artikel), in: Kommunist (1918) Nr. 3, hier S. 4.

gehen. Der Zentralregierung und den lokalen Sowjets blieb nichts weiter übrig, als die betreffenden Betriebe zu enteignen und selber zu übernehmen. Die Sowjetmacht war damit in der Wahl ihrer wirtschaftspolitischen Mittel nicht mehr frei.

Die Nationalisierung erfolgte auf diese Weise als Strafmaßnahme und nur im Einzelfall. Insgesamt wurden zwischen Oktober 1917 und Juni 1918 etwa drei Viertel aller Betriebe strafweise enteignet[82]. Der Gesichtspunkt der ökonomischen Zweckmäßigkeit rückte bei einer solchen Verfahrensweise in den Hintergrund. A. I. Rykov bemerkte auf dem Ersten Volkswirtschaftskongreß: „Die Nationalisierung wurde unabhängig von Fragen der technischen Ausrüstung und von wirtschaftlichen Erwägungen durchgeführt und nur wegen der Unvermeidlichkeit des Kampfes mit der Bourgeoisie; denn Fabriken und Werke waren die letzten Barrikaden, hinter denen sich die bürgerlichen Klassen verschanzen wollten“[83]. Am deutlichsten trat der spontane Charakter der Nationalisierung in den von Petrograd bzw. Moskau weiter entfernten Gebieten hervor. Während es der Zentralgewalt (Oberster Volkswirtschaftsrat und Rat der Volkskommissare) in den beiden Hauptstädten gelang, den Kampf der Arbeiter gegen das Privateigentum unter eine gewisse Kontrolle zu bekommen, blieben die übrigen Industriezentren weitgehend sich selber überlassen. Die Arbeiterorganisationen übernahmen dort die Betriebe zumeist ohne Abstimmung mit den zentralen Behörden. So führte z. B. V. N. Andronnikov in einem Vortrag über die Industrie des Ural aus, daß eine ganze Reihe formell nicht nationalisierter Unternehmen von den Organen der Arbeiterkontrolle verwaltet würde und daß neu nationalisierte Unternehmen „auch früher von Arbeiterorganisationen geleitet wurden“. Man dürfe die Bedeutung der Zentralgewalt nicht überschätzen: „Das Zentrum organisierte weder den Ural, noch Sibirien, noch das Donecbecken. Die örtliche Organisation vollzog sich unabhängig vom Zentrum. Die Arbeiter selber organisierten“[84]. Osinskij berichtete dem Obersten Volkswirtschaftsrat, daß im Donecbecken mindestens ein Drittel aller Gruben ohne Beteiligung höherer Organe nationalisiert worden war. Im allgemeinen würden von den Arbeitern in einer wirklich chaotischen Situation, in der Atmospäre des Bürgerkrieges, nicht weniger als die Hälfte der Gruben, wenn nicht zwei Drittel, verwaltet. „Auf diese Weise stellt sich die Frage nach der Nationalisierung des Donecbeckens so: soll man sie als eine im

[82] V. P. Miljutin Istorija ékonomičeskogo razvitija SSSR (1917—1927). Moskau, Leningrad 1928, S. 112.
[83] A. I. Rykov Stat'i i reči; Band 1: 1918—1920. Moskau, Leningrad 1927, S. 18.
[84] Trudy I S. 220 und 262.

Gang befindliche akzeptieren oder nicht; soll man das rückgängig machen, was die Arbeiter getan haben, oder nicht. Bei einem derart scharfen Klassenkampf, der dort die ganze Zeit vor sich geht, ist es klar, daß eine Rückkehr völlig undenkbar ist“ [85].

Während einerseits die elementare Besitzergreifung der Industrie durch die Verschärfung der innerbetrieblichen Machtkämpfe vorangetrieben wurde, versuchte die Regierung auf der anderen Seite, diesen system- und planlosen Nationalisierungsprozeß zu bremsen. Sie untersagte allen Lokalorganen, selbständig, von sich aus Enteignungen vorzunehmen [86]. Eine Verfügung des Obersten Volkswirtschaftsrates bestimmte: „Die Konfiszierung industrieller und anderer Unternehmen wird aus staatlich-wirtschaftlichen Erwägungen durchgeführt a) vom Obersten Volkswirtchaftsrat und b) vom Rat der Volkskommissare“ [87]. Allen anderen Institutionen wurde das Recht, zu konfiszieren, wieder genommen [88]. Wenn trotzdem Betriebe ohne Absprache mit der Zentrale enteignet wurden, drohte ihnen diese, die Finanzmittel zu sperren [89].

Wie wenig jedoch die zentralen Verfügungen in der Lage waren, die fortschreitende Nationalisierung aufzuhalten, geht aus der Tabelle auf Seite 38 hervor.

Von den 521 vor dem 1. Juni 1918 nationalisierten Unternehmen wurde der weitaus größte Teil: 271 (51,4) Prozent von den Gebietsvolkswirtschaftsräten enteignet, 123 (24 Prozent) von lokalen Instanzen und nur 100 (20 Prozent) vom Obersten Volkswirtschaftsrat oder vom Rat der Volkskommissare; 27 Unternehmen waren bereits vorher Staatseigentum. V. P. Miljutin, führender Wirtschaftsfachmann der Partei, kommentierte die Zahlenangaben folgendermaßen: „Aus diesen Daten können wir sehen, daß der Prozeß der Nationalisierung von unten ausging und die sowjetischen Spitzen zu spät kamen, um ihn als Ganzes in ihre Hände nehmen zu können, obwohl nicht wenige Verfügungen herauskamen, die es den örtlichen Organisationen verboten, die Nationalisierung selber durchzuführen.“ [90]

[85] Bjulleteni Vyšego Soveta narodnogo chozjajstva (1918) Nr. 1, S. 37.
[86] Leninskij sbornik Band 21 (1924) S. 122—124. Vgl. auch A. V. Venediktov Organizacija gosudarstvennoj promyšlennosti v SSSR, Band 1: 1917—1920. Leningrad 1957, S. 180—181 und 311—313.
[87] Narodnoe chozjajstvo (1918) Nr. 2, S. 45.
[88] Zur formellen Begründung lokaler Nationalisierungen diente das Dekret über die Erweiterung der Rechte der städtischen Selbstverwaltung in Ernährungsfragen, in Sobranie uzakonenij (1918) Nr. 1, S. 9.
[89] Venediktiv Organizacija gosudarstvennoj promyšlennosti S. 181.
[90] Miljutin Istorija ékonomičes kogo razvitzja S. 110.

Unternehmen, die zwischen Oktober 1917 und Juni 1918 nationalisiert wurden (nach — unvollständigen — Angaben des Obersten Volkswirtschaftsrates)[91]

Industriezweig	Staatsbetriebe	Nationalisiert			Sequestriert			Insgesamt
		VSNCh und SNK	Gebietsvolkswirtschaftsräte	Lokalorgane	VSNCh und SNK	Gebietsvolkswirtschaftsräte	Lokalorgane	
I. Berg- und Hüttenbau	23	50	39	2	—	7	1	
Metallverarbeitung	—	18	26	5	1	45	1	218
II. Brennstoff	4	4	2	11	—	—	—	21
III. Elektrotechnik	—	5	1	2	—	10	—	18
IV. Flachsverarbeitung	—	3	5	7	—	7	4	26
V. Chemie	—	4	21	4	—	8	5	42
VI. Holz und Papier	—	3	7	24	—	22	6	62
VII. Mineralien	—	—	4	1	—	5	—	10
VIII. Nahrungs- u. Genußmittel	—	9	19	16	—	10	7	61
IX. Tierische Produkte	—	—	1	6	—	1	5	13
X. Buchdruck	—	1	9	5	—	2	—	17
XI. Transport	—	1	2	4	—	—	—	7
XII. Gemischte Produktion	—	1	16	6	—	2	1	16
Insgesamt	27	99	152	93	1	119	30	521

Die Wirtschaftspolitik der Regierung führte im Frühjahr 1918 zu einer widerspruchsvollen Situation in der russischen Industrie. Als Ganzes nationalisiert waren lediglich der Bankapparat, die Handelsflotte und der Außenhandel, jedoch kein einziger Industriezweig. Soweit die Nationalisierung ganzer Industrien vorgesehen war (Donecbecken, südrussischer Hüttenbau, Erdölproduktion von Baku), scheiterte sie an der politischen und militärischen Entwicklung. Von den 521 Einzelbetrieben, die bis zum 1. Juni vom Obersten Volkswirtschaftsrat erfaßt wurden, gehörte die Mehrzahl: 218 (42 Prozent) zur Hüttenbau- und Maschinenbauindustrie, die wenigsten: 26 (5 Prozent) zur Textilbranche. Der größte Teil dieser Betriebe arbeitete unabhängig von der Zentrale, deren Funktionen sich im wesentlichen auf die Zahlung von Subsidien beschränkte. Außer den 521 nominellen Staatsbetrieben existierte eine Reihe „fast nationalisierter",

[91] Ebenda. S. 109.

„faktisch nationalisierter", „in der Nationalisierung begriffener" u. ä. Unternehmen. In den meisten Industriebetrieben übten die Arbeiter in Gestalt ihrer Kontrollorgane die reale Macht aus, während die alte Administration noch formal an der Spitze stand. Die aus dieser Doppelleitung resultierenden Konflikte wirkten sich hemmend auf die Produktion aus. Vielen Kritikern schien der Widerspruch zwischen der realen Verfügungsgewalt der Arbeiter über die Produktionsmittel und den zurückgebliebenen Eigentums- und Rechtsformen eine Hauptursache für die sinkende Arbeitsproduktivität[92].

In dieser Situation trat am 25. Mai 1918 der Erste Gesamtrussische Kongreß der Volkswirtschaftsräte, das für den sozialistischen Aufbau maßgebliche Gremium, zusammen, um über den weiteren Verlauf der Formen und das Tempo der Nationalisierung zu entscheiden. In der Grundfrage herrschte allgemeine Übereinstimmung. Alle Fraktionen, in die sich der Kongreß im Laufe der Debatte spaltete, forderten, die Nationalisierung der Industrie konsequent zu Ende zu führen und von der mehr oder weniger zufälligen Enteignung einzelner Betriebe zur systematischen Nationalisierung ganzer Industriezweige überzugehen. Am Anfang sollten hierbei die metallverarbeitende und Maschinenbauindustrie sowie die Chemie-, Erdöl- und Textilindustrie stehen[93]. — Zu einer längeren Kontroverse kam es hingegen über die Frage der Verwaltungsstruktur der nationalisierten Betriebe. Das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrates brachte ein von Lenin autorisiertes Projekt ein, demzufolge die Verwaltung sich auf ernannte Kommissare stützen und straff zentralisiert werden sollte[94]. Dagegen wurde eingewandt, daß hierdurch Mißbrauch und Unordnung begünstigt würden, daß es außerdem unmöglich sei, in Rußland die erforderlichen 3000 bis 4000 fähigen Kommissare zu finden und daß man schließlich auf die gleichen Arbeiter zurückgreifen müsse, die auch bisher die administrativen Funktionen ausübten, sie aber von der Kontrolle durch die Belegschaft befreie. Die Kritiker brachten auch grundsätzliche Einwände vor. So meinte Osinskij: „Die Autoren des Projektes verstanden die Diktatur des Proletariats auf wirtschaftlichem Gebiet als die Diktatur einzelner Personen. In einem solchen System würden die Massen von einer unmittelbaren Teilnahme am wirtschaft-

[92] Trudy I S. 63—64.
[93] Trudy I S. 473.
[94] Trudy I S. 339—363 und 256—267. — Die erste Verfügung über die Verwaltung nationalisierter Unternehmen wurde am 3. März 1918 vom Obersten Volkswirtschaftsrat bestätigt, aber in der Praxis so gut wie nicht angewandt. Narodnoe chozjajstvo (1918) Nr. 1, S. 14—17.

lichen Aufbau ausgeschlossen."[95] Am Ende konnten sich die Vertreter des Kollegial- und Wahlprinzips, zu denen vor allem die Delegierten aus dem Ural und aus der Textilindustrie zählten, gegen die Vertreter des Diktaturprinzips durchsetzen. Zwar unternahm Lenin noch während des Kongresses alle Anstrengungen, die Formulierung der entsprechenden Resolution in dem Sinne zu beeinflussen, daß der Zentrale die absolute Verfügungsgewalt über alle Großbetriebe eingeräumt und dem System der Einzelleitung der Vorzug gegeben wurde[96]. Es gelang ihm jedoch nicht, die Delegierten zur Annahme seiner autoritären Konzeption zu bewegen. Die endgültige „Verfügung über die Verwaltung der nationalisierten Unternehmen" überließ der Zentrale lediglich das Recht, die von unten aufgestellten Kandidaten zu bestätigen[97]. Die Betriebsleitung sollte folgendermaßen zustande kommen: Ein Drittel der Mitglieder wählt die Belegschaft, zwei Drittel bestimmt der Gebietsvolkswirtschaftsrat, wobei die Kandidaten zur Hälfte von der betreffenden Gewerkschaft aufgestellt werden; ein Drittel der Sitze soll den Vertretern des technischen und kaufmännischen Personals vorbehalten bleiben.

Auch in allen anderen wichtigen Streitfragen konnten sich die Vertreter einer sich auf eine Arbeiterdemokratie gründenden sozialistischen Wirtschaftsverfassung durchsetzen. So forderte der Erste Volkswirtschaftskongreß zwar die Einführung der obligatorischen Arbeitspflicht, fester Arbeitsnormen und einer strengen Arbeitsdisziplin, räumte jedoch — entgegen den Vorschlägen Lenins — den Betriebskomitees und Gewerkschaften selber die Kontrollbefugnis ein[98]. Auf dem Gebiet des Warenaustausches sollte die „energische Arbeit für die Einrichtung eines gesellschaftlichen Versorgungsapparates" fortgesetzt werden, um auf diese Weise Schritt für Schritt den privaten Handel abzubauen. Durch ein System fester Preise und den Übergang zum Naturaltausch wollte man die Monopolisierung von Gegenständen des Massenverbrauchs unterstützen. An die Stelle des Geldsystems sollte allmählich eine „gesellschaftliche Buchhaltung" treten[99]. — Der Oberste Volkswirtschaftskongreß wurde als die „höchste ökonomische Institution" des Landes bestätigt[100]. Ausdrücklich erhielt er auch das Recht zugesprochen, die Richtung der Finanzpolitik zu bestimmen.

Selbst Lenin, sein schärfster Kritiker, plädierte für den Ausbau des öko-

[95] Osinskij Stroite l'stvo S. 99.
[96] Vgl. Lenin Band 36, S. 329 und 616—617 Anm. 146.
[97] Trudy I S. 477—481.
[98] Ebenda S. 473—474 und 481—482.
[99] Ebenda S. 477 und 483—484.
[100] Ebenda S. 485—487.

nomischen Rätesystems:

„Es steht außer Zweifel: je weiter die Errungenschaften der Oktoberrevolution fortschreiten, je tiefer diese von ihr begonnene Umwälzung geht, je dauerhafter das Fundament für die Errungenschaften der sozialistischen Revolution gelegt und die sozialistische Gesellschaftsordnung gefestigt wird, desto größer, desto höher wird die Bedeutung der Volkswirtschaftsräte, die unter allen staatlichen Institutionen allein dazu berufen sind, einen festen Platz zu behaupten, der um so fester sein wird, je mehr wir der Errichtung der sozialistischen Ordnung näherkommen, je geringer die Notwendigkeit eines rein administrativen Apparates sein wird, eines Apparates, der sich eigentlich nur mit Verwaltung befaßt" [101].

Nachdem der Erste Volkswirtschaftskongreß die planmäßige Nationalisierung und den Aufbau einer Arbeiterverwaltung in der Industrie proklamiert hatte, machte deren Reorganisation rasche Fortschritte. Bereits Mitte Juni 1918 wurden auf Grund der neuen Beschlüsse die Erdölindustrie sowie je eine Gruppe von Großbetrieben des Hütten- und Maschinenbaus (Sormovo-Kolomna) und der chemischen Industrie (Uskov u. Co.) zum Eigentum der RSFSR erklärt [102]. Am 28. Juni dekretierte die Regierung die totale Nationalisierung einiger Industriezweige sowie aller Groß-

[101] Ebenda S. 2—3. Auf dem Fünften Sowjetkongreß (4.—10. Juli 1918) bekannte sich Lenin (im offiziellen Rechenschaftsbericht des Rates der Volkskommissare) zum unmittelbaren Aufbau des Sozialismus, der allein von den Arbeitern und armen Bauern zu vollbringen sei. Daraufhin erklärte Osinskij im Namen der Linken Kommunisten, daß zwischen Führung und Opposition keine ernsthaften Meinungsverschiedenheiten mehr bestünden. Der Weg zur Wiedervereinigung von „linker Minderheit" und „rechter Mehrheit" der Partei war hiermit frei. — Auch die linken Sozialrevolutionäre identifizierten sich nun in der Frage der Industrieverwaltung mit den *Bol'ševiki*. So führte der Maximalist M. Svetlov auf dem Fünften Sowjetkongreß aus: „Ich will nur darauf hinweisen, daß in der Rede des Genossen Lenin zwei wesentliche Bemerkungen enthalten waren, die wir Maximalisten begrüßen; denn schon seit den ersten Tagen der Oktoberrevolution sprachen wir davon, daß die Arbeiterkontrolle, die der Arbeiterklasse die Aufgabe stellt, mit eigenen Kräften und eigener Energie die Industrie, die industrielle Wirtschaft zu festigen und anschließend der Bourgeoisie zu übergeben —, daß dies eine unsinnige Maßnahme ist. In der Rede des Genossen Lenin wurde anerkannt, daß durch das Leben selbst gezeigt wurde, wie diese Kontrolle nicht den Aufgaben entspricht, die vor der Arbeiterklasse stehen. Die Arbeiterklasse muß die Verwaltung der Werke in die eigenen Hände nehmen." — In den folgenden Monaten formulierte Lenin den neuen Standpunkt der Führung noch deutlicher, so etwa, als er auf dem Sechsten Außerordentlichen Sowjetkongreß (6.—9. November 1918) über die Industrieverwaltung bemerkte „Wir halten es für das wichtigste und wertvollste, daß die Arbeiter selber diese Verwaltung in die Hand genommen haben, daß wir von der Arbeiterkontrolle, die in allen wichtigen Industriezweigen chaotisch, zersplittert, unsystematisch und unvolkommen bleiben mußte, zur Arbeiterverwaltung der Industrie im Landesmaßstab gekommen sind." Lenin (izd. 3) Band 23, S. 115—132 und 548, Anm. 28 sowie S. 251.

[102] Sobranie uzakonenij (1918) Nr. 45 und 47; Dekrety Band 2, S. 245—246.

betriebe [103]. Zwar sollten die Unternehmen zunächst „den bisherigen Besitzern in unentgeltlicher Pacht zur Nutznießung überlassen" werden; wobei diesen auch das Recht auf die Einkünfte blieb; da die Besitzer außerdem verpflichtet wurden, den Betrieb wie bisher weiterzuführen, wurde ihnen auf diese Weise lediglich der formelle Eigentumstitel genommen [104]. Zugleich aber beseitigte das Dekret alle rechtlichen Hindernisse für die Reorganisation der Industrie auf sozialistischer Grundlage. — Auf dem Plenum des Obersten Volkswirtschaftsrates vom 14. bis 23. September wurde mitgeteilt, daß — nach vorläufigen Berechnungen — insgesamt etwa 1000 Unternehmen in die faktische Verfügungsgewalt der Sowjetmacht übergegangen waren [105]. Rykov bezifferte auf dem Zweiten Volkswirtschaftskongreß (19. bis 27. Dezember 1918) die Zahl der nationalisierten Betriebe mit 1125. Wenn der Kongreß erklärte: „Die Nationali-

[103] Dekrety Band 2, S. 498—503. — Es wird oft bemerkt, daß die Befürchtung, die Deutschen könnten durch finanzielle Beteiligung russische Betriebe vor der Nationalisierung retten, die Sowjetregierung zum raschen Handeln gezwungen habe. Daran ist so viel richtig, daß diese tatsächlich vorhandenen deutschen Absichten den Nationalisierungsprozeß etwas beschleunigten. Man darf diese beschleunigende Funktion allerdings nicht mit der eigentlichen Ursache verwechseln.

[104] Die betreffenden Paragraphen lauten:

„§ 3: Bis zu einer besonderen Verfügung des Obersten Volkswirtschaftsrates für jeden einzelnen Betrieb, sind die Betriebe, die durch das vorstehende Dekret zum Eigentum der RSFSR erklärt werden, in unentgeltlicher Pacht den bisherigen Besitzern zur Nutznießung zu überlassen; die Direktion und die früheren Besitzer finanzieren die Betriebe wie früher, sie erhalten auch wie früher die Einkünfte aus den Betrieben.

§ 4: Mit der Verkündung des Dekrets sind die Mitglieder der Direktion und andere verantwortliche Leiter der nationalisierten Betriebe der Sowjetrepublik dafür verantwortlich, daß die Betriebe ganz und unversehrt bleiben und richtig arbeiten. Beim Verlassen eines Postens ohne Einverständnis der zuständigen Organe des Obersten Volkswirtschaftsrates oder bei nicht zu rechtfertigenden Unterlassungen in der Geschäftsführung der Betriebe bürgen die Schuldigen nicht nur mit ihrem gesamten Vermögen vor der Republik, sondern tragen auch schwere strafrechtliche Verantwortung vor den Gerichten der Republik."
Diese Formulierung veranlaßte übrigens seinerzeit den Berliner „Vorwärts" (16. Juli 1918) zu folgendem Kommentar: „Der Inhalt des Dekrets wirkt deshalb sensationell, weil danach der Oberste Volkswirtschaftsrat der Sowjetrepublik lediglich das formelle Eigentumsrecht des Staates an den industriellen Unternehmen festgelegt und die Kapitalisten weder in ihren Funktionen noch in ihrem Gewinne beschränkt hat."

[105] Stenograficeskij otcet plenuma VSNCh 14.-23. sentjabrja 1918 g. Moskau 1919, S. 11. Genaueres Zahlenmaterial findet sich in Statističeskij ežegodnik 1918—120 g. Band 2, Moskau 1922, S. 352—353. Hiernach waren am 1. September 1918 bereits 3134 Unternehmen Staatseigentum, von denen allerdings nur 1852 arbeiteten.

sierung der Industrie ist im wesentlichen vollendet,“ [106] so traf das zumindest für die Großindustrie zu.

Parallel mit der fortschreitenden Nationalisierung vollzog sich der Aufbau von Arbeiteradministrationen. Die entscheidende Rolle spielten hierbei die Betriebskomitees. Häufig verzichteten der Gebietsvolkswirtschaftsrat und die betreffende Gewerkschaft darauf, eigene Kandidaten aufzustellen, so daß die Vertreter der Belegschaft schon deshalb in der Überzahl blieben [107]. Auch die Bestimmung, die Zusammensetzung der gewählten Betriebsverwaltung von der Zentrale bestätigen zu lassen, hielt man zunächst nur in den wenigsten Fällen ein. Trotzdem gelang es, immer mehr Gruppen von Betrieben und ganze Industriezweige unter einer einheitlichen Leitung zusammenzufassen. Sie wurde von den Produktionsabteilungen, Haupt- und Zentralkomitees *(Glavki* und *Centry)*, in die sich der Oberste Volkswirtschaftsrat aufgliederte, ausgeübt [108]. Gleichzeitig liefen Bemühungen, das Netz der regionalen und lokalen Volkswirtschaftsräte weiter auszubauen.

Soweit es die politische und militärische Entwicklung zuließ, konnten auch die technisch-organisatorischen Produktionsbedingungen allmählich verbessert werden. Nachdem der Oberste Volkswirtschaftsrat die gesamte Statistik in seinen Händen zentralisiert hatte, bestanden die sachlichen Voraussetzungen für die — von Lenin bislang vergeblich geforderte — Rechnungsführung und Kontrolle. Die leitenden Organe begannen, Finanzierungspläne und Produktionsprogramme für die einzelnen Industriezweige auszuarbeiten. Im Herbst 1918 wurde z. B. der erste Halbjahresplan für die metallverarbeitende Industrie des Petrograder Bezirks veröffentlicht. Ein allgemeiner Arbeitsplan für die gesamte Großindustrie befand sich in Vorbereitung. Schrittweise versuchte der Oberste Volkswirtschaftsrat, auch die übrigen Wirtschaftszweige, namentlich den Handelsapparat, in die Nationalisierung und planmäßige Leitung einzubeziehen [109].

Nach Überwindung der organisatorischen Schwierigkeiten begann sich in Industriezweigen und -gebieten, die ausreichend mit Roh- und Brenn-

[106] Trudy II Vserossijskogo S-ezda Sovetov Narodnogo Chozjajstvi. Stenografičeskij otčet (im folgenden: Trudy II). Moskau 1919, S. 45—46 und 392. Die Zahl 1 125 erfaßte jedoch nicht alle Industriezweige.
[107] Material und Literaturhinweise hierzu bei Venediktov Organizacija gosudarstvennoj promyšlennosti S. 591—593.
[108] Vgl. Vl. Miljutin Nacionalizacija promyšlennosti, in: Oktjabrskij perevorot i diktatura proletariata (Moskau 1919); hier S. 104—105.
[109] N. Osinskij Obščie zadači ékonomičeskoj diktatury i osnovnye étapy ékonomičeskogo stroitel'stva, in: Oktjabrskij perevorot S. 90—91.

stoffen versorgt waren, eine gewisse Erhöhung der Arbeitsproduktivität abzuzeichnen. Der Industrie des Ural, die von Anfang an nach dem Räteprinzip organisiert war, gelang es bis Ende Mai, die Produktion über das Niveau vom Vorjahr hinaus zu steigern. Die Erdölerzeugung im Gebiet von Baku erreichte 65 bis 70 Prozent der Durchschnittsproduktion, bevor die Türken einmarschierten. In den von Kriegshandlungen wenig berührten Industrien, etwa der Kohleförderung im Gebiet von Moskau oder der Papier- und Lederindustrie, ließ sich ein kontinuierlicher Leistungsanstieg feststellen. Auch Teile des Eisenbahnnetzes sowie die Binnenhandelsflotte waren wieder arbeitsfähig [110]. Bei all dem behielt man stets die grundlegenden Schwierigkeiten im Auge: „Bis zur Befreiung des Ural und der Ukraine, bis zum Eintreffen größerer Hilfe aus dem Westen, vom aufständischen europäischen Proletariat, sind dieser Arbeit notwendigerweise enge Grenzen gesetzt. An die Entwicklung der Produktivkräfte ist nicht zu denken, man muß sich nur um ihre Erhaltung und um die bessere Ausnutzung dessen kümmern, was sich in unserer Verfügung befindet“[111].

*

Der Bürgerkrieg und die bewaffnete Intervention bereiteten den Anstrengungen, die sozialistische Umgestaltung auf die gesamte Industrie und von da her auf die übrige Wirtschaft auszudehnen, ein gewaltsames Ende. Zu der Zeit, als der Erste Volkswirtschaftskongreß die Beschlüsse zum unmittelbaren Aufbau des Sozialismus faßte, wurde Rußland als einheitlicher Wirtschaftsorganismus völlig zerstört. Außer Polen, Litauen, Lettland und vor allem die Ukraine, die die Sowjetmacht durch den Brester Frieden verloren hatte, fielen nun auch solche industrie- und rohstoffreiche Provinzen wie der Ural, das Wolgagebiet, Sibirien, Turkestan, der Kaukasus oder das Donecbecken unter antibolschewistische Herrschaft. Ohne das Roh- und Brennmaterial dieser Gebiete war die Industrie Nord- und Mittelrußlands, die sich während des ganzen Bürgerkrieges unter sowjetischer Verwaltung befand, produktionsunfähig. — Zur totalen Isolierung Sowjetrußlands kam die Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Zentralgewalt wußte nie genau, über welche Räume sie am nächsten Tag noch verfügen würde. Nur ein Neuntel des europäischen Rußlands und ein Sechstel der Bevölkerung befanden sich ununterbrochen unter bolschewistischer Kontrolle. Außerdem war ständig der größte Teil des Eisenbahnnetzes — anfangs 60 Prozent, später 80 Prozent — in der Hand des Gegners. „Von einer organisatorisch-wirtschaftlichen Arbeit

[110] Ebenda.
[111] Ebenda S. 91.

konnte keine Rede mehr sein. Der Bürgerkrieg zerstörte mechanisch, allein durch die Tatsache seiner Existenz, jede Möglichkeit eines wirtschaftlichen Aufbaus." [112] — Soweit die russische Industrie in der Verfügungsgewalt der Sowjetmacht blieb, mußte sie sich den Notwendigkeiten der Kriegführung anpassen. Zunächst wurde die Rüstungsproduktion, bald darauf die gesamte Wirtschaft einem militärischen Regime unterstellt. Die Außerordentliche Kommission zur Versorgung der Roten Armee und der Verteidigungsrat, denen alle anderen Verwaltungsorgane untergeordnet waren, leiteten die Wirtschaft mit Hilfe von Kommissaren, die über absolute Vollmachten verfügten [113]. Auf diese Weise wurden die Arbeiterorganisationen praktisch zu administrativen Exekutivorganen degradiert. Der Zweite Volkswirtschaftskongreß Ende Dezember 1918 suchte der veränderten Situation Rechnung zu tragen, indem er das Diktaturprinzip in der russischen Industrie legalisierte [114]. Durch eine extreme Zentralisation aller Leitungsfunktionen wurde das Rätesystem in der Wirtschaft — ebenso wie im politischen Bereich — von einer bürokratischen Zwangsverwaltung abgelöst. — Der Existenzkampf, den die Sowjetmacht seit dem Sommer 1918 führen mußte, verwandelte das ursprünglich konstruktive Programm immer mehr in die Improvisation von Notmaßnahmen zur Befriedigung der allerdringlichsten Bedürfnisse von Armee und Bevölkerung. An die Stelle einer sozialistischen Neuorganisation der Produktion trat ein „System zur Reglementierung des Verbrauchs in einer belagerten Festung" [115]: der sogenannte Kriegskommunismus [116].

Wieweit es hätte gelingen können, in Sowjetrußland an Stelle des Kriegskommunismus eine sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft zu errichten, ist im nachhinein schwer zu sagen. Zumindest folgende Fragen bedürfen hierfür einer genauen Antwort: 1. War es möglich, mit Hilfe sozia-

[112] Em. Kviring Očerki razvitija promyšlennosti SSSR 1917—1927 gg. Moskau, Leningrad 1929, S. 29.
[113] Sobranie uzakonenij (1918) S. 91; vgl. Venediktiv Organizacija gosudarstvennoj promyšlennosti S. 479 und 592—593.
[114] Trudy II S. 207—211, 392 und 402—403.
[115] L. Trotzki Verratene Revolution. Frankfurt a. M. 1968, S. 24—25.
[116] Der Begriff wurde von Lenin — in Anlehnung an eine Definition A. A. Bogdanovs — zum erstenmal 1921 gebraucht. Vgl. das Kapitel Voennyj kommunizm i gosudarstvennyj kapitalizm, in: A. Bogdanov Voprosy socializma. Moskau 1918. — Lenin schrieb: „Der ‚Kriegskommunismus' war durch Krieg und Ruin erzwungen. Es war keine Politik, die den wirtschaftlichen Aufgaben des Proletariats entsprach, und konnte es auch nicht sein. Er war eine zeitweilige Maßnahme"; Lenin Band 43, S. 220. Vgl. hierzu Materialy k X s-ezdu RKP (b), Plany brošjury 'o prodovol'stvennom naloge' und Materialy k X Vserossijskoj konferencii; in: Lenin Band 43, S. 365—377, 379—387 und 403—410.

listischer Methoden, auf der Grundlage einer Rätedemokratie, die Produktionsleistung zu steigern? 2. Auf welche Weise wollte man das Kleingewerbe und die privaten Bauernwirtschaften, die die russische Wirtschaftsstruktur bestimmten, in eine sozialistische Organisationsform einbeziehen? 3. Welche Voraussetzungen waren vorhanden, um das Land aus eigenen Kräften zu industrialisieren? 4. In welchem Ausmaß erzwangen Bürgerkrieg und bewaffnete Intervention eine Abkehr von ursprünglichen Zielvorstellungen? 5. Wie weit wurde die sozialistische Entwicklung von autoritären bolschewistischen Methoden — z. B. der extremen Zentralisation, dem persönlichen Diktaturprinzip oder den bürokratischen Kontrollsystemen — selber gehemmt? Diese Fragen kann nur die weitere Forschung beantworten.

Ingrid Schmiederer

Familie und Ehe im nachrevolutionären Rußland

Der fünfzigste Jahrestag der Großen Russischen Oktoberrevolution zwingt nicht nur dazu, die Bilanz der politischen Ereignisse zu ziehen, die die UdSSR zu einer führenden Macht in der Auseinandersetzung zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Lager gemacht haben, er gibt überdies Anlaß zu retrospektiven Analysen der ideologischen Struktur jenes Landes, in dem zum erstenmal in der Geschichte die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus zur Grundlage der Neuordnung einer von einer sozialen Revolution erschütterten Gesellschaftsordnung wurde: Hier fand — auch nach dem eigenen Selbstverständnis — zum erstenmal die Umsetzung marxistischer Gesellschaftstheorie in gesellschaftliche Wirklichkeit statt.

Es versteht sich von selbst, daß der Versuch, eine sozialistische Gesellschaftsordnung in einem Lande aufzubauen, das vor der Revolution durch vorwiegend feudale Strukturen gekennzeichnet war, für die marxistischen Theoretiker der westlichen Industrienationen, deren Gesellschaftskritik und -analyse im Hinblick und in der Auseinandersetzung mit kapitalistischen Herrschaftsstrukturen formuliert worden war, zwar mit großer Anteilnahme aber auch mit harter Kritik begleitet wurde, vor allem dann, wenn man der Meinung war, daß sich die politische Realität allzuweit von den theoretischen Grundlagen entfernte, auf die man sich gemeinsam berufen zu können meinte.

Ein Ansatzpunkt für eine solche Kritik ist die Art und Weise, wie nach der Revolution die schwierigen Fragen der Ehe- und Familienpolitik gehandhabt wurden. Sie waren deshalb so schwer lösbar, weil hier besonders starre Ordnungen und Bewußtseinsstrukturen zu überwinden waren. In den europäischen Industrieländern war durch die großen Strukturveränderungen die Frage nach der gültigen Familienform bereits auf-

geworfen; die alte agrarisch und handwerklich patriarchalische Familienordnung hatte ihren Absolutkeitsanspruch schon verloren und die Kirche hatte hier aufgehört, die alleinige Stifterin von Ehen und Familien zu sein. Anders in Rußland: In den höher entwickelten Teilen mit ihrer weitgehend feudalen Struktur, unterlagen alle Ehe- und Familienfragen ausschließlich der Regelung der Kirche. Das bedeutete das grundsätzliche Verbot der Ehescheidung und die absolute Unterordnung der Frau unter den Mann. Daneben bestanden in den mohammedanischen Gebieten noch Formen der Vielweiberei und die Verheiratung der Töchter zu einem Brautpreis, was bis zur Revolution sowohl rechtlich zulässig als durchaus noch üblich war. Diese jahrhundertealten Traditionen müssen bei der Beurteilung des Versuchs, eine sozialistische Familienpolitik zu betreiben, sicherlich an hervorragender Stelle mitberücksichtigt werden.

Es ist ein merkwürdiges Phänomen, daß die großen Theoretiker des wissenschaftlichen Sozialismus, die sich überhaupt zu den Fragen von Ehe und Familie geäußert haben — im Gegensatz zu den utopischen Sozialisten — niemals ernsthaft die Institutionen Ehe und Familie in Frage gestellt haben. Sowohl Marx als Engels, sowohl Bebel als Clara Zetkin und nicht zuletzt Lenin waren sich zwar darüber einig, daß die bürgerliche Familie, deren Kennzeichen die totale Verdinglichung der menschlichen Beziehungen ist, in ihrem Kern zu zerstören sei, ihnen allen schwebten jedoch — mehr oder weniger deutlich — neue Formen von Ehe und Familie vor, deren Grundlage ausschließlich die gegenseitige Zuneigung und Achtung freier sich selbst bestimmender Menschen sein müsse. So sah Marx schon in den Arbeiterfamilien des frühen Kapitalismus diese neue Qualität angelegt. Es sei hier an die berühmte Stelle im „Kapital" erinnert, in der er sagt:

„So furchtbar und ekelhaft nun die Auflösung des alten Familienwesens innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft erscheint, so schafft nichtsdestoweniger die große Industrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form von Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter." [1]

Engels spricht davon, daß die Monogamie in der sozialistischen Gesellschaft — statt unterzugehen — nun endlich eine Wirklichkeit würde —

[1] K. Marx, Das Kapital, Bd. I, Berlin 1960, S. 515.
[2] Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, Marx—Engels Werke Bd. 21, S. 77.

auch für die Männer [2], und Clara Zetkin wehrt sich in zahlreichen Artikeln der „Gleichheit" und in vielen ihrer Reden dagegen, daß man der Sozialdemokratie immer vorwerfe, sie wolle die Familie zerstören und die Kinder durch eine Zuchthauserziehung dem Verkümmern überantworten:

„Sie (die Sozialdemokratie) beobachtet und unterstützt die geschichtlichen Kräfte, welche am Aufbau eines neuen, höheren Familienlebens arbeiten ... Sie kämpft für die unerläßlich notwendigen Erziehungseinrichtungen, welche ergänzend neben die unentbehrliche Erziehung im Heim durch die Eltern treten müssen. Nicht die Sozialdemokratie, die kapitalistische Ordnung sitzt als Zerstörerin der Familie auf der Anklagebank.[3]

Den Grund für diese Haltung wollen einige radikale Verneiner jeder Form von Familie und Ehe darin sehen, daß die meisten dieser Theoretiker selbst außerordentlich glückliche Ehen geführt haben, und daß die ständig gefühlte Notwendigkeit eine Rolle gespielt habe, den Sozialismus gegen die Anschuldigen von bürgerlicher Seite zu verteidigen, sie wolle alle bisher gültigen Lebensformen zerstören, um an ihre Stelle das absolute Chaos zu setzen. Dieser Frage kann hier nicht im einzelnen nachgegangen werden, es soll hier nur festgehalten werden, daß es unter den Marxisten nur wenige gab, die die sogenannte „freie Liebe" als einzig mögliche Form sexuellen Verhaltens in einer freien Gesellschaft ansahen. Die meisten von ihnen apostrophierten diese Bestrebungen als bourgeois oder wie Marx als „rohen Kommunismus", als bloße Negation des Privateigentums und damit als ihre konsequentesten Ausdruck.[4]

Um eben diese Positionen zwischen den Verfechtern der „freien Liebe" und denen einer höheren Form des Familienlebens und der Monogamie ging es auch unmittelbar nach der erfolgreichen politischen Revolution in Rußland. Sowohl Lenin als auch beispielsweise Trotzkij waren sich der Bedeutung der autoritär-patriarchalischen Familienform für die Festigung der Perpetuierung der alten Gesellschaftsordnung voll bewußt, und Lenin leitete sofort gesetzliche Maßnahmen ein, die die schnelle Vernichtung der patriarchalischen Familienform zum Ziel hatten. Am 19. und 20. Dezember 1917 verließ Lenin zwei Dekrete, die vor allem die Frau aus ihrer jahrhundertealten Abhängigkeit lösen sollten und ihr volle politische und zivilrechtliche Gleichberechtigung garantierten. Sie sollte

[3] Clara Zetkin in: „Die Gleichheit", Jg. 13, S. 169 f. (Leitartikel: Auf der Anklagebank).
[4] Karl Marx, Pariser Manuskripte (Ausg. Rowohlts Klassiker, Hamburg 1966, S. 74

von nun an auch frei darüber entscheiden können, welchen Namen sie nach der Eheschließung tragen wollte; sie sollte weiterhin frei in ihrer Entscheidung über ihren Wohnsitz und ihre Staatsbürgerschaft sein. Die Auflösung der Ehe sollte ohne große Formalitäten geschehen, wenn entweder einer der Partner oder beide von der Sinnlosigkeit der Aufrechterhaltung der Ehe überzeugt waren. Bei Willensübereinstimmung beider Ehepartner genügte von nun an ein einfacher Antrag auf Streichung aus dem Eheregister bei dem zuständigen Standesamt. 1918 wurde ein umfassenderes Gesetz zur Ergänzung dieser Dekrete erlassen, das vor allem die Geburt zur Grundlage der Familie machte, d. h. ehelich und uneheliche geborene Kinder völlig gleichstellte. Das Gesetz bestimmte weiterhin, daß weder die Eltern noch die Kinder irgendwelche Ansprüche auf das Eigentum des anderen hätten und daß die Verpflichtung, sich im Falle der Auflösung der Familie gegenseitig zu unterstützen, beschränkt sei auf die Fälle von unverschuldeter Not und Arbeitsunfähigkeit. Hiermit waren die Grundlagen der alten Familie zerstört, und man erhoffte sich nun die Entstehung einer neuen sozialistischen Familie. Ein späteres Gesetz von 1926 wird von vielen Kritikern des bürgerlichen Lagers als Versuch gewertet, die Familie vollständig zu vernichten. Es verlangte nicht einmal mehr die Registrierung von Ehen, sondern erklärte lediglich, daß die Registrierung den sichersten Beweis liefere, daß eine Ehe bestehe. Es sollte aber auch rechtlich als Ehe angesehen werden, wo eheliche Beziehungen innerhalb eines gemeinsamen Haushaltes bestanden, in dem die gemeinsamen Kinder versorgt und erzogen würden. Die Scheidung wurde in diesem Gesetz weiter erleichtert. Für die Auflösung der Ehe brauchten keine Gründe angegeben zu werden. Scheidungen wurden in der gleichen Weise einfach registriert wie Eheschließungen. Wenn die Scheidung nur von einem Ehepartner beantragt worden war, wurde der andere Partner vom Standesamt aufgefordert, die Auflösung zuzustimmen. Wenn das nicht in einer gesetzten Frist geschah, wurde er schriftlich von der erfolgten Auflösung der Ehe in Kenntnis gesetzt.

Auch auf sexuellem Gebiet wurden Regelungen geschaffen, die den bürgerlichen Beobachtern als Indiz für die völlige Auflösung aller Familienbindungen erschienen. 1920 wurde die Abtreibung legalisiert, Ehebruch, Bigamie, Inzest und Homosexualität als strafbare Handlungen annulliert. Gegen die Annahme der bürgerlichen Kritiker, hier würden Ehe und Familie so weit untergraben, daß sie in kurzer Zeit völlig ihren Sinn verlieren müsse, sprechen jedoch die Kontroversen zwischen Lenin und den Vertretern der „freien Liebe", deren profilierteste Vertreterin Alexandra Kollontay war. Ganz offensichtlich hatte Lenin mit seine Gesetzgebung

nicht an eine völlige Aufhebung der Familie gedacht. Dafür spricht auch die verbürgte Behauptung, daß innerhalb des sowjetischen Staatsapparates Ehescheidungen und Ehebruch stark verpönte Handlungen waren, die in einzelnen Fällen sogar zu einem Ausschluß aus einflußreichen Ämtern führte.

In seinem berühmten Gespräch mit Clara Zetkin apostrophierte Lenin die Forderungen nach freier Liebe als „rein bürgerlich, als eine Erweiterung des gutbürgerlichen Bordells.[5] Die „Glas-Wasser-Theorie", die fordert, daß in einer kommunistischen Gesellschaft die Befriedigung sexueller Bedürfnisse so einfach sein müsse wie das Trinken eines Glases Wasser, bezeichnete Lenin in diesem Gespräch als „völlig unmarxistisch und obendrein als unsozial".

„Im sexuellen Leben wirkt sich nicht nur das Naturgegebene aus, sondern auch das Kulturgewordene ... Wichtiger als alles ist ... die soziale Seite. Das Wassertrinken ist wirklich individuell. Zur Liebe gehören zwei, und ein drittes neues Leben kann entstehen. In diesem Tatbestand liegt ein Gesellschaftsinteresse, eine Pflicht gegen die Gemeinschaft. Als Kommunist habe ich nicht die geringste Sympathie für die Glas-Wasser-Theorie, auch wenn sie die schöne Etikette trägt: ‚Befreiung der Liebe.'"[6]

In einem Brief an Inèz Armand, die in einer Broschüre für Arbeiterinnen die Forderungen der proletarischen Frau nach „freier Liebe" aufnehmen wollte, schreibt Lenin:

„Wäre es für eine populäre Broschüre nicht besser, die kleinbürgerlich-intelligenzlerisch-bäuerliche spießige und schmutzige Ehe ohne Liebe der proletarischen Zivilehe gegenüberzustellen."[7]

Die Forderung nach „freier Liebe" bezeichnet er auch hier als „eine bürgerliche und keine proletarische Forderung".

Die Position, die dagegen am nachdrücklichsten von Alexandra Kollontay vertreten wurde, wurde zu Beginn des Aufbaus der neuen sowjetischen Gesellschaft zwar diskutiert aber durch das Übergewicht Lenins und seiner Vorstellungen von vornherein als eine abweichende Lösung der familienpolitischen Probleme, die es zu lösen galt, betrachtet. Kurioserweise wurde das Thema „freie Liebe", wenn auch in abgewandelter Form, in der Periode der NEP noch einmal wieder aufgenommen, nun

[5] Man beachte hier die Parallele zu der Argumentation von Marx in den Pariser Manuskripten, der die „freie Liebe" als „universelle Prostitution mit der Gemeinschaft" bezeichnet.

[6] Clara Zetkin, Erinnerungen an Lenin, Berlin 1961, S. 73 f.

[7] W. I. Lenin, Über kommunistische Moral, Berlin 1965, S. 121 (An Ines Armand v. 24. Januar 1915).

aber mit einer Argumentation mit eindeutig bürgerlichen Vorzeichen, die gleichfalls nur auf kleine Kreise beschränkt blieb und keine Resonanz in der Gesetzgebung erfuhr. Die Kollontay vertrat in ihren Schriften die Meinung, daß die Ehe in der Zukunft der sozialistischen Gesellschaft nichts anderes sein könne als eine „sublime Vereinigung zweier Seelen, die sich lieben". An Stelle der individuellen und egoistischen Familie würde eine große universale Familie der Arbeitenden entstehen, in der Männer wie Frauen vor allem Arbeitende und Kameraden sein würden.

„Dies neue Verhältnis wird der Menschheit alle Freuden der sogenannten freien Liebe sichern, veredelt durch die wahre soziale Gleichheit der Partner — Freunden, die einer kapitalistischen Gesellschaft fremd waren.[8]

Nur eine neue Sexualmoral, so meinte sie, „kann die Psyche der Menschen so umformen, daß wirklich Freiheit an die Stelle von Ungleichheit und Unterordnung treten kann.[9] Diese Gedanken sind eng verwandt mit denen, die Wilhelm Reich in seinen zahlreichen Schriften zur Sexualökonomie in Weiterführung der psychoanalytischen Theorien S. Freuds entwickelt hat. Beide gehen davon aus, daß die Unterdrückung sexueller Bedürfnisse die Entfaltung freier Individualität verhindere und daß daher die Befreiung der Sexualität die Grundvoraussetzung der Befreiung des Menschen sein müsse. Die psychologischen Zusammenhänge freilich zwischen Sexualverhalten und Persönlichkeitsstruktur wurden von Lenin noch nicht in der Klarheit gesehen, wie sie zum Beispiel von Reich formuliert wurden, wie überhaupt die Vermittlungsmechanismen zwischen gesellschaftlichen Strukturen und individuellen Charakterstrukturen bis dahin von den marxistischen Denkern kaum berücksichtigt und durchschaut wurden. Engels schrieb dazu einmal in einem Brief an Franz Mehring vom 14. Juli 1893:

„Nämlich wir alle haben zunächst das Hauptgewicht auf die Abteilung der politischen und sonstigen ideologischen Vorstellungen und durch diese Vorstellungen vermittelter Handlungen aus den ökonomischen Grundtatsachen gelegt und l e g e n m ü s s e n. Dabei haben wir dann die formelle Seite über der inhaltlichen vernachlässigt: Die Art und Weise, wie diese Vorstellungen zustande kommen."

So hat W. Reich sicher recht, wenn er sagt: „Hätte man diesen logischen und naturnotwendigen Zusammenhang zwischen autoritärem Staat und

[8] A. Mollontay, Communism and the Family, London 1920. Zit. bei R. Schlesinger (ed.), The Family in the USSR, London 1949.
[9] A. Kollontay, Die neue Moral und die Arbeiterklasse, Berlin 1920, S. 79.

patriarchalischer Familie als einer strukturellen Reproduktionsstätte damals klar erkannt und praktisch gehandhabt, wären der Revolution manche müßigen Diskussionen und Fehlschläge, mehr, auch sehr bedenkliche Rückentwicklungen erspart geblieben. Vor allem hätte man gegen die Vertreter der alten Ideologie und Moral, die sich allmählich überall zu regen begannen, die richtigen Worte und Maßnahmen gefunden. Sie saßen in höchsten Ämtern, ohne daß die revolutionäre Bewegung ahnte, welche Schäden sie stifteten." [10]

Diese Rückentwicklungen setzten schon relativ bald nach dem mit so großem Elan begonnenen familienpolitischen Reformprogramm Lenins ein, obgleich sie sich zunächst noch nicht in neuen Gesetzen niederschlugen. Wie bereits erwähnt, wurde noch 1926 ein Gesetz erlassen, das die Scheidung weiter erleichterte, zu einer Zeit, als innerhalb des Regierungsapparates der Sowjetunion bereits scharfe Auseinandersetzungen über die Richtigkeit der Familiengesetzgebung im Gange waren. Vor allem die Vertreter der ländlichen Regionen verurteilten scharf die Einführung der De-facto-Ehe und der weiteren Erleichterung der Scheidung. Die Bauern fürchteten eine Aufsplitterung ihres Besitzes, wenn die „De-facto-Ehefrauen" gleiche Rechte wie die ehelichen erhalten würden. Außerdem wurden in den Diskussionen zu dem Gesetz von 1926 bereits Stimmen laut, die sich moralisierend über die sexuellen Freiheiten äußerten, die ihrer Meinung nach eine allgemeine Verwahrlosung verursachten. Am schwersten wogen jedoch die Bedenken von Kritikern, die in der absoluten Freigabe der Abtreibung eine Gefahr für den Bevölkerungszuwachs der Sowjetunion sahen.

1936 war der Höhepunkt der Reaktion erreicht. In einer offiziellen Verlautbarung des sowjetischen Justizministeriums konnte man lesen:

„Der Staat kann nicht existieren ohne die Familie. Die *Ehe ist nur* dann ein positiver Wert für den Sozialistischen Sowjetstaat, wenn die Partner darin eine Vereinigung für das ganze Leben sehen. Die sogenannte freie Liebe ist eine Erfindung der Bourgeoisbie und hat nichts mit den Verhaltensnormen eines Sowjetbürgers zu tun." [11]

1934 wurde bereits Homosexualität wieder unter Strafe gestellt, 1935 wurden die Eltern für die Straftaten ihrer Kinder verantwortlich gemacht und 1936 schließlich folgte das Verbot der Abtreibung ohne medizinische Indikation. Die Scheidung wurde wieder erheblich erschwert,

[10] Wilhelm Reich, Die sexuelle Revolution (umgearbeitete Fassung von „Die Sexualität im Kulturkampf", Kopenhagen 1936) Ffm 1966, S. 205.
[11] Zit. bei S. Timasheff, The Great Retreat, 1946, S. 197.

indem man sie wieder den ordentlichen Gerichten überantwortete, die nur dann eine Scheidung aussprechen durften, wenn die Ehe gegen die „sozialistische Moral" verstieß. Andere Scheidungsgründe wurden nicht akzeptiert, d. h. es wurde vollständig in das Belieben der Gerichte gestellt, was sie als Verstoß gegen die sozialistische Moral ansehen wollten. Die „De-facto-Ehe" wurde wieder verboten und eine großangelegte Kampagne der Unterstützung großer Familien gestartet. Man machte große Anstrengungen, aus der Eheschließung eine feierliche Angelegenheit zu machen, indem man die Standesämter festlich ausstattete, prächtige Heiratsurkunden verteilte und die Verwandtschaft als Trauzeugen einlud. Selbst Eheringe wurden wieder üblich, und alle Massenkommunikationsmittel wurden eingesetzt, um die Wichtigkeit und Würde der sozialistischen Ehe zu propagieren.

Was war geschehen? Wie konnte nach einem mit so viel Überzeugung vorgenommenen Versuch, alle Relikte der bürgerlichen Familie zu beseitigen, eine Familienform, die ihr in vielen Zügen so stark glich, wieder an Boden gewinnen. Trotzkij machte die Not der Sowjetunion dafür verantwortlich. Die Befreiung der Frau hatte nach Meinung Lenins und Trotzkijs eine wichtige Grundbedingung: ihre völlige Entlastund von der unproduktivsten, barbarischsten und schwersten Arbeit, die die Frau verrichtet — von der Hausarbeit. Diese Befreiung setzt jedoch ein umfassendes System öffentlicher Einrichtungen voraus, die ihr diese Arbeiten abnehmen können und sie damit freisetzen für ihre Teilnahme an allgemein produktiver Arbeit, in der sie sich wirklich mit dem Mann messen kann, und die ihr zu ihrer Selbstverwirklichung verhilft.

Den Aufwand, den dieses Programm jedoch erfordert hätte, konnte die Sowjetunion weder während des Kriegskommunismus noch während der NEP und des ersten Fünfjahresplanes aufbringen. 1932 gab es erst 600 000 verfügbare Plätze in Kinderkrippen, eine Zahl, die auch den bescheidensten Forderungen nicht gerecht wurde. Die Ernährung in den Werkskantinen war so schlecht, daß die Arbeiter so schnell sie es sich eben leisten konnten, wieder an den „heimischen Herd" zurückkehrten, was eine weitere Mehrbelastung der Frauen bedeutete. So fehlte es überall, um das kühne Projekt, eine neue Familie zu schaffen, zu verwirklichen. Aber so sagt Trotzkij, „statt offen zu sagen: Es zeige sich, daß wir noch zu arm und zu roh sind, um sozialistische Beziehungen zwischen den Menschen zu schaffen, diese Aufgabe werden unsere Kinder und Enkelkinder erfüllen, verlangen die Führer, nicht bloß die Scherben der zerbrochenen Familie wieder zusammenzuleimen, sondern auch sie,

unter Androhung schlimmster Strafen, als geheiligte Urzelle des siegreichen Sozialismus zu betrachten. Schwerlich ist das Ausmaß dieses Rückzugs mit dem Auge zu ermessen".[12] Trotzkij ist es auch, der die Erklärung dafür gibt, warum man diesen Rückzug angetreten hat. „Das gebieterischste Motiv für den heutigen Familienkult ist zweifelsohne das Bedürfnis der Bürokratie nach einer stabilen Hierarchie der gesellschaftlichen Beziehungen und der Disziplinierung der Jugend durch 40 Millionen Stützpunkte der Autorität und Macht." [13] Man kann mit Wilhelm Reich ergänzen: „Der Rückschritt auf sexuellem Gebiet in der Sowjetunion hängt mit allgemeinen Fragen der revolutionären Kulturentwicklung zusammen. Wir wissen, daß die Richtung zur Selbstverwaltung des gesellschaftlichen Lebens zugunsten der autoritativen Lenkung der Gesellschaft wich. Der Rückschritt prägt sich nur auf dem sexuellen Gebiet am besten aus und ist hier am klarsten zu fassen." [14]

Will man den gescheiterten Versuch der Sowjetunion, die Revolution an ihrer Grundlage, nämlich an der Familie anzusetzen, resümierend beurteilen, so könnte man sagen: In diesem kühnen Experiment lagen von vornherein schwere Gefahren für seine Durchführbarkeit. Zum einen war der Sprung von der feudal patriarchalischen Familienordnung zur Anerkennung der De-facto-Ehe innerhalb eines Zeitraums von knapp 30 Jahren von den meisten, die ihn mitvollziehen sollten, bewußtseinsmäßig kaum zu verarbeiten. Außerdem fehlten die allernotwendigsten materiellen Voraussetzungen dafür, der im Beruf stehenden Frau die Bürde der Hausarbeit und der Erziehung der Kinder abzunehmen und — auch das ist ein wichtiger Punkt — ihr gemeinsam mit dem Recht auf Abtreibung die notwendige ärztliche Betreuung zu garantieren. Diese beiden Gründe sind jedoch nur Erklärungen dafür, warum die Revolutionierung der Ehe und Familie nicht sofort im ganzen Umfang verwirklicht werden konnte. Daß es jdoch zu einer Aufhebung fast aller Versuche, eine neue Familienordnung zu schaffen, kam, mag von bürgerlichen Ideologen als der Triumph des wahrhaft Menschlichen über das Ideologische gefeiert werden. Vom marxistischen Standpunkt aus kann man es nicht anders sehen als auf dem Hintergrund der politischen Reaktion in der Sowjetunion, als Reflex zunehmend autoritärer Herrschaftsstrukturen.

[12] Leo Trotzkij, Verratene Revolution, Frankfurt/M. 1968 (erstmals erschienen 1936), S. 148.
[13] Ebenda S. 150.
[14] Wilhelm Reich, aaO, S. 194.

Die neueste Entwicklung in der Sowjetunion zeigt einige Tendenzen, die auf eine neue Besinnung auf wirklich sozialistische Familienbeziehungen hinweisen, sie sind jedoch noch so vereinzelt, daß sie hier nicht Gegenstand der Erörterung sein können.

Eine Bemerkung jedoch noch zum Schluß. Trotz allen Rückschritts auf dem Gebiet der Familienpolitik: Die soziale Stellung der Frau in der Sowjetunion ist auch heute höher als in allen anderen Ländern der Welt.

Uwe Brügmann

Die Gewerkschaften und die Organisation der Industrie in der ersten Phase des Bürgerkrieges 1917-1919

I.

Die Februarrevolution, „eine der spontansten, anonymsten und führerlosesten Revolutionen aller Zeiten" (W. H. Chamberlin), eröffnete dem russischen Proletariat erstmals seit 1905 wieder die Möglichkeit, ungehindert von staatlicher Repression und in voller Freiheit, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Kaum daß die „Sturm- und Drangperiode", wie die Russen die Monate März bis Juni 1917 bezeichneten, in denen die Gewerkschaften überall gleichsam wie Pilze aus dem Boden schossen, beendet war, wandten diese ihre Aufmerksamkeit den wirtschaftlichen Problemen des Landes zu. Die russische Wirtschaft hatte in den Jahren des Weltkrieges schwer gelitten, 1917 machte sich ein allgemeiner Niedergang in allen Produktionszweigen bemerkbar, der seinen Ausdruck in einem rapiden Verfall der Arbeitsproduktivität und einer Lockerung der Arbeitsdisziplin fand. Die Provisorische Regierung versuchte vergeblich, dieser Schwierigkeiten durch Einführung der staatlichen Kontrolle über die Industrie Herr zu werden. Die Gewerkschaften arbeiteten zwei Pläne für die Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten aus. Die menschewistisch beherrschten, da sie die Revolution als eine bürgerliche einschätzten, unterstützten die Provosorische Regierung in ihren Versuchen, die Industrie durch staatliche Organe zu regulieren. Die bolschewistischen Gewerkschaften, auf der dritten Konferenz im Juni 1917 noch in der Minderzahl, gingen in ihren Vorschlägen von der Annahme aus, daß die Revolution keine bürgerliche sei, sondern sich im Übergang zur sozialistischen befinde, wie dies Lenin in seinen Aprilthesen zum erstenmal in aller Klarheit formuliert hatte. Der wirtschaftlichen Krise könne daher nicht durch die staatliche, sondern nur durch eine von den Arbeitern ausgeübte Kontrolle über die Produktion begegnet werden. Weiter sah ihr Konzept die Vertrustung und Syndizierung der wichtigsten Industrie-

zweige (Kohle, Stahl, Textil, Transport) vor, Maßnahmen, die allerdings nur bei der Machtübernahme durch die Sowjets Aussicht auf Verwirklichung hätten. Die Rolle der Gewerkschaften bei der allmählichen Umgestaltung der kapitalistisch organisierten Industrie in eine sozialistisch verwaltete sei eine zweifache: die Regulierungsorgane aufzubauen und die durch die Betriebskomitees ausgeübte Arbeiterkontrolle in Einklang mit den Regulierungsplänen zu bringen. Letzteres sei aber nur möglich, wenn die Organe der Arbeiterkontrolle den Gewerkschaften bzw. dem gesamtrussischen Rat der Gewerkschaften (ARZRG) unterworfen seien[1]. In den folgenden Ausführungen soll gezeigt werden, wie es den Gewerkschaften gelang, ihren ökonomischen Führungsanspruch in die Tat umzusetzen, d. h. wie sie mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten fertig wurden und eine den Bedürfnissen des proletarischen Staates entsprechende Industrieverwaltung aufbauten.

II.

Eine der ersten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bolschewiki nach der Machtergreifung war die Einführung der Arbeiterkontrolle in allen Industrie-, Handels-, Transport- und Landwirtschaftsbetrieben, die Lohnarbeiter beschäftigten. Das entsprechende Dekret vom 14. November 1917, obwohl es nicht die Enteignung der Unternehmer, sondern nur ihre umfassende Kontrolle durch die Betriebskomitees beabsichtigte, leitete aber, da es die Ausführung aller von den Unternehmern getroffenen Entscheidungen von der Zustimmung der Betriebskomitees abhängig machte, die „rotgardisten Attacke gegen das Kapital" ein. Die Betriebskomitees ließen sich dabei von der vom Petrograder Zentralrat der Betriebskomitees ausgearbeiteten Instruktion leiten, wo es heißt, daß die Arbeiterkontrolle „als Übergangsstufe zur Organisation des gesamten wirtschaftlichen Lebens des Landes auf sozialistischen Grundlagen" anzusehen sei[2].

Grundsätzlich anderer Auffassung über die Funktion der Arbeiterkontrolle waren die Gewerkschaften. A. S. Lozovskij, ein einflußreiches Mitglied des ARZRG, erklärte, daß die sofortige Sozialisierung der Produktionsmittel nicht „auf der Tagesordnung der Revolution" stehe, die „Arbeiterkontrolle vorerst nicht die Grundlagen des Kapitalismus" anrühre. Ihr Sinn und Zweck bestehe nicht in der Organisation, sondern nur

[1] Lorenz, R., Anfänge der bolschewistischen Industriepolitik. Köln 1965, S. 124—129.
[2] Nacionalizacija promyšlennosti v SSSR. Sbornik dokumentiv i materialov 1917—1920 gg. Moskva 1954, S. 78.

in der Regulierung der Produktion.[3] Über den gesamtrussischen Rat der Arbeiterkontrolle versuchten denn auch die Gewerkschaften, die Entwicklung in ihrem Sinne zu lenken, indem sie namens des Rates, des höchsten Organs für die Belange der Arbeiterkontrolle, eine Instruktion herausgaben, die bestimmte, daß „die Verfügungsrechte über die Verwaltung des Betriebes ... beim Besitzer bleiben".[4]

Gestützt auf das Dekret und die Instruktion des Petrograder Zentralrates gingen die Betriebskomitees in ganz Rußland dazu über, die Kontrolle über die Produktion einzuführen. Sie ließen sich dabei auch nicht durch Drohungen der Unternehmer, die Betriebe zu schließen, einschüchtern. Wenn die Unternehmer die Produktion stillegten oder die Löhne und sonstige betriebsnotwendige Kapitalien sperrten, enteigneten die Betriebskomitees kurzerhand die Betriebe und führten sie in eigener Regie weiter. Die Gewerkschaften, die die Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital unter einem primär ökonomischen Aspekt sahen und daher ihre desorganisierenden Folgen auf die Produktion fürchteten, versuchten mäßigend auf die Betriebskomitees einzuwirken. Aufrufe, wie der des gesamtrussischen Metallarbeiterverbandes von Mitte Dezember 1917, in dem es heißt, daß „die sich häufenden Fälle von eigenmächtiger Betriebsergreifung ... anarchistische Tendenzen" darstellten und die Produktion untergraben würden, verhallten bei den Arbeitern ungehört.[5] Es lag in der inneren Logik der Ereignisse, daß in dem Moment, wo die Unternehmer sich weigerten, die Arbeiterkontrolle anzuerkennen, die Arbeiter die Betriebe enteigneten. „Mehr als 70% der Betriebe", erklärte V. P. Miljutin im Mai 1918, „wurden wegen der Nichtanerkennung des Dekretes über die Arbeiterkontrolle oder deswegen, weil die Besitzer ihre Betriebe schlossen oder ihrem Schicksal überließen, nationalisiert oder konfisziert".[6]

Die Vergesellschaftung der Industrie von November 1917 bis März 1918 zeigt dabei folgendes Bild:[7]

[3] Lozovskij, A. S., Rabočij kontrol'. Petrograd 1918, S. 24, 25.
[4] Narodnoe chozjajstvo, Nr. 1/1918, S. 25.
[5] Professional'nyj vestnik Nr. 8/1917, S. 14.
[6] Trudy I vserossijskago s'ezda sovetov narodnogo chozjajstva. 26-go maja-4 junja 1918 g. Stenografičeskij otčet. Moskva 1918, S. 88.
[7] Drobizev, V. Z., Socialističeskoe obobščestvlenie promyšlennosti v SSSR in: Voprosy istrorii, Nr. 6/1964, S. 63.

Institution	November—Dezember 1917	Januar—März 1918
Rat der Volkskommissare	10	18
OVWR	4	13
örtl. VWR	14	66
örtl. Sowjets	208	300
Gewerkschaften	9	33
andere Org.	43	108
gesamt	288	538

Diese Tabelle veranschaulicht deutlicher als alle Äußerungen führender Politiker den spontanen Charakter der Vergesellschaftung der Industrie in den ersten Monaten nach der Oktoberrevolution. Auffällig ist, daß nur ein verschwindend kleiner Bruchteil von Betrieben auf Anordnung der zentralen Institutionen, des Rates der Volkskommissare und des OVWR, vergesellschaftet wurde. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, daß sich die zentralen Organe nur mit der Nationalisierung volkswirtschaftlicher Schlüsselbetriebe wie z. B. der Putilov-Werke befaßten, im übrigen aber eher bestrebt waren, den elementaren Prozeß der Nationalisierung zu bremsen. Nicht viel größer war auch der Anteil der Gewerkschaften — ein Zeichen dafür, daß die Arbeiter ihnen auf Grund ihrer reservierten Haltung zur Arbeiterkontrolle wenig Vertrauen entgegenbrachten, zumal die Gewerkschaften sich auch weigerten, Betriebe zu nationalisieren. Das Gros der Betriebe hingegen, 508 oder 61,5% wurden von den örtlichen Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten enteignet, d. h. sie legalisierten die durch die Betriebskomitees durchgeführte Enteignung. Häufig ergriffen die Sowjets auch von sich aus die Initiative, da sie sich als universale Organe der neuen Staatsgewalt betrachteten und auch wirtschaftliche Fragen mit in ihre Kompetenz einbezogen.

Die spontane Vergesellschaftung der Industrie förderte, bei der zunehmenden Zerrüttung des Transportwesens und der dadurch bedingten Auflösung größerer Wirtschaftsräume in kleine und kleinste Produktionseinheiten, jedoch anarcho-syndikalistische Tendenzen unter den Arbeitern, die eine planmäßige, von oben durchgeführte Regulierung der Industrie unmöglich machten. Mochten sich damit die Hoffnungen der Initiatoren des Dekrets, die Industrie mit Hilfe der Arbeiterkontrolle zu regulieren, auch nicht erfüllt haben, so erwies sie sich doch, wie F. Pollock bemerkt, als „brauchbares Werkzeug zur politischen Lahmlegung der Unternehmer und zur Ausdehnung der Macht der Arbeiterschaft auf jeden einzelnen Betrieb".[8] Vor allem aber ermöglichte die Arbeiterkontrolle, wie

ein zeitgenössicher Beobachter schreibt, „das Eindringen der Arbeiterklasse als herrschende Klasse in alle Poren des Wirtschaftslebens“ [9] und machte diese somit mit den organisations- und produktionstechnischen Problemen der Betriebsführung vertraut. Hier sammelten die Arbeiter jene Erfahrung in der Organisation und Verwaltung der Produktion, die es der Sowjetmacht ermöglichte, einen neuen, eigenen Verwaltungsapparat für die Industrie aufzubauen.

III.

Wie schon die Haltung der Gewerkschaften zur Arbeiterkontrolle gezeigt hatte, waren sie Gegner einer sofortigen Nationalisierung der Produktionsmittel. Auf dem ersten Kongreß der Gewerkschaften im Januar 1918, der von 416 Delegierten, darunter 273 Bolschewiki besucht war, entwickelten die Gewerkschaften ihr wirtschaftspolitisches Konzept. Ausgehend von der Einsicht, daß bei der Wiederherstellung der Wirtschaft der Erdöl- und Steinkohleindustrie eine Schlüsselstellung zukomme, müsse die Sowjetmacht vorerst diese beiden Industriezweige in Schwung zu bringen versuchen. Keineswegs dürfe aber versucht werden, sie zu nationalisieren, da weder die hierfür erforderlichen Kapitalien noch ausreichende Kader von qualifizierten Arbeitern zur Verfügung stünden. Erst wenn Kohle- und Erdölindustrie wieder normal arbeiteten, könne zur Vertrustung auch der übrigen Industriezweige und von da zu ihrer Nationalisierung übergegangen werden. [10]

Die Aufgaben der Gewerkschaften in der Phase der Vertrustung der Industrie, die durch die Kontrolle des proletarischen Staates über das Kapital gekennzeichnet sei, bestünden im Aufbau und der Kontrolle der staatlichen Regulierungsorgane. Ferner obliege es ihnen, Kollektivverträge und Arbeitsschutzbestimmungen auszuarbeiten, sowie die Arbeitskräfte zu registrieren und zu verteilen. „Der Gewerkschaftsbewegung fällt nicht nur der Schutz der Interessen der Arbeiter zu, sondern auch ihre Vorbereitung zum Organisator der Produktion beim Übergang vom privatwirtschaftlichen zum staatlichen Monopol, vom letzteren zur Nationalisierung und von dort zum Sozialismus“, so faßte Cyperovic, der über das wirtschaftspolitische Konzept referierte, ihre Aufgaben zusammen. [11]

[8] Pollock, F., Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917—1927. Leipzig 1927, S. 37.
[9] Bucharin, N. I., Ökonomik der Transformationsperiode. Hamburg 1922, S. 142.
[10] Pervyj vserossijskij s'ezd professional'nych sojuzov. 7—14 janvarja 1918. Moskva 1918, S. 10.
[11] a. a. O., 367. Thesen von G. V. Cyperovič.

Solche staatskapitalistischen Vorstellungen — sie unterschieden sich nicht wesentlich von denen Lenins — hinderten die Gewerkschaften aber nicht (ausgenommen die wenigen von den Menschewiki beherrschten) den sozialistischen Charakter der Oktoberrevolution anzuerkennen und fest auf dem Boden der Sowjetmacht zu stehen. Überzeugt von der Identität ihrer und der Sowjetmacht Ziele, verkündete der Kongreß, daß die Gewerkschaften „im Prozeß der ... sozialistischen Revolution zu Organen der sozialistischen Macht werden" und „für die Verwirklichung der neuen Grundlagen der Organisation des wirtschaftlichen Lebens arbeiten" müßten.[12]

Der ökonomische Führungsanspruch der Gewerkschaften stieß aber auf den Widerstand der Betriebskomitees, die gleichfalls danach strebten, allerdings mit Hilfe eines analog dem politischen aufgebauten ökonomischen Rätesystems, die Industrie zu regulieren.[13] Da die Regulierungsversuche der Betriebskomitees aber über Ansätze nicht hinauskamen, gleichzeitig auch von der Zentralmacht Regulierungsorgane, die Volkswirtschaftsräte, geschaffen wurden, die ihre Bewegungsfreiheit immer mehr einschränkten, gewannen die Gewerkschaften allmählich die Oberhand. Zudem reifte auch bei den Betriebskomitees langsam die Einsicht, daß nur im Verein mit den Gewerkschaften wirksame Erfolge im Kampf gegen die Desorganisation der Wirtschaft erzielt werden könnten.
In Petrograd erklärten sich die Betriebskomitees, die hier, mit Ausnahme des Ural, wohl die stärkste Position in Rußland innehatten, schon Ende Januar 1918 bereit, sich den Gewerkschaften zu unterwerfen; am 1. April war der Vereinigungsprozeß abgeschlossen. Nach und nach glückte es den Gewerkschaften auch im übrigen Rußland, sich die Betriebskomitees zu unterwerfen, ein Prozeß, der durch ein vom ARZRG am 12. August 1918 erlassenes Statut für die Betriebskomitees seinen Abschluß fand. Dieses Statut entzog den Betriebskomitees alle Funktionen auf dem Gebiet der Organisation der Produktion und ließ ihnen, abgesehen von der Tätigkeit für die Hebung der Arbeitsdisziplin und Arbeitsproduktivität, keinerlei Eigeninitiative. Mit der Ausschaltung der Betriebskomitees als konkurrierende Arbeiterorganisation hatten die Gewerkschaften ihren ökonomischen Führungsanspruch in die Tat umgesetzt.

IV.

Die Regulierung der Industrie auf der Basis der Arbeiterkontrolle im

[12] a. a. O., 364. Resolution „Über die Aufgaben der Gewerkschaften".
[13] Lorenz, R., Anfänge der bolschewistischen Industriepolitik. Köln 1965, S. 112—122.

gesamtrussischen Maßstab stellte die Bolschewiki vor die Notwendigkeit, einen eigenen Regulierungsapparat aufzubauen, da der noch aus der Zeit des Zaren und der Prov. Regierung stammende einerseits nicht bereit war, mit der Sowjetmacht zusammenzuarbeiten, andererseits von den Arbeitern selber abgelehnt wurde und im übrigen auch nur schlecht funktionierte. Bereits am 5. Dezember 1918 erfolgte die Gründung des Obersten Volkswirtschaftsrates (OVWR), im wesentlichen auf Initiative des Petrograder Zentralrates hin, dessen Aufgaben mit der „Organisation der Volkswirtschaft und der Staatsfinanzen" umschrieben wurden.

Für die Regulierung der einzelnen Industriezweige bildete der OVWR sogenannte Haupt- und Zentralverwaltungen (Glavki, Centry). Da die Sowjetmacht nicht die Sozialisierung, sondern nur die Vertrustung der Produktion betrieb, waren in ihnen zunächst auch die Unternehmer vertreten. In der Regel waren die Glavki und Centry so aufgebaut, daß zwei Drittel ihres Bestandes von den Arbeitern, davon ein Drittel von den entsprechenden Gewerkschaften und ein Drittel von den Unternehmern gestellt wurden. Im OVWR selbst stellten die Gewerkschaften die Hälfte der Mitglieder.

Für die Regulierung und Organisation der Wirtschaft, im Rahmen der Städte, Gouvernements und Gebiete, wurden örtliche Volkswirtschaftsräte gebildet, an deren Konstituierung Gewerkschaften und Betriebskomitees in gleicher Weise beteiligt waren. Im allgemeinen setzten sich örtliche VWR nur aus Arbeitern zusammen, in wenigen Fällen waren auch Vertreter der Unternehmer zugelassen. In gleicher Weise, wie beim OVWR Produktionsabteilungen geschaffen wurden, die die Tätigkeit der einzelnen Glavki und Centry koordinieren, bildeten auch die örtlichen Volkswirtschaftsräte entsprechende Abteilungen.

Die Voraussetzung für die Wirksamkeit jeglicher von oben getroffener Regulierungsmaßnahmen war ihre Befolgung durch die untersten Organe der Industrieverwaltung, den Betriebsleitungen. Dafür sorgten in den noch unter privater Führung stehenden Betrieben die Betriebskomitees, in den bereits nationalisierten die von den Arbeitern bzw. von den Arbeitern in Verbindung mit den staatlichen Institutionen wie Volkswirtschaftsräten, Sowjets und Volkskommissariaten eingesetzten Betriebsverwaltungen. In den Betrieben, die auf Beschluß der Regierung oder des OVWR nationalisiert wurden, setzten sie sich zumeist aus mehreren Vertretern des Betriebskomitees, einer etwas geringeren Zahl von der entsprechenden Gewerkschaft, einem Vertreter der Zentralmacht, der häufig mit besonderen Vollmachten ausgestattet war, und einem oder

mehreren Technikern, die aber kein Stimmrecht besaßen, zusammen,[14] während die Leitung in den Betrieben, die durch die örtlichen Sowjets nationalisiert wurden, zumeist an das Betriebskomitee überging. Im Ural z. B. wurde die Führung des Betriebes einem von der gesamten Belegschaft gewählten 25—60 Personen umfassenden Bevollmächtigtenrat übergeben, der aus seiner Mitte eine fünfköpfige Fabrikationsverwaltung einsetzte.[15] In allen Fällen aber wurde das sich aus der Konzeption der Rätedemokratie herleitende Prinzip der Kollegialverwaltung angewandt, das zusammen mit der Wählbarkeit der Leitungen den Arbeitern ein maximales Mitspracherecht an der Produktionsgestaltung ihres Betriebes sicherte.

In gleicher Weise erfolgte die Verwaltung der Eisenbahnen. Auf Beschluß des gesamtrussischen Kongresses der Eisenbahner vom 23. Januar 1918, der wenig später auch von der Sowjetmacht anerkannt wurde, wurden auf allen Strecken und Streckenabschnitten Sowjets der Eisenbahndeputierten für die „Führung der Eisenbahnwirtschaft und Organisation der Verwaltung" gebildet. Dabei konnten die Mitglieder dieser Sowjets jederzeit von ihren Wählern abberufen werden — ein allgemeines Merkmal der frühen Sowjetdemokratie.[16]. Allerdings wurde dieses Verwaltungsschema, auf Betreiben Lenins und Trockijs, schon am 26. März 1918 wieder aufgehoben und die kommissarische Verwaltung eingeführt.

Der Versuch, das Kollegialprinzip und die Wählbarkeit der Betriebsleitung einzuschränken, muß in unmittelbaren Zusammenhang mit der Änderung der sowjetischen Wirtschaftspolitik nach Abschluß des Friedens von Brest-Litovsk gesehen werden. Die Atempause (peredyška), die dieser Friede der schwer angeschlagenen Sowjetrepublik verschaffte, gedachte die Partei für die Konsolidierung der Wirtschaft auszunutzen, um „überall die strengste Rechnungsführung und Kontrolle über Produktion und Verteilung der Produkte durchzuführen, die Arbeitsproduktivität zu steigern, die Produktion tatsächlich zu vergesellschaften", wie Lenin Ende April in „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" schrieb[17]. Dazu sei es aber notwendig, so führte er weiter aus, den „stürmischen, wie Hochwasser im Frühjahr über alle Ufer brandenden Versammlungsdemokratismus der werktätigen Massen zu verbinden mit eiserner Diszi-

[14] Bobkov, K. I., Iz istorii organizacii upravlenija promyšlennostju v pervye gody sovetskoj vlasti, in: Voprosy istorii, Nr. 4/1957, S. 122.
[15] Vestnik narodnogo komissariata truda, Nr. 2—3/1918, S. 252.
[16] Trudy vserossijskago čresvyčajnago s'ezda zelezodorožnikov služaščich, masterovych i rabočich. Moskva 1918, S. 3, 7.
[17] Lenin, V. I., Polnoe sobranie sočinenija. Izdanie pjatoe. Tom 36, Moskva 1962, S. 171. Abgekürzt: Lenin, PSS.

plin während der Arbeit, mit der unbedingten Unterordnung unter den Willen einer Einzelperson, des sowjetischen Leiters, während der Arbeit“ [18].

Solche Bestrebungen scheiterten jedoch am Widerstand der Gewerkschaften bzw. der ihnen eingegliederten Betriebskomitees, die am Kollegialprinzip und der Wählbarkeit der Betriebsleitungen zähe festhielten. Auf dem ersten Kongreß der Volkswirtschaftsräte (26. 5.—2. 6. 1918) versuchte die Regierung ein Projekt durchzubringen, daß die nationalisierten Betriebe durch von oben ernannte Kommissare zu verwalten vorsah. Die Vertreter der Gewerkschaften hingegen forderten nicht nur das Kollegialprinzip, sondern auch eine zwei Drittel Vertretung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter des jeweiligen Betriebes in den Leitungen. Das restliche Drittel sollte den Vertretern der Zentralmacht, d. h. den örtlichen VWR überlassen werden. Einwänden, daß ein solches Schema Dezentralisierungstendenzen Vorschub leisten würde, begegneten die Gewerkschaften mit dem Hinweis auf die strenge Verantwortlichkeit der Leitungen. Nur auf das persönliche Eingreifen Lenins war es zurückzuführen, daß dieses Schema nicht vom Kongreß bestätigt wurde. Stattdessen wurde eine Verordnung angenommen, die zwar das Kollegialprinzip bestätigte, den Gewerkschaften aber nur ein Drittel der Mitglieder der Betriebsleitung zu wählen erlaubte, während die übrigen zwei Drittel von den örtlichen VWR ernannt wurden [19].

Da in den Volkswirtschaftsräten die Gewerkschaftsvertreter zumeist dominierten und somit auch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in die Leitung delegierten, blieb die Verwaltung des Betriebes nicht nur weiterhin in den Händen der Arbeiter, sondern auch unter der Aufsicht der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften spielten somit beim Aufbau der staatlichen Regulierungsorgane eine bedeutende Rolle, sie bildeten gewissermaßen ihr Rückgrat. Ihr tatsächlicher Einfluß war dabei noch größer als es in der zahlenmäßigen Zusammensetzung der verschiedenen Organe zum Ausdruck kam, da praktisch auch diejenigen Arbeiter, die nicht von ihnen gewählt wurden, durch die Schule der Gewerkschaften gegangen waren.

V.

Das Dekret über die Arbeiterkontrolle hatte die Revolution unmittelbar in die Betriebe getragen und sie in Schauplätze des Klassenkampfes zwi-

[18] Lenin, PSS, Tom 36, S. 203.
[19] Trudy I vserossijskago s'ezda sovetov narodnogo chozjastva, a. a. O., S. 477. Verordnung über die Verwaltung der nationalisierten Betriebe.

schen Arbeit und Kapital verwandelt. Die Folge dieser Auseinandersetzung, bei der es nicht um die geregelte Weiterführung der Produktion, sondern um die Beherrschung der Produktionsmittel ging, war eine Lockerung der Arbeitsdisziplin, und damit verbunden, auch ein Verfall der Arbeitsproduktivität.

Die Gewerkschaften, die sich schon vor der Revolution für die Arbeitsdisziplin eingesetzt hatten, ließen sich auch nach der Revolution, nur mit mehr Energie, ihre Aufrechterhaltung angelegen sein, umsomehr, als zahlreiche Arbeiter, in erster Linie halbproletarische Elemente, die chaotischen Zustände in der Fabrik für die Durchsetzung persönlicher Interessen auszunutzen suchten. Obwohl der Niedergang der Arbeitsdisziplin den Verfallsprozeß der Volkswirtschaft wesentlich beschleunigte, lehnten die Gewerkschaften die Zuhilfenahme staatlicher Organe bzw. die Anwendung staatlichen Zwanges entschieden ab. Ihrer Meinung nach war die Festigung der Arbeitsdisziplin nur auf dem Wege der Agitation möglich. Die Hintanstellung des staatlichen Zwanges gegenüber der Agitation hatte seine Ursache in dem Glauben, daß die Arbeiter nach der Oktoberrevolution, wo die Arbeit nicht mehr dem Unternehmer Profite bringe, sondern der Arbeiterklasse zugute komme, wo die Möglichkeit des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in greifbare Nähe gerückt und die Verwaltung der Produktion in die Hände der Arbeiter übergegangen sei, „proletarische Selbstdisziplin" üben, d. h. sich freiwillig der Arbeitsdisziplin unterwerfen würden [20].

Obwohl fast jede Arbeiterversammlung die Notwendigkeit der festen Arbeitsdisziplin anerkannte und betonte, daß die „proletarische Selbstdisziplin", wie es der erste Gebietskongreß der Gewerkschaften des Ural vom Januar 1918 tat, die Voraussetzung dafür sei, „die Reihen der Arbeiterklasse fest zu schließen, dem Kapital einen vernichtenden Schlag zu versetzen und das Banner des Sozialismus aufzurichten" [21], verharrte die Masse der russischen Arbeiter weiterhin in Auflehnung gegen die Arbeitsdisziplin.

Den Gewerkschaften wie auch den Betriebskomitees war es keineswegs verborgen geblieben, daß mit Appellen an die „proletarische Selbstdisziplin" allein nichts ausgerichtet werden konnte. Sie griffen daher zu drastischeren Maßnahmen, dergestalt, daß sie Arbeiter, die vor Beendigung der regulären Arbeitszeit die Arbeit einstellten, mit einer Woche

[20] Vgl. dazu Professional'nyj vestnik, Nr. 5—6/1918, S. 5—9 und Lur'e, M., Trudgvaja povinnost/ rabočij kontrol'. Petrograd 1918, S. 97.
[21] Nacionalizacija promyšlennosti v SSSR, a. a. O., S. 257.

Arbeitsentzug bestraft oder einem Revolutionsgericht übergaben. Ebenso rigoros wurden absichtliche Bummelei bei der Arbeit oder unmotiviertes Zuspätkommen bestraft.

Der ARZRG, dér in den ersten Monaten nach der Revolution nur wenig Initiative in der Frage der Arbeitsdisziplin gezeigt hatte, befaßte sich Ende März, Anfang April 1918 auf mehreren Sitzungen mit diesem Problem. Diese plötzliche Aktivität stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der Neuorientierung der sowjetischen Wirtschaftspolitik nach Unterzeichnung des Brester Friedens.

Diese neue Wirtschaftspolitik war durch den Versuch gekennzeichnet, in Zusammenarbeit mit dem russischen Großkapital durch Bildung riesiger staatskapitalistischer Truste (Meščerskij- und Stacheev-Projekte) die russische Industrie, vorab die metallverarbeitende und Hüttenindustrie zu reorganisieren. Sie konnte aber nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn zuvor die Frage der Arbeitsdisziplin gelöst war. Dies komplizierte sich aber dadurch, daß die staatskapitalistischen Pläne zwar die Übergabe der Kontrolle und Rechnungsführung über die Industrie an die Sowjetmacht vorsahen, die Leitung der Betriebe aber an bürgerliche Spezialisten bzw. die Unternehmer, wodurch, zumindest im Ansatz, die Gefahr einer Restauration der ehemaligen „kapitalistischen Stockdisziplin" gegeben war. Solche Tendenzen bestanden auch tatsächlich, wie die Tatsache beweist, das Lenin vorschlug, die Arbeitsdisziplin durch von den Gewerkschaften unabhängigen Organen zu festigen und auch überwachen zu lassen[22]. Larin, ein einflußreicher Mitarbeiter des OVWR, wurde beauftragt, mit den Unternehmern Verbindung aufzunehmen, um ihre Vorschläge für die Festigung der Arbeitsdisziplin entgegen zu nehmen[23]. In den Beratungen setzten die Vertreter der Gewerkschaften jedoch durch, daß alle Fragen, die mit der Arbeitsdisziplin zusammenhängen, in ihre Kompetenz fallen und beauftragten den ARZRG, ein Musterstatut für die Arbeitsdisziplin auszuarbeiten.

Die wenig später, Mitte April 1918, veröffentlichten „Musterregeln für die innere Ordnung" verpflichteten die Betriebskomitees, genau darauf zu achten, daß die Arbeitszeiten und die Pausen dazwischen eingehalten und während der Arbeitszeit keine Versammlungen abgehalten werden. Für die Übertretung dieser Regeln wurden Strafen angedroht und zwar beim erstenmal die Bekanntmachung des Schuldigen im Betrieb, beim

[22] Narodnoe chozjajstvo, Nr. 2/1918, S. 22.
[23] Venediktov, A. V., Organizacija gosudarstvennoj promyšlennosti v SSSR. Tom I: 1917—1920. Leningrad 1957, S. 358.

zweitenmal wiederum die Bekanntmachung im Betrieb bei gleichzeitiger Meldung an die Gewerkschaft und beim drittenmal die Entlassung aus der Fabrik. Verhielt sich derselbe Arbeiter auch in anderen Betrieben undiszipliniert, so wurde er beim erstenmal auf die Dauer von einer Woche bis zu drei Monaten, im Wiederholungsfall für immer aus der Gewerkschaft ausgeschlossen[24].

Den Strafmaßnahmen lag ganz offensichtlich die Absicht zugrunde, durch die Bloßstellung des Schuldigen vor der Belegschaft des Betriebes bzw. der Öffentlichkeit auf diesen einen moralischen Druck auszuüben und mit den Mitteln der kameradschaftlichen Einwirkung seine Disziplinierung herbeizuführen. Sie vermieden daher Körper-, Geld- oder Arreststrafen, wie sie unter dem Zarismus üblich waren.

Dem gleichen Zweck — Festigung der Arbeitsdisziplin — dienten die Arbeiter- oder Kameradengerichte, auf deren Notwendigkeit und Bedeutung erstmals Trockij Ende März 1918 hingewiesen hatte[25]. Im Laufe des Aprils entstanden die ersten solcher Gerichte im Moskauer Gebiet und griffen dann im Laufe des Sommers auch auf die übrigen Gebiete Rußlands über. Die Aufgabe dieser Gerichte, die sich meistens aus drei bis fünf Personen zusammensetzten, von der Belegschaft der Betriebe gewählt und von den Gewerkschaften bestätigt wurden, war es, Vergehen gegen die Arbeitsdisziplin zu bestrafen. In Abhängigkeit von der Schwere dieser Vergehen konnte es folgende Strafen verhängen: Tadel, Verweis mit entsprechender Bekanntmachung in der Presse, Versetzung in eine tiefere Tarifkategorie, Tadel durch die allgemeine Versammlung, Boykott durch die Belegschaft für die Dauer von einer Woche bis zu einem Monat, Entlassung aus der Fabrik und endlich Ausschluß aus der Gewerkschaft[26]. So wie schon die Musterregeln, so verfolgten auch die Arbeitergerichte die Absicht, Disziplinübertretungen in erster Linie nicht durch Strafen zu ahnden, sondern den Arbeiter, indem sie ihn der gesellschaftlichen Kritik aussetzen, zu Nach dem Scheitern der staatskapitalistischen Versuche — sie wurden am 18. April 1918 endgültig vom Rat der Volkskommissare abgelehnt — war die Gefahr einer Restauration der kapitalistischen Arbeitsverfassung endgültig gebannt. Die Gewerkschaften zogen nun ohne Bedenken bürgerliche Spezialisten für die Überwachung der Arbeitsdisziplin heran, da diese auf

[24] Westnik professional/nych sojuzov, Nr. 1/1918, S. 18.
[25] Trotzki, L., Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjet-Republik retten. Nach einer Rede Leo Trotzkis auf der Städte-Konferenz der Russ. Kommun. Partei in Moskau am 28. März 1918. Berlin 1919 (Revolutions-Bibliothek Nr. 1).
[26] Vgl.: Vestnik professional/nych Sojuzov, Nr. 1/1918.

Grund ihrer Erfahrung in produktionstechnischen Dingen am besten beurteilen konnten, ob ein Arbeiter seine Arbeit nachlässig verrichtete oder nicht. Ja, es wurden ihnen förmliche Aufpasserfunktionen übertragen, da sie nicht nur das Recht hatten, von jedem Arbeiter Auskunft über die von ihm geleistete Arbeit zu verlangen, sondern auch die Pflicht, jede Disziplinverletzung unverzüglich dem Betriebskomitee anzuzeigen. Doch war es ihnen untersagt, die Arbeiter zu bestrafen, ein Recht, das allein den Gewerkschaften zustand.

Im Laufe des Frühjahrs 1918 gingen die Gewerkschaften, unterstützt von den Betriebskomitees, gegen den immer noch verbreiteten „Versammlungsdemokratismus" der Arbeiter vor. Obwohl ein entsprechendes Verbot schon in den „Musterregeln" von Mitte April ausgesprochen worden war, gab der ARZRG Anfang Juni 1918 noch einmal eine Verordnung heraus, die „Versammlungen während der Arbeitszeit, außer in besonderen Fällen, die vom Betriebskomitee bestimmt werden", verbot[27].

Im Laufe des Frühjahrs und Frühsommers 1918 war es den Gewerkschaften gelungen, die Arbeiter wieder an die festen Formen der Arbeitsdisziplin zu gewöhnen. Das langsame, aber stetige Ansteigen der Arbeitsproduktivität bewies dies deutlich, es konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit der Festigung der Arbeitsdisziplin allein die Produktion nicht wesentlich gesteigert werden konnte. Die Gewerkschaften begannen daher in zunehmenden Maße ihre Aufmerksamkeit der Normierung der Arbeit zuzuwenden.

VI.

Die Lockerung der Arbeitsdisziplin hatte begreiflicherweise auch einen Verfall der Arbeitsproduktivität nach sich gezogen, dem die Gewerkschaften durch die Normierung der Arbeit, d. h. der Einführung fester Produktionsnormen zu begegnen versuchten. Die Arbeiter wurden laut Tarifvertrag verpflichtet, für eine bestimmte Menge garantierten Lohnes auch eine bestimmte Menge Arbeit in Form genau festgelegter Produktionsnormen zu leisten. Dieses Lohnsystem fand in der Praxis jedoch vorerst nur wenig Verbreitung, da seine Anwendung vom Vorhandensein normaler Arbeitsbedingungen abhängig gemacht wurde. In welcher Fabrik gab es schon „normale" Arbeitsbedingungen angesichts der „rotgardistischen Attacke gegen das Kapital"? Eine weitere Schwierigkeit bestand darin, die Produktionsnormen für die einzelnen Berufe, Tarifgruppen und -kategorien zu berechnen. Es gab zwar statistische Unter-

[27] Genkin, L. B., Roždenie socialističeskoj discipliny truda (konec 1917 bis leto 1918 gg.), in: Istorija SSSR, Nr. 1/1965, S. 9.

lagen für die vorangegangenen Jahre, mit deren Hilfe die durchschnittliche Produktivität jedes Arbeiters ermittelt werden konnte, doch entsprachen diese Werte in keiner Weise der Wirklichkeit des Winters1917/18, wo nicht nur die Ernährungslage katastrophal, sonder auch ein großer Teil der qualifizierten Arbeiter noch an der Front war. Alle diese Faktoren bewirkten, daß der Zeitlohn zunächst noch fortbestand und damit auch die Arbeitsproduktivität sich nur wenig verbesserte.

In einzelnen Betrieben, wo der Rückgang der Arbeitsproduktivität solche Ausmaße angenommen hatte, daß die Produktion unmittelbar gefährdet war, versuchten die Betriebskomitees sogar,wie z. B. im Petrograder Arsenal im Dezember 1917, den Akkordlohn einzuführen. Solche Versuche scheiterten aber in den meisten Fällen, wenn nicht an der ungenügenden technischen Ausrüstung der Betriebe, dann am Widerstand der Arbeiter, die darin die schlimmste Form der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft sahen. „Zuerst muß man die Fabriken und Betriebe in die Hände des Staates nehmen und dann kann man über die Intensivierung der Arbeit sprechen" — so begründeten die Arbeiter ihre ablehnende Haltung zur Steigerung der Arbeitsproduktivität,[28]. Die Gewerkschaften waren gleichfalls entschiedene Gegner des Akkordlohnsystems.

Eine grundsätzliche Wandlung in ihrer Haltung in dieser Frage zeichnete sich im Frühjahr 1918, in Zusammenhang mit der bereits erwähnten Änderung der sowjetischen Wirtschaftspolitik ab. Als Ergebnis mehrerer Beratungen zwischen Vertretern des ARZRG und des OVWR, an denen auch Lenin teilgenommen hatte, veröffentlichte der ARZRG am 3. April eine Resolution, „Über die Arbeitsdisziplin", in der er den Stücklohn offiziell billigte[29]. Etwa zur gleichen Zeit erklärte auch der gesamtrussische Verband der Metallarbeiter in einem Zirkular, daß die Arbeits-produktivität nur durch die Schaffung eines materiellen Anreizes in Form höherer Löhne gesteigert werden könnte. Da höhere Löhne aber nur bei erhöhter Arbeitsleistung gezahlt werden könnten, sei die Einführung des Stücklohnes notwendig[30]. Die Gewerkschaften beauftragten daraufhin die Betriebskomitees, in den Betrieben Normierungsbüros einzurichten, mit dem Zweck, die Anzahl der Arbeitsoperationen und die hierfür erforderliche Zeitdauer, die für die Anfertigung der von der jeweiligen Fabrik erzeugten Produkte notwendig seien, zu bestimmen[31]. Dieses Lohnsystem hatte zwar Ähnlichkeit mit dem Taylor-System, das

[28] Vestnik narodnogo komissariata truda, Nr. 1/1918, S. 55.
[29] Professional'nyj vestnik, Nr. 5—6/1918, S. 11.
[30] Vestnik metallista, Nr. 3/1918, S. 83, 84.
[31] Professional'nyj vestnik, Nr. 5—6/1918, S. 12.

auf der Grundlage der Zeitmessung der einzelnen Arbeitsgänge und -bewegungen und ihrer äußersten Rationalisierung eine maximale Arbeitsproduktivität anstrebte, unterschied sich aber von diesem dadurch, daß es den Akkordlohn nach oben hin limitierte, das Prinzip der festen Produktionsnormen weiterhin beibehielt und bei ihrer Nichterfüllung zwei Drittel des normalen Tarifsatzes garantierte. Auf diese Weise suchten die Gewerkschaften zu verhindern, daß die Arbeiter, in dem Bestreben, möglichst viel zu verdienen, sich körperlich ruinierten. Lenin, der sich von der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation — und eine solche stellte das Taylorsystem dar — wahre Wunderdinge erhoffte, forderte nicht nur mit Nachdruck seine Einführung in Rußland, sondern spielte auch mit dem Gedanken, ein Institut für die Erforschung dieses Systems zu gründen, ein Plan, der 1920 mit der Errichtung des „Zentralen Arbeitsinstitutes" Wirklichkeit wurde.

Die Einführung des Stücklohnes, obwohl in Verbindung mit garantierten Tarifsätzen, rief den Protest einiger Gewerkschaftsführer, besonders aber der „Linken Kommunisten" hervor, die darin einen „Verstoß gegen den Marxismus, die Arbeiterpolitik des Marxismus und des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus" sahen[32]. Bei den Arbeitern selbst jedoch stieß die Einführung des Stücklohnes auf keinen Widerstand. Nicht nur, weil er ihnen die Möglichkeit bot, mehr zu verdienen, sondern vielleicht auch deshalb, weil nach dem Nationalisierungsdekret vom 28. Juni 1918 jede Steigerung der Produktivität ausschließlich den Arbeitern selbst zugute kam.

Die guten Erfahrungen, die die Gewerkschaften mit der Einführung fester Produktionsnormen und der beschränkten Zulassung des Akkordlohnes gemacht hatten, veranlaßte sie im Herbst 1918, die Beschränkung des Akkordverdienstes aufzuheben. Die Erfolge waren enorm. In der Petrograder Metallindustrie z. B. stieg die Arbeitsproduktivität sprunghaft um 50 bis 100 Prozent und mehr[33]. Die Gewerkschaften gaben dabei aber den Normierungsbüros den Befehl, darauf zu achten, daß die Einführung des Stücklohnes „in keinem Fall zu einer außerordentlichen Überbelastung der Arbeiter führen" dürfe[34].

Eine der wichtigsten Funktionen des Lohnsystems, das nicht so sehr der Befriedigung der materiellen Interessen der Arbeiter als vielmehr der Wiederherstellung der Industrie diente, war es, eine möglichst hohe Ar-

[32] Trudy I vserossijskago s'ezda sovetov narodnogo chozjajstva, a. a. O., S. 273.
[33] Narodnoe chozjajstvo, Nr. 3/1919, S. 20.
[34] Nacionalizacija promyšlennosti v SSSR, a. a. O., S. 319.

beitsproduktivität zu gewährleisten. Zu diesem Zweck gingen die Gewerkschaften im Januar 1919 dazu über, die Prämien für die im Akkord geleistete Arbeit zu kollektivieren, d. h., daß der Arbeiter nicht mehr nach der persönlich geleisteten Akkordarbeit entlohnt, sondern der von der Abteilung oder auch Fabrik in toto erzielte Akkordlohn gleichmäßig auf die Zahl der Arbeiter, unabhängig von der einzelnen Arbeitsleistung, verteilt wurde. Erklärtes Ziel der Gewerkschaften war es, eine „kollektive wechselseitige Bürgschaft bei der Arbeit" einzuführen[35], um durch sie zu erreichen, daß einzelne Arbeiter, deren Produktivität niedriger als die ihrer Kollegen war und die durch ihre Langsamkeit die Produktion hemmten, sich dem allgemeinen Arbeitsrhythmus anpaßten.

Die zweite, nicht minder wichtige Aufgabe des Lohnsystems war es, die für den Aufbau der Industrie so dringend benötigten Kapitalien zu beschaffen. Die Gewerkschaften versuchten dies auf dem Wege der Senkung des für die Erzeugung eines beliebigen Produktes aufzuwendenden Arbeitslohnes einschließlich der Prämien unter den Selbstkostenpreis des Produktes zu erreichen.

Ein Beispiel möge dies illustrieren: Wenn z. B. der Selbstkostenpreis für eine Lokomotive 400 000 Rubel, berechnet aus 300 000 Rubel Materialkosten und 100 000 Rubel Arbeitslohn für 40 000 Arbeitsstunden betrug, und nach Einführung des Akkordlohnes die gleiche Lokomotive in 30 000 Arbeitsstunden fertiggestellt werden konnte, so wurden 25 000 Rubel erspart. Dadurch wurde ein Teil als Prämien an die Arbeiter ausbezahlt, ein anderer aber wieder in die Produktion investiert. Die Akkordlöhne waren daher nicht sehr niedrig gehalten, sondern auch so gestaffelt, daß sie selbst bei maximaler Produktivität nie den Selbstkostenpreis eines Produktes überstiegen.

Für die Metallindustrie ergab sich dabei folgende Relation zwischen Akkordlohn und Arbeitsproduktivität (Januar 1919) [36]:

Die Unterschiede zwischen dem normalen Tarifsatz und dem Akkordsatz waren demnach minimal, sie schwankten zwischen 0,6 und 0,12 Prozent. Der Arbeiter leistete also praktisch Akkordarbeit zu Bedingungen, die auch für die normale Produktivität galten. Mag dieses Lohnsystem auch nicht in Einklang mit dem Marxismus gestanden haben, so konnte dank seiner Anwendung die Industrieproduktion doch auf einer solchen

[35] Vtoroj vserossijskij s'ezd professional'nych sojuzov. 16—25 janvarja 1919 g. Moskva 1921, S. 162.

[36] Vsesojuznyj sojuz rabočich-metallistov v resoljucijach i postanov-lenijach s'ezdov, konferencij i plenumov CK. Vypusk pervyj: 1905—1925, č. I. Moskva 1927. S. 185—187.

Produktivität der Fabrik	in Prozenten zum normalen Tarifsatz	Lohn pro Waren-einheit
100 nomale Prod.	100	1
125	140	1,12
150	165	1,10
175	190	1,08
200	215	1,07
225	240	1,06
250 maximale Prod.	265	1,06

Höhe gehalten werden, daß die Ausrüstung der mehreren Millionen Mann starken Armee und auch die Versorgung der Bevölkerung mit dem Notdüftigsten garantiert war.

VII.

Mit dem vom ersten Kongreß der Volkswirtschaftsräte als notwendig erkannten Übergang von der bisher mehr oder minder planlosen Nationalisierung zur planmäßigen ganzer Industriezweige und dem Dekret vom 28. Juni, das die Nationalisierung der gesamten russischen Industrie mit Ausnahme der Heimindustrie verkündete, begann eine neue Phase in der sowjetischen Wirtschaftspolitik — der „Kriegskommunismus".

Die Enteignung der Unternehmer, die bis zum Nationalisierungsdekret in den zentralen Regulierungsorganen vertreten waren, wurden aus diesen nun entlassen und durch Arbeiter ersetzt. Die Glavki und Centry waren, zumindest war dies bis zum Winter 1918 der Fall, in der Regel aus je einem Drittel Vertreter der Gewerkschaften, des OVWR und verschiedener Arbeiterorganisationen und Behörden aufgebaut. Sehr bald jedoch meldeten die Gewerkschaften den Anspruch auf die absolute Mehrheit in Form einer zwei Drittel Vertretung an. „Alle Organe für die Verwaltung der Industrie müssen nach dem Prinzip der Diktatur des Proletariats aufgebaut sein, dergestalt, daß den Arbeitern des jeweiligen Industriezweiges in Form ihrer Produktionsvereinigungen die absolute Mehrheit überlassen wird" — so lautete ein Beschluß des gesamtrussischen Lederarbeiterverbandes von Mitte November 1918[37], eine Forderung, die der OVWR, aus Furcht vor dem Aufkommen anarcho--syndikalistischer Tendenzen, vorerst aber ablehnte.

Ähnlich reagierte der zweite Kongreß der Volkswirtschaftsräte von Dezember 1918, der seinen Vorschlag des Vertreters des Nordgebietes,

[37] Professional'nyj vestnik, Nr. 17—18/1918, S. 21.

Kaktyn, ablehnte, der vorsah, die Kollegien der Glavki und Centry von den Gesamtrussischen Gewerkschaftskongressen der einzelnen Produktionszweige wählen zu lassen. Da der Kongreß aber zur gleichen Zeit „die breite Heranziehung der Gewerkschaften ... für die Entscheidung der wichtigsten Fragen der wirtschaftlichen Tätigkeit und der ökonomischen Verwaltung des Landes, nicht nur mittels ihrer Vertretung in den ökonomischen Verwaltungsorganen, sondern auch durch die Ausdehnung ihrer Kontrollfunktionen sowohl auf das Gebiet der Produktion als auch über die Tätigkeit der ökonomischen Verwaltungsorgane selbst" forderte, erhielten die gewerkschaftlichen Forderungen neuen Auftrieb[38].

Noch im selben Jahr wurden die ersten Glavki und Centry auf der Grundlage einer zwei Drittel Mehrheit für die Gewerkschaftsvertreter reorganisiert. Als eine Folge des zunehmenden Einflusses der Gewerkschaften in den staatlichen Regulierungsorganen, sowohl in den Glavki und Centry als auch in den Volkswirtschaftsräten, wurden Stimmen laut, die die vollständige Vereinigung der Gewerkschaften mit den staatlichen Regulierungsorganen forderten. „Der OVWR soll sich mit dem ARZRG, alle Glavki und Centry mit den entsprechenden Gewerkschaften vereinen" — so lautete die Losung[39]. Dies hätte die Übernahme der vollen Verantwortung für die Produktion durch die Gewerkschaften bedeutet und damit auch ihre Umwandlung in staatliche Organe. Der ARZRG und die gesamtrussischen Gewerkschaften hielten die organisatorische Trennung von Gewerkschaften und Sowjetmacht, obwohl volle Übereinstimmung in allen wichtigen ökonomischen und politischen Fragen herrschte, aber noch für notwendig, da erstere nur in diesem Fall ihrer Aufgabe als „Schulen des Kommunismus", d. h., der allmählichen Heranziehung der Arbeiter, auch der rückständigsten, zur Verwaltung der Volkswirtschaft gerecht werden könnten. Sie lehnten es daher ab, die volle Verantwortung für die Produktion und damit auch staatliche Funktionen zu übernehmen. Dies änderte aber nichts an der Tatsache, daß die Organisation der Industrie, auch ohne die volle Verantwortung dafür zu tragen, in den Händen der Gewerkschaften lag. Sie waren „das Hauptlaboratorium, in dem der Apparat für die Organisation des wirtschaftlichen Lebens Rußlands geschaffen wurde und geschaffen wird" sagte Ende Dezember Rykov, der Vorsitzende des OVWR[40].

[38]) Trudy II vserossijskago s'ezda sovetov narodnogo chozjajstva. Moskva o. J. S. 392.
[39] Vestnik professional'nych sojuzov, Nr. 3/1918, S. 33.
[40] Trudy II s'ezda sovetov narodnogo chozjajstva, a. a. O., S. 53.

Der 8. Parteitag der KPR (b) vom März 1919, gestützt auf die Erfahrung mit den Gewerkschaften als Organisator der Produktion und in voller Übereinstimmung mit Marx, wonach das Proletariat, nachdem es zur Macht gekommen sei, den alten Staats- und Verwaltungsapparat zerschlagen und einen neuen, eigenen aufbauen müsse, erklärte, daß sich „der organisatorische Apparat der vergesellschafteten Industrie in erster Linie auf die Gewerkschaften stützen" müsse, mit dem Ziel, „in Zukunft die Verwaltung der gesamten Volkswirtschaft . . . in ihren Händen zu konzentrieren" [41]. Mögen die Gewerkschaften, indem sie die Organisation und Verwaltung der Industrie in ihre Hände nahmen, auch die materiellen Interessen der Arbeiter zugunsten des Aufbaus der Industrie vernachlässigt haben, wie dies deutlich in der Gestaltung des Lohnsystems zum Ausdruck kommt, so stellte gerade „die Schaffung einer proletarischen Leitung der Wirtschaft eine weltgeschichtliche Errungenschaft" dar, wie L. Kricman schreibt, womit „in der Geschichte der Menschheit eine noch unbekannte . . . Organisationsform des Überganges zur kommunistischen Gesellschaft der Zukunft geschaffen wurde [42]. Es war dies im wesentlichen ein Verdienst der Gewerkschaften.

[41] Vos'moj s'ezd rossijskoj kommunističeskoj partii (bol'ševikov), Moskva, 18—23. marta 1919 goda. Stenografičeskij otčet. Moskva 1919, S. 347.
[42] Kritsman, L., Die heroische Periode der großen russischen Revolution. Wien, Berlin 1929. S. 157.

R. Schmucker und G. Meyer

Trotzkijs Haltung zur revolutionären Bewegung in China 1926/27

Von den Führern der russischen Sozialdemokratie war Trotzkij der erste, der aufgrund einer systematischen Analyse der politischen Positionen der einzelnen Gesellschaftsklassen in der Revolution von 1905 zu dem Schluß kam, daß sich in Rußland jeder künftigen revolutionären Erhebung unmittelbar sozialistische Perspektiven eröffnen müssen. Vor die Wahl gestellt, weiterhin gegen den Zarismus zu kämpfen oder aber die eigenen Stellungen gegen die Forderungen der Arbeiterschaft zu verteidigen, hatte sich die industrielle Bourgeoisie spätestens nach den Oktoberstreiks des Jahres 1905 im wesentlichen gegen ein Weitertreiben der Revolution und für die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung entschieden. „Das kapitalistische Bürgertum hemmte nach dem Oktoberstreik offen und bewußt die Revolution ... Wie die Entwicklung der Revolution zeigte, war keine gesellschaftliche Klasse außer dem Proletariat fähig und bereit, eine Stütze der revolutionären Macht zu werden".[1]) Während sich die politischen Losungen von Bolschewiki und Menschewiki bis zum Ausbruch der Februarrevolution von 1917 auf die „drei Grundpfeiler" (demokratische Republik, Konfiskation der Gutsbesitzerländereien und Achtstundentag) beschränkten, hatte Trotzkij bereits in den „Ergebnissen und Perspektiven" von 1906 darauf hingewiesen, daß die innere Mechanik der Revolution sehr rasch über dieses Minimalprogramm hinausgehen werde.[2] Der Eintritt Rußlands in den Weltkrieg und die Unterstützung der zaristischen Kriegsziele durch weite Teile der russischen liberalen „Gesellschaft" bestärkten Trotzkij in dieser Auffassung. Er sah den Imperialismus nicht nur durch die gewaltsame Eroberung fremder Märkte, sondern auch durch ein „bestimmtes inneres Regime" gekenn-

[1] Trotzkij, Der Arbeiterdeputiertenrat und die Revolution, in: Die Neue Zeit, CCV, 2 (April 1907), S. 78 ff.
[2] Ergebnisse und Perspektiven, Ffm. 1967.

zeichnet, das „nicht die bürgerliche Nation der alten Ordnung, sondern das Proletariat der bürgerlichen Nation gegenüberstellt ... Eine nationale bürgerliche Revolution in Rußland ist unmöglich, weil es dort keine wirklich revolutionäre bürgerliche Demokratie gibt“ [3]. Sobald Trotzkij im März 1917 die ersten bruchstückhaften Nachrichten von den Unruhen und Straßenkämpfen in Petrograd und der Konstituierung einer „Provisorischen Regierung“ erhielt, sagte er voraus, daß die Revolution hiermit eben „nur erst angefangen“ habe: „Die russische Revolution steht nicht still. In ihrer weiteren Entwicklung wird sie die bürgerlichen Liberalen, die sich ihrem Weg in die Quere stellen, ebenso hinwegfegen, wie sie es jetzt mit der zaristischen Reaktion getan hat.“ [4]

Wenn man von den Denkschriften und Ermahnungen der zaristischen Minister und Vertrauten absieht, die bereits längere Zeit vor der Februarrevolution erkannten, daß eine kommende Umwälzung mit den Romanovs und dem Adel auch die Parteien und Verbände aller übrigen besitzenden Schichten hinwegfegen und die „Kommune“ errichten werde[5], war es nur noch Lenin, der im Zusammenhang mit seinen Studien über den Imperialismus und das Verhältnis von Marxismus und Staat, seine bisherige Position revidierend, zu der Überzeugung kam, daß die bürgerliche Etappe nur ein relativ kurzes Durchgangsstadium der Revolution darstelle. Sobald er vom Erfolg der Februarbewegung gehört hatte, schrieb er am 15. März (n. St.), daß diese „erste Etappe“ der Revolution „weder ihre letzte“ sei noch sich auf Rußland beschränken werde. Nach der „great rebellion von 1905“ sei nun die „glorious revolution“ angebrochen. Am 17. März forderte er bereits eine „systematische, ständige Entlarvung der neuen Regierung und die Vorbereitung zur Eroberung der Macht durch die Sowjets der Arbeiterdeputierten“ [6]. So hatte Lenin sich rasch der Theorie einer „permanenten Revolution“ angenähert und sich objektiv mit dieser inhaltlich präzisesten Prognose der russischen Ereignisse von 1917 identifiziert. Im folgenden soll nun untersucht werden, in welchem Maße es Trotzkij gelang, seine Theorie auch für die chinesische Revolution von 1926/27 fruchtbar zu machen, auf die man in der

[3] „Der Kampf um die Macht“ (Oktober 1915), ebenda S. 132.
[4] Vgl. die Artikel in der von Bucharin, Volodarskij u. a. in New York herausgegebenen Zeitschrift Novyj Mir vom 13., 16., 17. und 19. März n. St., die im Band III, 1 der „Werke“ Trotzkijs (Moskau 1925, S. 3 bis 13) wiedergegeben sind.
[5] Vgl. etwa das Memorandum P. N. Durnovos vom November 1916 sowie das Gespräch des Großfürsten Michael mit dem Dumapräsidenten Rodzjanko vom Januar 1917 in dessen „Erinnerungen“ (Berlin o. J. S. 202).
[6] Briefe vom 16. und 17. März n. St. an A. M. Kollontaj.

Sowjetunion nach den Niederlagen der revolutionären Erhebung in Westeuropa die größten Hoffnungen gesetzt hatte.

Die Frage nach dem Charakter und den Perspektiven der chinesischen Revolution stand im Mittelpunkt von Trotzkijs Kritik an der Politik der Kommunistischen Internationale in den Jahren 1926/27. Stalins und Bucharins Fehleinschätzungen der chinesischen Revolution sollten ihre theoretischen Unzulänglichkeiten und Unfähigkeit in der praktischen Politik offenbaren. Die Tatsache, daß Trotzkij erst zu Beginn des Jahres 1927 ausführlich in der Öffentlichkeit gegen die Parteiführung in dieser Frage Stellung bezog, machte es aber den Anhängern der offiziellen Politik möglich, seine Polemik lediglich als einen taktischen Zug im Fraktionsstreit hinzustellen[7]. In einem unveröffentlichten Memorandum vom 27. September 1926 hatte Trotzkij noch geschrieben, daß für die Periode vor 1925 das Bündnis von KPCh und Kuomintang „vollkommen richtig" gewesen sei[8], und er muß sogar noch bis Anfang 1926 mit dieser Strategie einverstanden gewesen sein, weil er im Februar/März dieses Jahres zum Vorsitzenden einer Kommission des Politbüros für die Fragen des Fernen Ostens bestimmt wurde. Bis 1926 hat er sich — abgesehen von sporadischen Äußerungen und Anfragen im Politbüro — fast ausschließlich mit den offiziellen diplomatischen Beziehungen zu Peking beschäftigt; Peking war damals Sitz der korrupten Regierung des „warlord" Wu Pei-fu. Über die revolutionäre Bewegung in China war Trotzkij nur wenig informiert. Dieser Umstand mußte die Vehemenz, mit der er nach dem Blutbad in Shanghai vom April 1927 auf dem VIII. Plenum des EKKI im Mai 1927 die Diskussion aufnahm, unglaubwürdig erscheinen lassen. Von da ab bildete die chinesische Frage einen zentralen Punkt in den Fraktionskämpfen der Bolschewiki. Wenn man von K. Radeks kritischen Stellungnahmen und Zinov'evs „Thesen über die chinesische Revolution" (April 1927) absieht, hatte die Opposition bis zum Mai nie ausführlicher zu diesen Fragen Stellung genommen; der „Brief aus Shanghai", der bereits im März von einer Untersuchungskommission der KI verfaßt war und vor einer Fortsetzung der bisherigen Strategie gewarnt hatte, war in Moskau bis zum VIII. Plenum verschwiegen worden und konnte erst seither von den Linken aufgegriffen werden. Indem nun Trotzkij auf dem EKKI-Plenum — im Gegensatz etwa zu

[7] Die chinesische Frage auf dem VIII. Plenum der Kommunistischen Internationale, Mai 1927, Berlin 1928, bes. S. 7 bis 27 und 43 bis 46.
[8] Nach: E. H. Carr, Socialism in One Country, 1924 bis 1926, II. Bd., London 1964, S. 784.

Zinov'ev[9] — auf eine detaillierte Analyse der Klassen der chinesischen Gesellschaft im revolutionären Prozeß verzichtete und die Ereignisse in China lediglich mit den Kategorien: bürgerliche oder sozialistische Revolution? interpretierte, stellte er sich selber auf den Boden der schematischen Stalinschen Argumentation. Er entwickelte kein Alternativprogramm für die chinesischen Kommunisten, sondern beschränkte sich auf eine Abgrenzung von den Positionen Stalins und Bucharins, womit er nur bewirkte, daß in der Parteiöffentlichkeit und im Plenum des EKKI seine Kritik an Schärfe verlor und eher als Ausfluß von persönlichen Auseinandersetzungen erschien. Die Erbitterung, mit der die Diskussion auf diesem Plenum geführt wurde, erklärt sich in hohem Maße auch durch die damalige angespannte innenpolitische Lage Sowjetrußlands. Die Neue Ökonomische Politik, von der man sich nach dem Ende des Bürgerkrieges eine Konsolidierung des Wirtschaftslebens erhofft hatte, führte besonders auf dem Versorgungssektor nicht zu den gewünschten Resultaten; nach 1926 bedrohten periodische Getreidekrisen das innere Gefüge der gesamten Wirtschaft. Die außenpolitische Voraussetzung der NEP — Verhinderung bewaffneter Konflikte und Herstellung „normaler" diplomatischer Beziehungen zu den kapitalistischen Mächten — mußte deshalb von der politischen Führung um so sorgfältiger abgesichert werden, und es war gerade die Furcht vor der imperialistischen Einkreisung und einem neuen Krieg, die ihre vorsichtige Haltung gegenüber der chinesischen Bourgeoisie selbst nach dem Massaker unter den Shanghaier Arbeitern erklärt. Während jedoch die inneren ökonomischen Schwierigkeiten die Stalinfraktion zu einer Fortsetzung des engen Bündnisses mit der Kuomintang veranlaßten (wobei jedoch — um den Einwänden der Linken zuvorzukommen — ständig auf den zeitweiligen Charakter dieser Verbindung hingewiesen wurde), sahen Zinov'ev und Trotzkij gerade in der Unterstützung der Arbeiter und Bauern in ihrem Kampf gegen die nationale und internationale Bourgeoisie die sicherste Hilfe für Sowjetrußland.

Trotzkijs Kritik setzte an Stalins Einschätzung des Verlaufs der chinesischen Revolution an. Während Stalin von einer stufenlosen Entwicklung sprach, in der keine historische Periode „übersprungen" werden durfte, vertrat Trotzkij die Ansicht, daß die revolutionäre Entwicklung sich nicht in einem Schema von Stufen und Etappen erfassen lasse. Der

[9] Vgl. dessen „Thesen über die chinesische Revolution", in: L. Trotzkij, Problems of the Chinese Revolution, New York 1966, S. 313 bis 381. Siehe auch P. Broué, La Question Chinoise dans l'Internationale Communiste, Paris 1966, S. 87 bis 138.

Prozeß der chinesischen Revolution sei schon viel weiter fortgeschritten als es die russische Parteidiskussion wahrhaben wolle[10]. Trotzkij stimmte zwar mit Stalin darin überein, daß China zunächst vor einer bürgerlichen Revolution stehe[11]. Er betonte jedoch immer wieder, daß die nationale Bourgeoisie der kolonialen und halbkolonialen Länder nicht imstande ist, ihre historische Aufgabe zu erfüllen. Durch ihre soziale Stellung ist sie gezwungen, mit den Feudalherren und den ausländischen Imperialisten Bündnisse einzugehen, weil in ihrem Rücken das städtische Proletariat zu sozialistischen Forderungen drängt und somit ihre gesellschaftliche Position aushöhlt. Obwohl der Imperialismus als der Feind der gesamten chinesischen Nation auftritt, kann der nationale Befreiungskampf die sozialen Antagonismen nicht verdecken[12]. Stalin dagegen vertrat den Standpunkt, daß in dem gegenwärtigen bürgerlichen Stadium der Revolution die chinesischen Kommunisten ein Bündnis der Arbeiterklasse und Bauernschaft mit dem Kleinbürgertum und der nationalen Bourgeoisie herzustellen hätten. Dieser „Block der vier Klassen" sollte die vorrangigen Aufgaben in China — nationale Einigung sowie politische und ökonomische Unabhängigkeit — lösen. Obwohl betont wurde, daß dieses Bündnis nur so lange bestehen darf, bis die Zeit „reif" für eine sozialistische Umwälzung geworden ist, so richteten sich die Direktiven des EKKI doch allein nach den „Notwendigkeiten" der bürgerlichen Phase der Revolution. Selbst als die Bourgeoisie ihre politischen Ziele im April 1927 klar aufgedeckt hatte, hoffte Stalin noch darauf, daß sich die „linke Koumintang" an die Spitze der nationalrevolutionären Bewegung stellen werde[13]. Den verschiedenen Beschlüssen der KPCh, aus der Kuomintang auszutreten, hat sich die Sowjetführung mit Hilfe der Autorität der KI stets wiedersetzt, und die Angst, die nationale Bourgeoisie als Bündnispartner zu verlieren, hat schließlich zu der ungeheuren Niederlage vom Frühjahr 1927 geführt. Obwohl bereits nach dem Kantoner Staatsstreich Tschiang Kai-scheks im März 1926 dessen politische Absichten in China allgemein bekannt waren, scheint die Nachricht von diesem zweiten Putsch in Moskau völlig überrascht zu haben. Die Stalin-Fraktion konnte ihre Politik nur noch mit der zynisch anmutenden Feststellung rechtfertigen, daß die Ereignisse in China doch die Richtigkeit der bisherigen Taktik bestätigt hätten. Trotzkij antwor-

[10] Trotzkij, Problems, aaO, S. 46.
[11] aaO, S. 103 f.
[12] Ebenda S. 27
[13] Die chinesische Frage, aaO, S. 57 bis 74. Vgl. auch Stalins Aufsatz zu diesem Problem im 8. und 9. Bd. seiner »Werke".

tete hierauf jedoch fast nur mit persönlichen Anschuldigungen. Nun behauptete er, daß die KPCh den Kampf gegen die Bourgeosie von Anfang an mit aller Entschlossenheit hätten führen müssen; andererseits befürwortete er aber ein Bündnis mit der „wirklich revolutionären Kuomintang“ [14]. Somit vermochte er es nicht, eine politische Alternative zu dem eingeschlagenen Kominternkurs aufzuzeigen, denn der Kern der Stalinschen Politik auf dem VIII. Plenum des EKKI bestand ja gerade in einer Fortführung des Bündnisses mit der „linken Kuomintang“. Der Unterschied zwischen beiden Positionen lag nur noch darin, daß Trotzkij diesen linken Flügel der Kuomintang erst „von reaktionären Elementen säubern werde [15]; allein von personellen Veränderungen erhoffte er sich bereits eine Linksschwenkung der KMT.

Mit dem Ausschluß Trotzkijs aus der Partei und seiner Verbannung nach Alma Ata profilierte sich seine Stellungnahme. Nun versuchte er, die Klassenverhältnisse in der chinesischen Revolution mit der Theorie der permanenten Revolution zu erklären. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Trotzkij gezögert, im Rahmen seiner Theorie zu diskutieren, die ihm seit den Parteikontroversen von 1923/24 immer wieder den Vorwurf des Antileninismus einbrachte. Hatte sich diese Konzeption nach der Revolution von 1905 in der Hauptsache gegen die mechanistische Geschichtsinterpretation gerichtet, wie sie die Menschewiki und zum Teil sogar Lenin vertraten [16], so sollte sie nun Stalin, der seine Beurteilung der chinesischen Frage gerade mit der Leninschen Position von 1905 zu untermauern suchte, des Menschewismus überführen und die eigene theoretische Übereinstimmung mit dem Lenin der Aprilthesen beweisen. Doch während Trotzkij nach 1905 aus den Erfahrungen des Revolutionsjahres und dem gesamten ihm damals verfügbaren sozialhistorischen Material die sozialistischen Perspektiven einer künftigen Revolution in Rußland entwickelte, konnte er sich nun bei der Einschätzung der chinesischen Ereignisse nicht von dogmatischen Setzungen und einfachen Projektionen der russischen Verhältnisse freimachen. Dies zeigte sich besonders deutlich an seiner Interpretation der Rolle der Bauernschaft in der Revolution und der Möglichkeiten eines Partisanenkampfes. In China hatte die Bauernbewegung weite Teile des Landes erfaßt. Ihre Organisationen

[14] Trotzkij, Problems, aaO, S. 60 und 95.
[15] Ebenda S. 50.
[16] Ergebnisse und Perspektiven, aaO, S. 72

zählten in den einzelnen Provinzen Millionen von Mitgliedern[17]. Nach den ungeheuren Verlusten der Arbeiterschaft durch Tschiang Kai-scheks Gegenrevolution waren Zehntausende von Bauern in die Kommunistische Partei geströmt. In dieser Entwicklung sah Trotzkij lediglich einen Hinweis auf den Verfall der Partei[18]. Nach seiner Konzeption war die Bauernschaft prinzipiell unfähig, eine selbständige Rolle in der Revolution zu spielen, „mit eigenen Mitteln und unter eigener Führung ihr eigenes historisches Problem zu lösen“[19]. Politisch orientierungslos, müsse sie sich entweder der Bourgeoisie oder dem Proletariat unterordnen. Angesichts der rapiden Verschärfung der Klassengegensätze in der chinesischen Gesellschaft sei sie aber noch viel weniger fähig, eine führende Position zu übernehmen als die russische Bauernschaft 1917[20]. Trotzkij verglich die Gesellschaftsstruktur Chinas mit den Verhältnissen des Zarenreiches: Eine schwache nationale Bourgeoisie kämpft im Verein mit den einheimischen Großgrundbesitzern und den ausländischen Kapitalherren gegen das Proletariat, noch bevor sie die Überreste des Feudalismus beseitigt und bürgerliche Freiheiten verwirklicht hat. Ihr sozialer Gegner, die Industriearbeiterschaft, ist auf wenige Städte konzentriert und entwickelt durch die extremen Ausbeutungsmethoden ein ausgeprägtes Klassenbewußtsein. Zwischen diesen sozialen Fronten steht das riesige Heer der Bauern, die gegen die feudalen Abhängigkeitsverhältnisse auf dem Land rebellieren. Trotzkijs Vergleich mußte aber formal bleiben, solange er nicht auf die historische Eigenart der chinesischen Bauernbewegung einging. Gerade infolge der von ihm selber diagnostizierten Zuspitzung der gesellschaftlichen Konflikte, des immer drückender werdenden Steuer- und Pachtsystems und der eigentümlichen Verflechtung von feudalen und kapitalistischen Exploitationsmethoden hatten die chinesischen Bauern, die in äußerst armseligen Verhältnissen lebten und noch viel weniger als in Rußland den Status von Kleineigentümern besaßen, keine andere Alternative, als sich mit den politischen Zielen des Proletariats zu identifizieren. Nach den Niederlagen der Industriearbeiterschaft in Shanghai und Kanton verstärkte sich im Verlauf der sozialen Auseinandersetzungen noch das spezifische Gewicht der Bauernbewegung, die in China bei der ausgeprägten Vorherrschaft agrarischer Strukturen in weit höherem Maße

[17] In der Provinz Honan hatten diese Bauernorganisationen 5,2 Mio Mitglieder; in Hupeh waren es 1,7 Mio, in Kwantung 1,2 Mio und in Hunan annähernd 2 Mio. (Nach: Die chinesische Frage, aaO, S. 117).

[18] Trotzkij, Problems, aaO, S. 160.

[19] L. Trotzkij, Die Permanente Revolution, Ffm. 1930, S. 76.

[20] Trotzkij, Problems, aaO, S. 133.

das Schicksal der Revolution bestimmte als in Rußland. In dieser Lage gab es für die Bauernschaft keine andere Möglichkeit, als eben „unter eigener Führung ihr eigenes historisches Problem zu lösen". Das Agrarproblem hatte in China aufgehört, eine bloß soziale Frage zu sein; Voraussetzung für seine Lösung war die Eroberung der politischen Macht im Rahmen einer „Diktatur des Proletariats". Tatsächlich breiteten sich die Bauernaufstände nach 1927 unter der Losung „Alle Macht den Arbeitern und Bauern" über weite Teile Südchinas aus. In vielen Bezirken der Provinz Hunan hatten Dorfkomitees, die in ihrer Struktur und Funktion mit Bauernsowjets zu vergleichen sind, die Macht übernommen. Die Tätigkeit dieser Bauernverbände beschränkte sich nicht allein auf die Lösung der dringendsten sozialen Probleme wie Landaufteilung und Neuregelung des Pachtzinses, sie übernahmen auch nach der Vertreibung der Gutsbesitzer die Gemeindeverwaltung und die Gerichtsbarkeit. Zweifellos unterschätzte Trotzkij die soziale und politische Kraft dieser Rätebewegung unter der armen Bauernschaft[21]. Noch in einem Aufsatz von 1930, als sich bereits die erste chinesische Sowjetrepublik bildete, die dann im folgenden Jahre von Mao Tse-tung proklamiert wurde, schrieb er: „Zu denken, daß die Bauernschaft fähig ist, ihre Sowjetregierung u n a b h ä n g i g zu schaffen, heißt an Wunder glauben. Es würde dasselbe Wunder bedeuten, sollte eine Rote Armee der Bauern geschaffen werden."[22] Beides war jedoch bereits verwirklicht worden. Mit der Bildung von Dorfkomitees und der Aufstellung eines Partisanenheeres hatte die chinesische Bauernschaft ihre politische Mündigkeit bewiesen. Bauernsowjets und „Guerillaabenteuer" sah Trotzkij nur als Produkte der kleinbürgerlich-bürokratischen Politik Stalins an. Nun waren die Direktiven, die Stalin und die KI den chinesischen Kommunisten gaben, äußerst verhängnisvoll; die sowjetische Parteiführung glaubte, die revolutionäre Bewegung unmittelbar durch Beschlüsse des EKKI steuern zu können. Trotzkij verfällt aber seinerseits ebenfalls einer voluntaristischen Anschauung, wenn er alle Ereignisse in China als bloße Folgen der Stalinschen Politik ansieht. Ebenso widerspruchsvoll wie die Beurteilung der Bauern-

[21] Zu den Bauernkomitees vgl. bes. das Buch „Räte — China — Dokumente der chinesischen Revolution", Moskau/Leningrad 1934.
[22] Trotzkij, Problems, S. 305.
Diese Fehleinschätzung ist später von den meisten Anhängern Trotzkijs übernommen worden; so erklärte das „Provisorische Internationale Sekretariat der Kommunistischen Opposition" im September 1930, daß in China „auch die revolutionärste Bauernschaft unfähig ist, eine unabhängige Regierung zu schaffen. Sie kann nur die Herrschaft der einen oder anderen Klasse unterstützen, die sich in den Städten etabliert hat". (La Verité vom 12. 9. 1930, abgedruckt bei P. Broué, aaO, S. 344).

bewegung waren schließlich seine Prognosen, die er nach 1927 den chinesischen Revolutionären stellte. In der Theorie der permanenten Revolution hatte er nachgewiesen, daß es unter den Entwicklungsbedingungen der rückständigen, imperialistisch beherrschten Länder nur die historische Alternative: Diktatur des Proletariats oder konterrevolutionäre Diktatur der feudal-kapitalistischen Ausbeuterklassen geben kann. Aber lange nachdem Tschiang Kai-schek mit seinen Vernichtungsfeldzügen gegen die städtische Arbeiterschaft und die aufständischen Bauern den wahren sozialen Inhalt seiner Herrschaft aufgedeckt hatte, hielt Trotzkij noch eine bürgerliche Demokratie mit der Ausbildung eines parlamentarischen Parteiensystems für möglich[23]; weder das Regime Tschiangs noch die revolutionären Bauernsowjets entsprachen jedoch diesen Vorstellungen.

[23] Trotzkij, Problems, aaO, S. 189 bis 191 und passim.

Rezension

GarAlperowitz

Atomare Diplomatie — Hiroshima und Potsdam

Verlag Rütten und Loening, München 1966

Auf der Grundlage einer systematischen Durchsicht der außenpolitischen Dokumente des ersten halben Jahres der Regierung Harry S. Truman (April—Oktober 1945) und der Auswertung bisher unveröffentlichter Quellen (Tagebücher des Kriegsministers H. L. Stimson, des Admirals W. D. Leahy, des Unterstaatssekretärs J. C. Grew u. a.) gelangt A. zu einer grundlegenden Neubewertung des Auseinanderbrechens der Kriegskoalition der Alliierten und der Anfänge des Kalten Krieges nach der Kapitulation des Dritten Reiches. Der amerikanische Wissenschaftler weist für diese kurze Zeitspanne — in der nach seiner Ansicht auf recht einseitige Weise die Grundstrukturen des Ost- West-Konfliktes geschaffen worden sind — überzeugend nach, daß es das Bewußtsein ihres Atomwaffenmonopols war, welches die Regierung der USA ihrer offensiven außenpolitischen Strategie nach dem Kriegsende in Europa zugrundelegte. Nach A. spricht zunächst eine ganze Reihe von Gründen dagegen, daß die Bombe aus militärischen Erwägungen heraus eingesetzt wurde: bereits längere Zeit vor Hiroshima war der amerikanischen Regierung die unbedingte Bereitschaft Japans zur Kapitulation bekannt, das schon im Frühjahr 1945 den größten Teil seiner Flotte und Luftwaffe verloren hatte und seither pausenlosen Bombenangriffen ausgesetzt war. Übereinstimmend haben damals Eisenhower, Marshall, Leahy, MacArthur und andere Generäle sowie das Strategische Bomberkommando erklärt, daß zu diesem Zeitpunkt der Abwurf „dieses fürchterlichen Dinges" (Eisenhower) „vollkommen unnötig" gewesen sei. Allgemein glaubte man in den USA, daß allein schon die Kriegserklärung der Sowjetunion Japan zur endgültigen Kapitulation zwingen würde. Die von Truman eingeleitete „atomare Diplomatie" wollte jedoch gerade dieses —

in Jalta vereinbarte — sowjetische Eingreifen auf dem fernöstlichen Kriegsschauplatz verhindern oder hinauszögern, damit sich in Japan, China und der Mandschurei der amerikanische Einfluß konsolidieren könnte. „Amerikas Bombe traf Japan, um Rußland zu beeindrucken" — so lautet A's Generalthese. Seitdem Truman Ende April darüber informiert war, daß die USA über eine völlig neuartige Waffe verfügten und besonders nach ihrem erfolgreichen und alle Erwartungen übertreffenden Einsatz auf dem amerikanischen Versuchsgelände (16. Juli) hatte er den Unterhändlern Tschiang Kai-scheks in Moskau — was Konzessionen gegenüber der SU anläßlich ihres Kriegseintritts anging — immer wieder einen möglichst „harten Kurs" empfohlen. Durch den Abwurf der Bombe wurde nun die Sowjetunion gezwungen, der alleinigen Kontrolle der USA über Japan zuzustimmen und darüber hinaus noch in den Fragen des Rückzuges der Roten Armee aus den von ihr besetzten Gebieten, der mandschurischen Eisenbahnen, der Hafenstadt Dairen und der Unterstützung der KPCh der chinesischen Nationalregierung Konzessionen zu machen. Darüberhinaus hatte sie die amerikanische Politik der „Offenen Tür" in China zu tolerieren; die mandschurischen Demontagen stellen so einen Versuch der SU dar, die ihr im Fernen Osten oktroyierten Bedingungen zu kompensieren. — Das „völlig neue Selbstvertrauen" (Truman), das die Außenpolitik der USA durch die Existenz der neuen Waffe gewann, äußerte sich nicht nur auf dem asiatischen Kriegsschauplatz; „das Wissen um die Gewalt der Atombombe", so drückte es der amerikanische Kriegsminister Stimson aus, „verbindet sich mit unseren Handlungen auf allen Gebieten". Besonders im osteuropäischen Bereich ist die außenpolitische Generaloffensive der USA zur Rückeroberung des Terrains, das der II. Weltkrieg ihrem politischen und wirtschaftlichen Einfluß entzogen hatte, zu spüren. Die „Leih- und Pachthilfe" für die SU, den Verbündeten, der am schwersten von den Kriegseinwirkungen betroffen war, wurde mit der erklärten Absicht gestrichen, die außenpolitische Position Rußlands zu schwächen und seine inneren Schwierigkeiten zu vergrößern. In Rumänien wurden die konservativen oppositionellen Strömungen unter der König Michael gegen die den Sowjets freundliche Politik der Nationaldemokratischen Front Petru Grozas, die im März 1945 eine Bodenreform eingeleitet hatte, gestärkt. In Bulgarien wurde die mit der SU zusammenarbeitende Regierung der Vaterländischen Front, die in den Novemberwahlen 90 Prozent aller Stimmen erhalten sollte, von den USA nicht anerkannt. Stattdessen versuchten sie, in einem „diplomatischen Großeinsatz" unter Umgehung der Waffenstillstandsbedingungen durch eine Regierungsumbildung und die Unterstützung der Agrarpartei Petrovs mit den Interessen der Privatwirtschaft auch den eigenen Einfluß abzusichern. In Ungarn bringt die amerikanische und britische Unterstützung der Partei der Kleinlandwirte eine Niederlage der Kommunisten mit sich. Durch eine Flottendemonstration in der nördlichen Adria wird Tito gezwungen, die westliche Kontrolle über Triest anzuerkennen. Auch in der polnischen

Frage richtet sich das Interesse des amerikanischen Präsidenten darauf, die Vorschläge seiner Berater zu befolgen, nämlich der SU mit „der Bombe ... unsere eigenen Bedingungen zu diktieren" (257). Während der Verhandlungen von Potsdam, die Truman bis zur ersten Erprobung der Bombe zweimal hinauszuzögern verstand, wurde er laufend durch Spezialkuriere über die Fortschritte des amerikanischen Atomprojektes unterrichtet, welche die Grundlage für die von Beginn an unnachgiebige Haltung gegenüber dem russischen Verbündeten bildete. Der erste Atombombentest, so notierte Stimson in seinem Tagebuch, „bedeutete den psychologischen Wendepunkt der Konferenz". Die Ziele Trumans auf dieser Konferenz, eine „zufriedenstellende Regelung" der Verhältnisse in Osteuropa sowie die „Eindämmung" des sowjetischen Einflusses, wurden von Churchill unterstützt, der, wie Lord Alanbrook kommentierte, sich damals „bereits fähig sah, alle russischen Zentren der Industrie zu eliminieren ... Er hatte sofort ein wunderbares Bild von sich selbst als alleinigem Besitzer dieser Bomben entworfen, die er werfen konnte, wo er wollte, und so allmächtig und in der Lage war, Stalin etwas zu diktieren." (170). In Potsdam erklärten sich Churchill und Truman, der kurz vor seinem ersten Zusammentreffen mit der Sowjetdelegation erklärte, daß er mit der Bombe „einen Knüppel für diese Jungens" (144) haben werde, mit zahlreichen Regelungen der Konferenz von Jalta nicht mehr einverstanden und erreichten vor allem eine Revision der für die SU so entscheidenden Reparationsfrage sowie des damaligen Beschlusses, die Industrie des Ruhrgebiets einer internationalen Kontrolle zu unterwerfen. Die Regierungen der USA und Großbritanniens hielten das noch von Roosevelt vertretene Prinzip einer „industriellen Abrüstung" Deutschlands für veraltet: Selbst ein industriell wiedererstarktes Deutschland könne bei dem Atomwaffenmonopol der USA dem Westen nie wieder militärisch gefährlich werden, und zudem sei die Stärkung der deutschen Wirtschaft die beste Garantie für die Abwehr der „kommunistischen Gefahr" in Europa. Diese Potsdamer Offensiven auf dem Hintergrund des amerikanischen Atomwaffenmonopols könne ein neues Licht auf die spätere Politik der Westmächte werfen, in möglichst kurzer Zeit mit dem industriellen Potentials Westdeutschlands auch dessen überkommene Wirtschaftsstruktur zu restaurieren. Für das Verständnis der tatsächlichen Ursachen des Ost-West-Konfliktes wäre es weiter notwendig, A's Untersuchung — nach der es vor allem die weltweite atomare Strategie der USA war, die den Kalten Krieg eingeleitet hat, während sich die im Weltkrieg furchtbar geschwächte Sowjetunion gegenüber dieser ausgreifenden Politik zunächst immer nur reaktiv verhalten konnte — chronologisch fortzuführen. A's These von der dominierenden Rolle der amerikanischen Atombombe in der internationalen Arena nach 1945 könnte auch die auffällige Zurückhaltung der SU bei der Unterstützung der revolutionären Prozesse in Westeuropa (Frankreich, Italien, Griechenland etc.) erklären helfen.

Gert Meyer

Bertram D. Wolfe

Lenin, Trotzkij, Stalin. Drei, die eine Revolution machten. Eine biographische Geschichte.

Louis Fischer

Das Leben Lenins.

Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln/Berlin 1965

Aus der Vielzahl der im Westen erscheinenden Literatur über Lenin und die russische revolutionäre Bewegung ragen die Bücher Wolfes und Fischers — beide können auf ihrem Gebiet bereits als Standardwerke gelten — schon allein durch ihren Materialreichtum hervor. Die Verfasser haben neben den — mittlerweise auf fünf angewachsenen — russischen Gesamtausgaben der Werke Lenins seinen in den Lenin-Sammelbänden veröffentlichten handschriftlichen Nachlaß sowie vor allem die umfangreichen Archive in den USA als Quellengrundlage benutzt; hinzu kamen die in ihrer Fülle kaum mehr überschaubare Memoirenliteratur und zahlreiche Interviews mit noch lebenden Zeitgenossen Lenins. Wolfe hat bei seinen früheren Rußlandbesuchen noch Trotzkij, Bucharin, Stalin und andere Revolutionsführer kennengelernt; Fischer nahm als Mitarbeiter der New Yorker Evening Post am IV. Kongreß der KI teil und hat noch Lenin selber gekannt; in den zwanziger Jahren erhielt er von A. Joffe, K. Radek, G. Tschitscherin, Ch. Rakovskij u. a. wertvolle Dokumente zur Geschichte der Partei und des Sowjetstaates.

Wolfes Darstellung, die leider größtenteils auf spezielle Literaturnachweise verzichtet, endet mit dem Ausbruch des I. Weltkrieges; sie verfolgt die Geschichte der russischen Sozialdemokratie anhand der Biographie Lenins, wobei auch kurz die Lebensläufe Trotzkijs und Stalins eingeblendet werden. Obwohl seit dem Er-

scheinen der ersten deutschen Ausgabe seines Buches 1950 für zahlreiche Einzelfragen genauere Spezialuntersuchungen vorliegen — hier wären vorab die bekannten Biographien I. Deutschers, die Arbeiten von R. Pipes (Social Democracy and the St. Petersburg Labor Movement 1885—1897, Cambridge 1963) und D. Geyer (Lenin in der russischen Sozialdemokratie 1890—1903, Köln / Graz 1962) zu nennen — behält Wolfes Buch doch seine Bedeutung. Das Leben in der Familie des 1874 für seine Verdienste um das Schulwesen im Gouvernement Simbirsk in den Adelstand erhobenen Ilja N. Ul'janov und seiner deutschstämmigen Frau Maria A. Blank; die Schulzeit auf dem Gymnasium, dessen Direktor der Vater des späteren Ministerpräsidenten der Provisorischen Regierung A. Kerenskij war; das Verhältnis zu seinem im Mai 1887 wegen eines versuchten Zarenattentats gehenkten älteren Bruders Alexander (der übrigens zu jener Zeit schon teilweise mit den Theorien der Volkstümler gebrochen und sich nach der Lektüre des „Kapitals" und seiner Übersetzung der „Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie" ins Russische dem Marxismus zugewandt hatte); die Studienzeit in Kazan'; der mißglückte Versuch der Ul'janovs, nach dem Tode Iljas und Alexanders einen Gutshof zu bewirtschaften; die Zeit als Rechtsanwaltanwärter in Samara — dies alles wird von Wolfe ebenso detailliert beschrieben wie die nun folgende Auseinandersetzung des jungen Lenin mit den Narodniki, seine Rolle im „Petersburger Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse", die schließliche Verhaftung, Verurteilung und Verbannung nach Sibirien. — Die Schilderungen der Ereignisse nach dem II. Parteitag der SDAPR sind deshalb von besonderem Interesse, weil sie zeigen, in welch geringem Maße sich Lenins Vorstellungen einer straff zentralisierten Partei von Berufsrevolutionären nur haben verwirklichen können: auf den folgenden Parteitagen war die bolschewistische Fraktion oft in der Minderheit; an den Grenzen wurde ein Großteil der illegalen Literatur beschlagnahmt (in der Regel erreichte nur etwa ein Zehntel der verschickten Broschüren, Zeitschriften und Briefe ihren Bestimmungsort; der zaristischen Geheimpolizei gelang es sogar, ihre Mitglieder in die Partei- und Arbeiterorganisationen einzuschleusen (vgl. die spannenden Abschnitte über den Subatovschen „Polizeisozialismus", die Doppelrollen des Priesters G. Gapon und des Agenten R. Malinovskijs, der lange Zeit hindurch Mitglied des ZK der bolschewistischen Fraktion war). Die Partei, deren Fraktionsstreitigkeiten den breiten Arbeitermassen in Rußland weitgehend unverständlich blieben, hatte nur einen äußerst geringen Einfluß auf die Streikbewegung zu Beginn dieses Jahrhunderts, die in der Revolution von 1905 ihren Höhepunkt erreichte. Wolfe hebt mit Recht hervor, daß es 1905 die Menschewiki waren, deren Aufruf zur Bildung von „breiten überparteilichen revolutionären Selbstregierungen" (P. Axelrod) den neuen Organisationsformen des russischen Industrieproletariats, den Sowjets, theoretisch entgegenkamen und die auch in der praktischen Arbeit oft größere Erfolge aufweisen konnten als Lenins Fraktion (näheres hierzu bei O.

Anweiler, Die Rätebewegung in Rußland 1905—1921, Leiden 1958). Noch geringeren Einfluß auf die Verhältnisse in Rußland hatten die Bolschewiki schließlich nach dem Abklingen der revolutionären Welle; Wolfe zitiert einen späteren Ausspruch Zinov'evs, daß die „Partei in dieser unglücklichen Periode als Organisation zu existieren aufgehört hatte" (614). Er geht den Versuchen der einzelnen Emigrantenfraktionen nach, ihre politische Erfolglosigkeit zu kompensieren und beschreibt die allgemeine Tendenz, sich aus dem Bereich der Politik in die Ästhetik, Religion, Philosophie oder auch Pornographie zurückzuziehen oder eine bürgerliche Karriere zu beginnen. Die Selbstmordraten unter den Emigranten steigen; im Zarenreich sinken die illegalen Parteizellen oft ins Banditentum ab. Selbst Lenin, der in dieser Zeit als einer der wenigen seine politische Identität zu bewahren weiß und unentwegt gegen Deformierungen der Marxschen Theorien zu Felde zieht, kann sich nicht immer der um sich greifenden Resignation entziehen („Ich weiß nicht, ob ich das nächste Anschwellen der Flutwelle erleben werde"). Wolfes Darstellung endet mit Lenins Verhaftung in Galizien und seiner Ausweisung aus Österreich im Sommer 1914; bei der allgemeinen Furcht vor Spionage angesichts der vorrückenden russischen Armeen hätte es damals leicht zu einer Lynchaktion kommen können („Die Bauern eilten zur Polizei, um über den untersetzten kahlköpfigen Russen zu berichten, der immer auf den Höhen herumstieg, ‚die Straßen beobachtete' und sich in einem kleinen Notizbuch Aufzeichnungen machte" — 767). — Die Schwächen des Buches liegen darin, daß es immer dann, wenn es die Basis der historischen Quellen verläßt und sich zu allgemeineren Betrachtungen über die Zukunft und die Ergebnisse des Bolschewismus in Rußland aufschwingt, zu ideologischen Interpretationen neigt; es benutzt dann so wenig verläßliche Kategorien, wie die „Bösartigkeit", die „Erbarmungslosigkeit" von „Machtmenschen" etc. (vgl. etwa die Einleitung). Auch manche kritisch gemeinten Seitenhiebe auf die Theorie des historischen Materialismus verfehlen ihr Ziel — etwa wenn gesagt wird, daß „der russische Staat — schon lange bevor noch vom Sozialismus eines Karl Marx die Rede war — zum größten Landbesitzer ... und größten Kapitalisten in Rußland und der Welt wurde." (30). Wann hat Marx den zaristischen Staat mit dem Sozialismus verwechselt?

Auch Fischer zieht zuweilen in seinem Werk, das vor allem die Zeit nach 1917 zum Gegenstand hat und so die Darstellung Wolfes chronologisch fortführt, den „Machthunger" (793) der Bolschewiki und ihre „Lust zu herrschen" (238) heran, um die allmähliche Abkehr der Revolution von ihren ursprünglichen Zielen zu „erklären". Fischer erliegt manchmal einer Gefahr, der sich jede Biographie aussetzt, nämlich den Wirkgrad ihrer Hauptfigur zu überschätzen und die reale Geschichte nur noch als Ausfluß ihres Willens und ihrer Direktiven anzusehen. So stimmt es nicht, daß Lenin „im Jahre 1917 die russische Politik (spaltete) und die Macht zwischen der Kerenskij-Regierung und den Sowjets aufteilte, bis die Sowjets die Regierung

stürzten" (239) — die „Doppelherrschaft" war bereits eine Tatsache, als Lenin noch in Zürich saß und hier vom Ausbruch der Revolution überrascht wurde. Wenn es heißt, daß Lenin, „noch ehe sich die erste kapitalistisch-demokratische Revolution durchgesetzt hatte, die zweite, antikapitalistische, antidemokratische Revolution in Gang setzte und damit beide ruinierte"'(671), so ist zu dieser dem theoretischen Arsenal der Menschewiki entlehnten Auffassung zu bemerken, daß sich Revolutionen nicht durch Beschlüsse ihrer Anführer in Gang setzen lassen; außerdem war es gerade Lenin, der bis zum Sommer 1918 die Arbeiter in den Fabriken immer wieder zur Mäßigung bei ihren antikapitalistischen Expropriationen aufgerufen hat (vgl. R. Lorenz, Anfänge der bolschewistischen Industriepolitik, Köln 1966 und den Beitrag von U. Brügmann in diesem Heft). — So entscheidend die Rolle Lenins bei der Abwehr der Restaurationsversuche im Bürgerkrieg war, so sehr bedeutet es eine Überschätzung seines Einflusses und eine Unterbewertung der Spontaneität der revolutionären Massen, wenn es heißt: „Wollte man den Sieg der Sowjets in diesem Bürgerkrieg in ein Wort fassen, so hieße es ‚Lenin' ... Er führte den Befehl über die Armee, leitete die Wirtschaft und regierte den Staat, während er ihn gleichzeitig von Grund auf neu aufbaute" (304 f.). Weiter war es nicht die „Torheit" (638) Lenins, die in den Arbeiterparteien des Westens auf eine Spaltung drängte. Gerade an dem von Fischer angeführten Beispiel der Italienischen Sozialistischen Partei läßt sich zeigen, daß bereits lange vor dem Eingreifen Lenins und der KI der Ausschluß des reformistischen Flügels bzw. die Abspaltung der kommunistischen Fraktionen als unvermeidbar angesehen wurde (vgl. H. König, Lenin und der italienische Sozialismus 1915—1921, Tübingen 1967); die Verschärfung der Aufnahmebedingungen zur KI wurde 1920 gerade von nichtrussischer Seite, von Bordiga nämlich, durchgesetzt. Bei der Beschreibung der Rolle der Internationale kann sich Fischer nur selten von den herkömmlichen Schablonen befreien; die Abhängigkeit der KI von Moskauer Direktiven war keineswegs von Anfang an das bestimmende Merkmal ihrer Politik. Überhaupt liegen die größten Mängel dieses Buches in der Darstellung der theoretischen Konzeptionen Lenins und der Bolschewiki, insbesonddere ihrer Theorie des Imperialismus und der Weltrevolution sowie ihrer Auffassung vom Staat. Bei der Untersuchung des ersten Problems benutzt Fischer fast durchweg das Vokabular der Moraltheologie. In der Imperialismusschrift (den entscheidenden Einfluß N. Bucharins auf die Gedanken dieses Werkes wie auch auf „Staat und Revolution" läßt Fischer unerwähnt), die „noch immer eine vielbenutzte Waffe im missionarischen Arsenal des Weltkommunismus" sei, ein integraler Bestandteil des „alten marxistischen Evangeliums", habe Lenin das „Verdammungsurteil" über die neueste Etappe des Kapitalismus gesprochen bei ihrer Konzipierung habe „der Wunsch des Eiferers, nicht der sorgfältige Schluß des Wissenschaftlers" Pate gestanden (125, 131, 265). Heute im Zeitalter der „Entwicklungshilfe", der „technischen Revolution" und des „höheren Lebensstandards für alle"

sei sie vollends obsolet (135 f.). — Was den Charakter des Staates angeht, so meint Fischer, daß er — weit davon entfernt, die Interessen der herrschenden gesellschaftlichen Klassen mit politischen und administrativen Mitteln zu verteidigen und durchzusetzen — vor allem „das gemeinsame nationale Interesse, das Interesse der Gesellschaft wahrt und die aufeinanderprallenden Kräfte um des gemeinsamen Wohles willen zu versöhnen sucht" (149, ähnlich 319). Lenin sei vorzuwerfen, daß er dies nicht erkannt habe und darüberhinaus die in „Staat und Revolution" geäußerten Ideen der freien Selbstverwaltung der riesigen Mehrheit der Bevölkerung bei gleichzeitiger Unterdrückung der früher herrschenden Klassen, Ideen, die ohnehin als „nicht-marxistisch" (157), „unleninistisch" (ebenda) und „halbanarchistisch" (324) zu gelten haben, in der Folgezeit „zum alten Eisen geworfen" habe („Lenin ... ließ seine Theorie über das Absterben des Staates fallen" — 158, 449). Wahr ist jedoch, daß Lenin immer wieder von der Notwendigkeit gesprochen hat, den staatlichen Repressionsapparat schrittweise abzubauen, damit die Diktatur des Proletariats „immer milder" werden könne; Voraussetzung sei allerdings die Wiederherstellung der durch Bürgerkrieg, Intervention und Blokkade zerstörten Wirtschaft und besonders des Warenaustausches zwischen Stadt und Land (vgl. etwa die Vorlesung „Über den Staat" Juli 1919; das Interview mit der Anarchistin E. Goldman vom Frühjahr 1920 (E. Goldman, My Disillusionment in Russia, London 1925, S. 33 f.); seine Reden auf dem VIII. Sowjetkongreß im Dezember 1920 und besonders den „Plan zur Broschüre über die Naturalsteuer" vom März 1921, wo er es als eine der zentralen Aufgaben der neuen Wirtschaftspolitik ansieht, mit dem Industrieaufbau und der Wiederherstellung der Warenzirkulation die Prinzipien von „Staat und Revolution" zu realisieren.) Fischer selber konstatiert, daß sich auch während der schrecklichsten Bedrängung der Sowjetmacht im Bürgerkrieg demokratische Prinzipien in weitest möglichem Umfang zur Anwendung kamen: „Nicht nur die Sowjets waren demokratisch, auch die Partei war es" (267); die damaligen Diskussionen waren „von einer erstaunlichen Offenheit" (712). Somit widerlegt sich der Verfasser auch selbst, wenn er bemerkt, daß die Errungenschaften von 1917 in den folgenden Jahren „bloß auf dem Papier, in Dekreten standen, aber es sie im Leben nicht gab" (671). Schließlich noch zwei weitere Anmerkungen: Trotzkij hat nicht, entgegen einer weitverbreiteten Auffassung, bereits im Februar 1920 die Abschaffung des „Kriegskommunismus" befürwortet (472, 713); er wollte durchaus das staatliche Getreidemonopol beibehalten und die Bauernschaft nur durch ein differenzierteres Naturalprämiensystem zur Ausweitung ihrer Anbauflächen anreizen; Äußerungen vom Sommer 1920 bezeugen, daß er auch die weiterhin durgeführten Zwangsrequisitionen auf dem Lande nicht ablehnte. — Die Positionen Trotzkijs und Lenins in der Gewerkschaftsdiskussion lasen sich nicht auf die Formel „Macht für die Arbeiter unter dem Sozialismus oder bürokratische Diktatur" (542) bringen. Gerade in Lenins Thesen nahm der Kampf gegen bürokratische Auswüchse einen breiten Raum

ein, während die 1920 von Trotzkij propagierten administrativ - militärischen Zwangsmethoden an der „Arbeitsfront" allgemein verhaßt waren. Von allen damals eingebrachten Vorschlägen über die zukünftige Rolle der Gewerkschaften ließ ihnen doch gerade Trotzkijs Plattform den geringsten Spielraum. — Trotz dieser offensichtlichen Mängel der Biographie Fischers muß man den Rezensenten zustimmen, die in ihr die materialreichste Darstellung des Leben Lenins in der russischen Revolution sehen, die bisher im Westen erschienen ist. Auf dem Hintergrund einer erstaunlichen Fülle von Einzelheiten zeichnet der Verfasser die Entstehung und die inneren wie äußeren Probleme der Sowjetmacht nach. Besonders das entscheidende Jahr 1918 mit den Versuchen der Westmächte, Rußlands Austritt aus der Kriegsallianz zu verhindern, dem Brester Friedensschluß, dem Aufstand der Sozialrevolutionäre, dem Attentat auf Lenin und dem Beginn des Bürgerkrieges wird äußerst genau beschrieben; diese Kapitel ergänzen vorzüglich die Werke W. H. Chamberlins und E. H. Carrs. Ebenso gelungen erscheint Fischers Darstellung der letzten Lebensphase Lenins, sein verzweifelter und mehr oder minder ohnmächtiger Kampf gegen den Sowjet- und Parteibürokratismus und den „großrussischen Chauvinismus" bei der Lösung der Nationalitätenprobleme. Hier wird man wahrscheinlich Fischers Urteil zustimmen müssen, daß, „wenn Lenin noch zehn oder fünfzehn Jahre im Vollbesitz seiner Kräfte gelebt hätte, die gesamte sowjetische Geschichte und ein gutes Stück Weltgeschichte einen anderen Verlauf genommen hätte" (685).

Gert Meyer

Heide Berndt

Die Suche nach dem »revolutionären Subjekt«

Der Dokumentationsanhang der nk 42/43 über „Sozialistische Politik" liest sich wie eine Komödie, in der mit der Dialektik Versteck gespielt wird. Das liegt schon am Ausgangspunkt dieser Diskussion, nämlich an Reiche/Gängs Artikel „Vom antikapitalistischen Protest zur sozialistischen Politik" (nk 41), in dem die logischen Ebenen des Aufbaus im Eifer des Gefechts an entscheidenden Stellen durcheinandergeraten.

Der Hauptbruch verläuft dort, wo Reiche/Gäng die Frage des revolutionären Subjekts zunächst von der gesellschaftlich-historischen Seite angehen und sie plötzlich in einem phantastischen Sprung auf die individualisierend-psychologische Ebene verlagern (nk 41, S. 20). Statt eines politisch-historisch bestimmten „Subjekts der Geschichte" wird in aller Einfachheit der „einzelne Mensch" hier und jetzt zum Adressat der revolutionären Bewegung erklärt. Eigenschaftslos erscheint das revolutionäre Subjekt schlicht als Wesen, das unter Triebspannungen zu leiden hat. Das ist so allgemein menschlich, daß darin keine neue revolutionäre „conditio humana" gesehen werden kann.

Nehmen wir zu Reiche/Gängs Gunsten an, daß sie ein richtiges Gefühl von der Veränderung der Klassenverhältnisse in der spätkapitalistischen Gesellschaft haben, dann ist es sehr unklar formuliert. Leider ist der Klassenbegriff in den Repliken der sieben Genossen auch nicht klarer formuliert. Wenn sich deren Artikel nicht von vornherein auf Detailkritiken beschränkt (Schülerorganisation, ASO-Arbeitsbericht), so wird mit heroischer Geste Partei ergriffen für „die Erarbeitung einer politisch-ökonomische Analyse der Entwicklungstendenzen des zeitgenössischen Kapitalismus" (nk 42/43, S. 89) und zugleich mit ebenso heroischer Geste jede psychologische

Bemerkung über das „revolutionäre Subjekt" tabuiert. „*Nur* die deutsche Arbeiterklasse kann Träger einer sozialistischen Politik sein, da sie auf Grund ihrer Stellung im Produktionsprozeß über die *Macht* verfügt, diese Politik wirksam durchzusetzen. *Alle anderen* gesellschaftlichen Gruppen sind zur politischen *Ohnmacht* verurteilt, da sie für die Funktionsweise des Systems nur sekundäre Bedeutung besitzen", sagt Ulrich Rödel (nk 42/43, S. 98/99 — Hervorhebungen von mir, HB) und verweist auf die „bewußten Teile der Gewerkschaften", mit denen der SDS stärker denn je zusammenarbeiten solle, damit es zum Aufbau einer sozialistischen Partei kommen könne. Wer zu dieser auserwählten Arbeiterklasse gehören darf — außer den „bewußten Teilen der Gewerkschaften" — bleibt offen; jedenfalls sind es „nicht irgendwelche ‚Jungen' oder Alten, Studenten oder Provos, Ostermarschierer oder Gewerkschaftsfunktionäre, die aus ‚psychischen Gründen' dafür prädestiniert sein sollen."

Merkwürdig an Rödels Interpretation des Klassenbegriffs ist die Betonung seiner Exklusivität. Anstatt auf die inneren Widersprüche des Reiche/Gäng-Artikels einzugehen, konfrontiert er diesen Artikel mit Daten, die doch von vornherein in einem ganz anderen Interpretationszusammenhang stehen. (Ähnlich verfahren G. Büchner und G. Meyer). Viel präziser ist daher die Kritik von Boris/Abendroth, die Reiche/Gäng vorwerfen, daß sie die psychologischen Äußerungsformen der heutigen Klassenverhältnisse „unabgeleitet" lassen und wichtige Begriffe „unerläutert bleiben". (nk 42/43, S. 93)

Gegenüber der exklusiven Einengung des Klassenbegriffs müssen Reiche/Gängs naive Appelle an das „Menschheitsinteresse" und ihre Forderung nach Abschaffung von „Überindividualisierung" und „kommunikativer Isoliertheit" verteidigt werden. Denn schließlich beschränkt sich sozialistische Politik nicht auf die Interessenvertretung einer bestimmten Berufsgruppe (der Industriearbeiterschaft), sondern sie soll die „gesamten Forschrittsinteressen der Gesellschaft und aller unterdrückten Opfer der bürgerlichen Gesellschaftsordnung" vertreten, wie man beispielsweise bei Rosa Luxemburg lesen kann (In: Die Russische Revolution, Frankfurt 1963 2, S. 41).

Will man der Dialektik in dieser Diskussion zum Recht verhelfen, muß man zwei Fragen klären:

1. Aus welchen subjektiven und objektiven Gründen ist es falsch, die Industriearbeiterschaft zum einseiseitig bevorzugten Adressaten sozialistischer Politik zu machen?
2. Aus welchen objektiven und subjektiven Gründen findet bei bisher nicht-sozialistischen Gruppen in der Gesellschaft eine Annäherung an sozialistische Positionen statt?

Reiche/Gäng nennen syndikalistische Einflüsse und die Einflüsse der alten sozialdemokratischen Partei als Hauptgründe für den Verfall von sozialistischem Bewußtsein in der Arbeiterschaft. Darüber hinaus wird aber die soziale Zusammensetzung der Arbeiterschaft durch technologische Veränderungen des Arbeitsprozesses verwandelt, was Konsequenzen für das Bewußtsein mit sich bringt.

Der Anteil der Arbeiter innerhalb der Gesellschaft verringert sich nicht nur

relativ; die Arbeiterschaft selbst polarisiert sich in hochspezialisierte Fachkräfte, die oft ins Angestelltenverhältnis übernommen werden, und unqualifizierte Handlanger.

Mallet hat aus den technologischen Wandlungen des Arbeitsprozesses den Schluß gezogen, daß sich auch die soziale Schichtung innerhalb der Klassen geändert habe. Er spricht von der Entstehung einer „neuen Arbeiterklasse", zu der er Techniker, Forscher und Facharbeiter in automatisierten Betrieben zählt. (Vgl. nk 32 Oktober 65, S. 15) Mallets Hauptthese ist, daß sowohl die Vorstellung der positivistischen Soziologie, die die „sozialen Klassen auf vielerlei Gruppen reduziert, unter denen — nach ihrer Überzeugung — keine strukturellen Verknüpfungen bestehen", falsch ist, wie auch das Bemühen der Marxisten, „aus dem philosophischen Begriff des Proletariats eine soziologische Einheit der Arbeiterklasse abzuleiten, die es nie gab." (nk 32, S. 10/11) Die Erweiterung des soziologischen Begriffs des Proletariats auf Schichten, die vordem der Bourgeoisie zugeschlagen wurden — nämlich die akademisch ausgebildeten technischen und bürokratischen Kontrolleure der immer stärker automatisierten Produktion, ist deswegen so wichtig, weil sie den Entwicklungen des Spätkapitalismus Rechnung trägt, die zu progressiven Widersprüchen führen.

Die immanenten Probleme des Kapitalismus werden durch eine friedliche Ko-Existenz zwischen den Blöcken verschärft, weil den sozialistischen Ländern überlegenere Mittel der Steuerung der volkswirtschaftlichen Wachstumsraten zur Verfügung stehen. Diese Überlegenheit kann sichtbarer werden, wenn anstelle der Propagierung aggressiver Kalte-Kriegs-Parolen friedliche Wirtschaftsbeziehungen gepflegt werden. Dadurch werden die Mängel des kapitalistischen Systems klarer zutage treten und können zu verschärften innenpolitischen Auseinandersetzungen führen (Reiche/Gäng: Re-Internalisierung des Klassenkampfes). Die friedliche Koexistenz erhöht aber auch die Gefahr offen faschistoider Entwicklungen zur Niederschlagung systemsprengender Forderungen nach gesellschaftlichen Reformen (vgl. dazu die Rezension von H. Schauer über Peter Bender: Offensive Entspannung, nk 24, August 64, S. 17/18.)

Als Ausweg aus dem ökonomischen Strukturproblem des Kapitalismus drohen also immer politisch repressive, nämlich faschistoide Lösungen. Das Konzept der „formierten Gesellschaft" ist ein solcher Lösungsversuch, der ohne Notstandsgesetze und -vorkehrungen nicht denkbar ist, weil seine Realisierung an wirtschaftliche „Austerity-Programme" geknüpft ist, die zu Lasten der gesamten abhängig arbeitenden Bevölkerung gehen (Abbau der Sozialleistungen, Sinken des durchschnittlichen Realeinkommens). Der repressive Charakter der systemimmanenten Stabilisierungsversuche des Kapitalismus, der auf der Stufe der monopolistischen Organisation und Weltmarktabhängigkeit nicht länger auf die „Selbstheilungskräfte der Wirtschaft" (Marktmechanismen) vertrauen kann, um technische Strukturreformen durchzuführen, zeigt sich an der Art der Durchführung einzelner

Reformen: besonders deutlich beispielsweise in der Krise der Bildungsinstitutionen.

Die Krise der Bildungsinstitutionen zwingt uns, den Begriff des „revolutionären Subjekts im Klassenkampf" neu zu überdenken. Reicht es aus, den Adressaten sozialistischer Politik allein in den aufgeklärten Teilen der Arbeiterorganisation zu sehen, weil diese Organisation eine erkennbare gesellschaftliche Machtposition besitzt? Oder müssen wir uns nicht vielmehr fragen, woran es liegt, daß sich Studenten in einem für Deutschland bisher unbekanntem Maße für progressive und tendenziell sozialistische Politik gewinnen lassen? Ist es wahr, daß die Bildungsinstitutionen nur „sekundäre Bedeutung für die Funktionsweise des Systems" neben der überragenden Bedeutung der Arbeiterschaft haben? Diese Fragen werden durch die Dialektik des Geschichtsprozesses der kapitalistischen Gesellschaft erst allmählich formulierbar. Unsere Begriffe müssen sich diesen Veränderungen anpassen.

Die Bildungsinstitutionen hören in dem Maße auf, elitäre Schulungsstätten der Bourgeoisie zu sein, in dem sie zu Stätten der Fachausbildung der Spezialisten der verwissenschaftlichten Arbeitsprozesse werden. Die akademischen Nachwuchskräfte stammen zwar überwiegend aus bürgerlichen Schichten, aber trotz ihrer nicht-proletarischen Herkunft erfüllen sie innerhalb der Arbeitsprozesse mehr und mehr eine proletarische Funktion, weil auch sie in der Mehrzahl von der Verfügung über Produktionsmittel und den Entscheidungen über den Ablauf von Produktionsprozessen ausgeschlossen werden.

Die veränderte gesellschaftliche Funktion der akademischen Ausbildungsstätten (und auch der übrigen schulischen Bildungsinstitutionen) verspüren die heutigen Schüler und Studenten persönlich in negativer Form: der Rahmen der bürgerlichen Universitäten entspricht nicht den gesellschaftlichen Anforderungen, die von den Arbeitsprozessen her an sie gestellt werden. Infolgedessen sind die Hochschulabsolventen oft völlig mangelhaft auf ihre späteren Berufsrollen vorbereitet.

Die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen und Universitäten sind wegen ihrer technischen Rückständigkeit für die meisten Studierenden katastrophal. Die Hörsäle und Seminare sind überfüllt, der Studiengang oft unübersichtlich, die wissenschaftlichen Arbeitsmittel beschränkt.

Dies ist der Grund der Apathie, Unzufriedenheit und Unruhe unter den Studenten. Die progressive Unruhe wird durch die angedrohten kapitalistischen Universitätsreformen gesteigert, weil diese Reformen sämtlich darauf zielen, aus den Studenten bloße Mehrleistung herauszupressen, ohne die Arbeitsbedingungen durch entsprechende Investitionen zu verbessern. Der Student spürt dies unmittelbar an den verschärften Prüfungsbestimmungen, Zulassungskriterien und Studienzeitbegrenzungen bei gleichbleibend überfüllten Hörsälen, schwer zugänglichen Arbeitsseminaren, mangelhaften Bibliotheken und Laborplätzen. Er spürt meist weniger deutlich, daß die Reglementierung seiner Studienbedingungen zusätzlich seine politische Mündigkeit hintertreiben; sei es durch direkten Ausschluß

von den Selbstverwaltungsgremien der (deutschen) Universitäten oder indirekt durch Stundenpensum und Prüfungszwänge. Die Erfahrung der kapitalistischen Widersprüche am „eigenen Leib" macht die Studenten potentiell zu einer „Schlüsselgruppe" der antikapitalistischen Opposition.

Nur auf diesem gesellschaftlichen Hintergrund werden die subjektiven Probleme und Besonderheiten der Schüler und Studenten verständlich. Denn warum lassen sich diese Gruppen in einem Maß für progressive Politik gewinnen, das für die Älteren von uns einigermaßen neu und überraschend ist?

Spielen da psycho-biologische Konstanten (Jugend) die entscheidende Rolle, oder werden die psychologischen Reserven nicht erst gegen bestimmte gesellschaftliche Repressionen mobilisiert? Ist es wirklich bloß der höhere Bewußtseinsgrad und der feinere psychische Wahrnehmungsapparat, der „den abhängigen Massen (ein unscharfer Ausdruck, der hier sinngemäß für die nicht-akademisch abhängig arbeitenden Schichten steht — HB) nicht unbedingt zur Verfügung steht"? (nk 41, S. 27) Warum durchbrechen heute Studenten und Schüler „die Manipulation" und warum haben sie das früher nicht getan? Was sind die Gründe dafür, daß die akademisch gebildete Jugend sich in einem viel höheren Maße auf „unsere" Seite schlägt und nicht auf die der Gegenseite wie noch zum Ende der Weimarer Republik? Ist diese Jugend heute vitaler, psychisch verfeinerter als in den vorangegangenen Generationen? Oder warum stellt sich die Frage des Generationskonflikts mit all den Ausdrucksformen wie Beat-Musik und Pop-Kleidung in einer historisch neuen Form?

Die heutige Generation wird mit Sozialisationsformen in der Berufswelt konfrontiert, die — wie Reiche/Gäng sagen — oft „bis an die Grenzen der psychischen Belastbarkeit" gehen. Diese Belastung wurde in den unentwikkelten Stadien des Kapitalismus noch nicht den akademisch gebildeten, sondern nur den unteren Schichten abverlangt. Die Ausdehnung der gesellschaftlichen Repression besteht darin, daß die Studenten Lernprozeduren unterworfen werden, die immer weniger mit ihren Neigungen zu tun haben, sondern die immer deutlicher darauf abrichten, für die Ziele der kapitalistischen Produktionsweise verfügbar zu machen, ohne nach deren Sinn zu fragen.

Die heutigen Arbeitsprozesse verlangen psychologisch gesehen Menschen mit einem hohen Maß neutralisierter Triebenergie. Nun verlangen die repressiven gesellschaftlichen Einrichtungen, daß dem Ich, d. h. dem Individuum, diese Energie für beliebige Zwecke zur Verfügung steht; das Individuum darf sich nicht über die spezifisch triebhaften Verankerungen seiner Energiequellen bewußt sein, es muß also seine ganz individuellen, seiner Konstitution entsprechenden Neigungen verleugnen, wenn es seine Energie, seine Arbeitskraft, seine Ich-Leistungen der Gesellschaft beliebig zur Verfügung bereithalten muß. Um sich solchen Bedingungen anzupassen, werden zwangsneurotische Mechanisen mobilisiert: das Individuum muß

sich von seinen Affekten isolieren, „Herz" und „Verstand" voneinander trennen. Der bunte jugendliche Protest fast aller Schichten richtet sich gegen den herrschenden Sozialcharakter und dessen psychologischen Zustand.

Einer dieser progressiven Widersprüche des entwickelten Kapitalismus zeigt sich in der Situation der Bildungsinstitutionen, ihrer gewandelten Funktion schon recht deutlich. Über die Widersprüche, die sich innerhalb der Arbeitsprozesse entwickeln, in der die Hochschulabsolventen meist ebenfalls abhängige Stellungen innehaben, können wir erst Vermutungen anstellen. Welcher Teil wird versuchen, sich mit der Bourgeoisie zu identifizieren, welcher Teil wird sich politisch apathisch und resignativ verhalten und welcher Teil wird sich mit den Gewerkschaften solidarisieren? Welche Wirkungen hat es auf die Gewerkschaften, wenn sie größeren Zuwachs akademisch gebildeter Mitglieder erhalten und sich die Polarisierung innerhalb des Proletariats in den Gewerkschaften fortsetzt? Diese Fragen zu reflektieren gehört zu unseren Aufgaben.

Um die Frage von Reiche/Gäng aufzunehmen: wie kann der Protest der Jugend, besonders der mittelständischen und akademischen Jugend, zu sozialistischer Politik werden? Zweifelsohne nicht, wie es in den Repliken auf Reiche/Gäng erscheinen mag, indem Schüler und Studenten auf die „Arbeiterklasse" in ihrem beschränkten soziologischen Sinne verpflichtet werden, sondern indem der jugendliche Protest in seiner gesellschaftlichen Berechtigung und Bedeutung anerkannt wird. Neue sozialistische Positionen können aufgebaut werden, wenn es über die Gewerkschaften gelingt, den Arbeitern klarzumachen, daß z. B. die Diffamierungen gegen die Studenten in den Springerzeitungen nichts Gleichgültiges für sie sind, weil dieselben Springerzeitungen diffamierend über Arbeiter berichten, wenn diese ihre Lohn- und Tarifforderungen mit Streiks erkämpfen müssen.

Die politischen Kampfformen der Studenten bleiben dabei freilich von denen anderer oppositioneller Gruppen unterschieden. Sie zielen in erster Linie auf Entlarvung der verdeckteren Repressionsmaßnahmen des Systems und seiner Charaktermasken, indem sie Aufklärungsarbeit mit wissenschaftlichen Mitteln betreiben. Die Ursachen der seelischen und geistigen Verkrüppelungen, die der entwickelte Kapitalismus bei der repressiven Bereinigung seiner Strukturkrisen voraussetzt und festigt, müssen zum Ausgangspunkt der Bewußtseinsbildung genommen werden. Und diese Aufklärung muß über die bloß nominalistische Behandlung des Problems (Reiche/Gäng: „Überindividualisierung") hinausgehen. Wir müssen lernen, das verstreute Wissen, das in der Ökonomie der Soziologie und der Psychologie (Psychoanalyse) erarbeitet worden ist, zusammenhängend auf die Kritik der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse anzuwenden. Nur die wissenschaftliche Aufklärungsarbeit kann verhindern, daß der „totale Protest" zur narzistischen Posse verkommtund eine folgenlose Demonstration beschädigter Identität bleibt.

Rolf Seeliger

DIE AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION
220 Seiten DM 7.80

Es geht um die Frage nach der Funktion und politischen Wirksamkeit außerparlamentarischer oppositioneller Gruppen abseits der Parteien: Aus welchen Persönlichkeiten setzen sie sich zusammen, welche Ziele verfolgen sie und mit welchen Argumenten begründen sie ihre Aufgabe? Während der erste Teil des Buches die außerparlamentarische Opposition — ob es sich um ungebundene, parteiorientierte oder im Formierungsprozeß zu einer neuen Partei begriffene Gruppen handelt — in politischer Zusammenschau darstellt — zählt der zweite Teil in einzelnen „Porträts" die wichtigsten Gruppierungen auf. Unter anderem:

Humanistische Union — Demokratische Aktion — Fränkischer Kreis Aktionsgemeinschaft ‚Deutscher Ombudsmann' — Republikanischer Club — Kuratorium ‚Notstand der Demokratie' — Kampagne für Abrüstung — Internationale der Kriegsdienstgegner — Verband der Kriegsdienstverweigerer — Deutsche Friedens-Gesellschaft — Büro für Vietnam — Vereinigung unabhängiger Sozialisten — Sozialistischer Bund — Arbeitsgemeinschaft sozialistische Opposition — Sozialistisches Büro — Sozialistischer Deutscher Studentenbund — Sozialdemokratischer Hochschulbund — Liberaler Studentenbund Deutschlands — Humanistische Studenten-Union — Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes — Vereinigung Deutsche Nationalversammlung.

Für das Kapitel ECHO AUS DEN PARTEIEN schrieben Diskussionsbeiträge: Helmut Schmidt, Wilhelm Hoegner, Thomas Dehler, Wolfgang Schollwer, Hans Wolfgang Rubin, Oswald A. Kohut, Karl Theodor Freiherr von Guttenberg, Ernst Benda.

Bezug über den Buchhandel oder direkt:
VERLAG ROLF SEELIGER — 8 München 27 — Holbeinstraße 22

Che-Guevara Plakat

Format: 69 x 87 cm

Preis: DM 6,50

zu beziehen durch:

Voltaire - Verlagsauslieferungen

– Boye Kuhlmann –

1 Berlin 62 - Crellestr. 21 - Tel. 0311/782019

kürbiskern

Herbert Asmodi: Sermon
Werner Bräunig, Bernd Jentzsch, Yaak Karsunke, Márton Kalász: in memoriam Johannes Bobrowski
Charles Senger: Brief an LBJ
Philipp Wiebe: Ein verwirrender Fall
Renate v. Gizycki: Gedichte
Peter Hacks: Der Schuhu u. d. fliegende Prinzessin
Melchior Schedler: Dämmerung nach vorwärts
Helmut Pieper: Zehn Gedichte
Christine Steiger: Herr Bruno H. Momm
G. H. Goeman: Animalische Aspekte
Georg Lukács: Der Oktober 1917 und die Literatur
E. Högemann-Ledwohn: Fragen an Georg Lukács
Gerd Oesterwind, Rudolf Schultz, Hans Ohly: Zum Dialog Christ — Marxist
Martin Walser: Vietnam-Rede
Sand, Theodorakis, Seyppel: Griechenland
Götz Eggers: Ist das StGB verfassungswidrig?
Protokoll: Gespräche mit Christmann
P. Schneider: Individuelle Sachlichkeit

In allen Buchhandlungen und beim Verlag
kürbiskern 8 München 22, Maximilianstraße 10

1|68

neue kritik

index 1967

NEUE KRITIK
Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik
Nr. 40–45, 8. Jahrgang, 1967

Heft	Seite	Autor	Titel
44	3	Wolfgang Abendroth	Heirich Brandler
40	13	Elmar Altvater	Perspektiven jenseits des Wirtschaftswunders: „Stabilisierte Wirtschaft" - „Formierte Gesellschaft" II
45	94	Heide Berndt	Die Suche nach dem „revolutionären Subjekt"
44	12	Bernhard Blanke	Die 22. o. Delegiertenkonferenz des SDS
42/43	15	Dieter Boris	Monopolkapital
42/43	42	Che Guevara	Brief an die Tricontinentale
45	57	Uwe Brügmann	Die Gewerkschaften und die Organisation der Industrie in der ersten Phase des Bürgerkriegs
44	48	Frank Deppe	Parlamentarismus
44	34	Erich Eisner	Der gesellschaftliche Standort der Studentenbewegung
40	3	Gerd Elvers	Soforthilfen
40	28	Gerd Elvers	Die westdeutsche Konjunkturentwicklung
41	36	Lothar Hack	Am Beispiel Berkeley: Rigider Funktionalismus und neue Unmittelbarkeit
41	1	Helge Knüppel	Militärputsch in Griechenland
40	48	Rainer Langhans	Was hier in Berlin los war - für Zeitungsleser
40	56	Franz J. T. Lee	Rede vor dem Sonderausschuß der UNO über Apartheid
41	10	Wolfgang Lefèvre	Zu den jüngsten Auseinandersetzungen an der FU Berlin

45	9	Richard Lorenz	Wirtschaftspolitische Alternativen der Sowjetmacht im Frühjahr und Sommer 1918
44	6	René Mayorga	Über die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt in Lateinamerika
40	4	Gert Meyer	Zur chinesischen Kulturrevolution
42/43	69	Gert Meyer	Der neue sowjetische Fünfjahrplan (1966—1970)
41	53	Volkhard Mosler	Arbeitnehmereinkommen unter der Großen Koalition
42/43	32	Jan Myrdal	Vietnam und die kommenden Kriege
41	9	Reimut Reiche	Worte des Vorsitzenden Mao
41	17	Reimut Reiche Peter Gäng	Vom antikapitalistischen Protest zur sozialistischen Politik
42/43	22	Claus Rolshausen	Monopolkapital und Werttheorie
41	4	Helmut Schauer	Notstandsgesetzgebung und Notstandsopposition
45	3	Helmut Schauer	Der lange Marsch vor der Institution des Parlaments
45	47	Ingrid Schmiederer	Familie und Ehe im nachrevolutionären Rußland
45	76	R. Schmucker G. Meyer	Trotzkijs Haltung zur revolutionären Bewegung in China
42/43	54	Horst Stemmler Walmot Falkenberg	Der Konflikt im Nahen Osten (I)
42/43	4	Wolfgang Lefèvre	Ursachen und Konsequenzen des 2. Juni

		Dokumentation	
40	37		Ende und Anfang einer sozialistischen Deutschlandpolitik - das Seminar von FDJ und SDS in Frankfurt am Main
41	14		Resolution des Berliner Landesverbandes zur Suspendierung der „Kommune“
42/43	88		Sozialistische Politik?
44	15		Die 22. o. DK des SDS Resolution zur Hochschulpolitik Resolution zum Kampf gegen Manipulation
44	67		Leitsätze der Kampagne für Abrüstung zur Kritik autoritärer Meinungsbildung
		Rezensionen	
45	85		G. Alperowitz: Atomare Diplomatie
42/43	112		Bibliographie zum Nahostkonflikt
41	65		Das rote Gewerkschaftsbuch
45	88		L. Fischer: Das Leben Lenins
42/43	109		A. Kozlik: Der Vergeudungskapitalismus
42/43	109		E. Matzner: Modell Österreich
40	55		Jan Myrdal: Bericht aus einem chinesischen Dorf
40	52		Friedrich Schäfer: Die Notstandsgesetze
45	88		B. D. Wolfe: Lenin, Trotzkij, Stalin